

Es ist ein Desinteresse vorhanden. Man muß daher attraktive, neue Lehrberufe schaffen. Der Gartencenterkaufmann, der Sportartikelmonteur oder der Trafikverkäufer und dergleichen werden es nicht sein, die auf einmal den großen Lehrstellenandrang lösen werden. Ich glaube, wir brauchen neue Berufe, die dann Chancen in der weiteren Folge auf dem Markt haben. Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben Leute, die momentan in den Sozialberuf hineingehen. Aber hier haben wir das Problem, daß es kaum Lehrberufe gibt. Es gibt die Möglichkeiten in der Krankenpflegeschule, es gibt aber keine Möglichkeiten des Lehrbildes oder der Ausbildung in den Sozialberufen. Auch dabei möchten wir in der nächsten Zeit aktiv werden, um neue Berufsbilder zu schaffen, die den Jugendlichen Chancen geben. Ich glaube, Strukturreformen und neue chancenreiche Lehrberufe lösen einige dieser Probleme, mit denen wir momentan kämpfen. (Beifall bei der FPÖ. – 14.19 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Brünner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Brünner (14.19 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Landesrat Dörflinger ist zwar nicht hier, ich kann ihm aber dennoch nicht eine Nachlese zu seinem Debattenbeitrag beim Tagesordnungspunkt „Krankenanstaltenfinanzierungsfonds“ ersparen. Es ist für mich vollkommen okay, wenn ein Regierungspolitiker sagt, daß die Konzentration im Bereiche der Krankenanstalten, und zwar eine maßvolle Konzentration im Bereiche der Krankenanstalten, nicht seine Politik sei. Das ist vollkommen okay. Okay für mich ist aber nicht, wenn der Herr Landesrat Dörflinger ständig andere politische Positionen auf diesem Gebiet – ich möchte auch Ihre, Frau Kollegin Hartinger, nennen, aber auch meine – diskreditiert und uns so quasi als unverantwortlich hinstellt, wenn wir oder ich sehr wohl der Auffassung bin, daß eine maßvolle Konzentration im Bereiche des Krankenanstaltenwesens ein Gebot der Stunde ist, und zwar ausschließlich aus dem Grund, weil das bestehende System jetzt schon nicht mehr finanziert werden kann beziehungsweise Finanzierungsprobleme auf das Jahr 2000 geschoben werden, und dann wird der Deckel ganz massiv aufgehen, und zweitens weil das bestehende Gesundheitssystem jetzt schon gravierende Probleme hat. Ich muß das wirklich festhalten, und es tut mir leid, daß der Herr Landesrat Dörflinger nicht da ist. Ich habe das eigentlich bei keinem Regierungspolitiker erlebt, sich ständig hier herzustellen und zu sagen, es ist alles Sonnenschein im entsprechenden Verantwortungsbereich. Ich würde mir einmal wünschen, daß der Herr Landesrat Dörflinger sich hier herstellt und sagt, da gibt es gravierende Probleme. Da gibt es auch gravierende Probleme der Qualitätssicherung. Und die sollen so oder so gelöst werden. Es ist auch okay, wenn Sie, Frau Kollegin Hartinger, Verantwortung einfordern beim Herrn Landesrat Dörflinger und sagen, er möge Konzentrationsvorschläge machen. Ich habe meinerseits Konzentrationsvorschläge gemacht, indem wir gesagt haben, es ist unverantwortlich – ich verwende

bewußt dieses Wort „unverantwortlich“ – in Hartberg eine geburtshilfliche Station zu errichten, und nicht gleichzeitig eine Frühgeborenenstation, beziehungsweise unverantwortlich, daß man das der Bevölkerung nicht sagt. Obwohl, ich weiß nicht, 14 Kilometer entfernt in Oberwart sich beides befindet. Ich halte es in Hinblick auf Qualitätssicherung für unverantwortlich, in Judenburg ein Krankenhaus zu haben, in Knittelfeld eines mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten, Chirurgie und Interne zu trennen, obwohl es ein klarer Grundsatz der Weltgesundheitsorganisation ist, aber auch des Bundesgrundsatzgesetzes, daß diese beiden Fachrichtungen nicht getrennt werden sollen. Und auch das LKH-West. Ich glaube, daß das, was dort an Versorgungsnotwendigkeiten gesagt wurde, sehr wohl untergebracht werden könnte im Landeskrankenhaus. Ich stelle mich nicht hierher und sage, er allein soll, sondern wir haben diesbezüglich einfach Vorstellungen deponiert. Und wenn der Herr Landesrat Dörflinger uns schlechtzumachen versucht, indem er sagt, wenn er Vorschläge macht zu Konzentration, dann machen wir ihn schlecht in den Regionen, dann sage ich einmal so salopp, es ist halt lustiger, ständig neue Krankenhäuser beziehungsweise Renovierungsvorhaben zu eröffnen als dieses schwierige Geschäft der Konzentration, der moderaten Konzentration zu betreiben und als eine Gesundheitspolitik zu betreiben, die sich sehr massiv um den nachsorgenden Bereich kümmert, der – ich sage es einmal so – in der Steiermark darniederliegt. Ich sehe überhaupt nicht ein, warum man Judenburg, Knittelfeld nicht so hätte handeln können, in einem der beiden Orte die Konzentration Chirurgie und Interne, die aus Gesundheitsversorgungsgesichtspunkten allein Sinn macht, und im anderen Bereich dann eine nachsorgende Einrichtung. Aber da hat sich die Landespolitik der Gemeindepolitik gebeugt, weil jeder Bürgermeister hätte gerne ein Krankenhaus, was ihm vergönnt wäre, meine Damen und Herren, wenn ausreichend Geldmittel vorhanden sind.

Ich möchte nur einen Bereich ansprechen, und da kann ich nur referieren, was ich selber gehört habe, nämlich den Bereich der Zahnprophylaxe. Frau Kollegin Hartinger und ich waren am Samstag bei einer Veranstaltung der Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde, zu der der Herr Landesrat Dörflinger nicht kommen konnte. Da hätte ihm nämlich einmal ein fachkundiges Gremium auch vor Augen geführt, daß ein bestimmter Bereich des Gesundheitswesens – ich sage es einmal, so – massiv darniederliegt, wenn es wahr ist, was die Fachleute sagen, daß ein Großteil der Zahnerkrankungen durch Prophylaxe verhindert werden kann, das aber in Österreich und auch in der Steiermark nicht geschieht. Da liegt etwas ganz intensiv im argen. Wie gesagt, ich referiere nur das, was wir beide gehört haben. Zahngesundheit 63 Prozent Karieshäufigkeit im Jahre 1990, 1995 gleich, nämlich auch 93 Prozent. Und was die Gesamtinfektionsrate an Hand eines bestimmten Berechnungsschlüssels anbelangt; 1990 5,12 Prozent, 1995 5,37 Prozent ansteigend, Vergleichswert Schweiz 1986 0,46 Prozent. Jetzt weiß ich schon, Schweiz und Österreich ist vielleicht nicht ganz vergleichbar, aber wir sind in einer Weltrangliste eines der reichsten Länder, so daß nicht ganz einzusehen ist, daß wir so

schlechte Versorgungswerte oder Krankheits- beziehungsweise Gesundheitswerte auf dem Gebiete der Zahngesundheit haben. Ganz zu schweigen davon, daß eine tiefe Kluft zwischen dem, was „State of the art“, „Standard in der Zahnmedizin“ auf der einen Seite ist und was die Versicherungs-, Versorgungsleistungen auf der anderen Seite sind. Ganz konkret ein gravierendes Problem unseres Gesundheitswesens, wo ich gerne einmal den Herrn Landesrat Dörflinger dazu gehört hätte, ob er das auch so sieht oder ob er mit seinem Sonnenschein da wieder drüberfährt.

Die Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Bacher und Mag. Hartinger stellen einen Entschließungsantrag, betreffend die Schaffung einer gesetzlichen Basis für Prophylaxeassistenten und für die Tätigkeit von Prophylaxeteams zur Verbesserung der zahnmedizinischen Versorgung.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, der gesteigerten Bedeutung der Prophylaxe bei der Zahnbehandlung Rechnung zu tragen und erstens eine gesetzliche Basis für den Beruf des/der Prophylaxeassistenten und die Tätigkeit von Prophylaxeteams zu schaffen und zweitens die sozialversicherungsrechtlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß Prophylaxeleistungen in das System der Sozialversicherung integriert sind.

Ich bitte auch die Damen und Herren der SPÖ, die da nicht draufstehen, diesem Antrag zuzustimmen. (14.28 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

Abg. Gennaro (14.28 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Man könnte den Kollegen Wiedner so bezeichnen – da hat es einmal eine Sendung gegeben mit den Schellacks, das sind die alten Platten, die du immer bringst in der Frage „Lehrlinge“, aber man kann das nicht unwidersprochen lassen, was du hier sagst. Ich wollte mich nicht zu Wort melden, aber diese Platte ist schon so abgekratzt, lieber Freund Wiedner. (Abg. Wiedner: Unverständlicher Zwischenruf.) Tu dich nicht aufregen, ich habe dir ganz ruhig zugehört. Vielleicht lernst das auch einmal, wenn dich jemand berichtigt oder was anderes sagt, daß du zuhören kannst. Das ist das Schwierigste im Leben, in der Konfrontation zuhören zu können, dann kann man mitdenken und dann etwas Geistreiches sagen. Das fehlt mir bei dir immer.

Ich bin bei dir, wenn du sagst, die Strukturverbesserung, was den Schulbereich betrifft. Das bestreiten wir nicht, daß wir Probleme haben, daß gerade der Pflichtschulbereich und das Polytechnische zu hinterfragen ist. Wir haben schon jahrelang getrommelt, unsere Gewerkschaftsjugend immer, machen wir ein echtes Berufsvorbereitungsjahr, wo die Leute sich dementsprechend orientieren können, weil wir es festgestellt haben: Wenn ein Jugend-

licher diesen Beruf, den er möchte, erlernen kann, dann haben wir auch weniger Probleme bei den sogenannten Durchfallsquoten, die nachher das Berufsziel nicht erreichen. Wenn er das anstrebt und das möchte, geht er an die Sache ganz anders heran. Wir haben auch ein gesellschaftspolitisches Problem zu erläutern, das heute in Österreich eine Schande ist, daß jeder, der möchte, kann zwar studieren gehen in eine höhere Schule, kostenlos, aber wenn er eine Lehre angehen möchte, hat er die Möglichkeit nicht. Gesellschaftspolitisch insofern, weil sich viele Eltern heute oft schämen zu sagen, mein Kind geht in eine Lehre und wird Tischler, Maurer oder sonst irgend etwas. Sie sind schon negativ behaftet. Wir selbst müssen uns miteinbeziehen. Was sagen heute die meisten Eltern zu den Kindern: Wenn du nicht lernen willst, mußt du arbeiten gehen. Wir selbst belegen die Arbeit als negativ. Daher glaube ich, daß es überhaupt keine Schande ist, im Gegenteil, wir merken, daß überall Professionisten fehlen, daß wir zu wenig gut Ausgebildete haben. Wenn man am Wochenende einen Profi braucht, ob jetzt einen Installateur oder sonst etwas, bekommt man schon Schwierigkeiten. Wir rufen nach dem Fachmann. Daher müssen wir uns das einmal vor Augen halten. Jetzt komme ich zu dem, was du zu den Schutzbestimmungen gesagt hast. Ich kann es schon gar nicht mehr hören, weil da wird es mir nicht nur schwindelig, sondern mir geht es kalt über den Rücken. Du stellst dich hierher in einer Frechheit und sagst, man muß die Schutzbestimmungen betriebsfreundlicher machen. Lieber Freund, dann sage auch einmal, welche Schutzbestimmungen. Ich als Gennaro und unsere Fraktion treten dafür ein, daß Schutzbestimmungen für Jugendliche nicht aufgehoben werden dürfen, wenn es um die Gefahr ihrer Gesundheit geht, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben zweimal, und das dürftest du gar nicht mitbekommen haben, bereits das Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetz novelliert. Man kann über alles reden, aber man sollte auch hinterfragen. Aber dann nehme ein anderes Wort, und sage nicht immer die Schutzbestimmungen, lieber Freund. Das möchte ich dir einmal sagen. Da bin ich sehr sensibel. Zur finanziellen Belastung: Normalerweise wißt ihr sowieso alles, wenn ich nur an die Frau Kollegin Hartinger denke. Es gibt keinen mehr auf der Welt, der gestheimer ist als sie. Sie ist nur zu spät geboren, weil sonst hätte vielleicht im Gesundheitssystem alles ganz andere Dimensionen bekommen. Sie bleibt aber meistens alleine – das war ein kleiner Sidestep. Man kann nicht der Hansdampf in allen Gassen sein, sondern man soll auf seine Dinge schauen, die man versteht. Das Medienecho hat sie Gott sei Dank nicht mehr, und das möchte ich auch einmal dazusagen, weil die Leute auch schon draufkommen, was da passiert. Das gleiche unterstelle ich jetzt dir. Du stellst dich hierher und sprichst über die finanziellen Belastungen. Hast du das schon einmal mitbekommen, daß seit 1977 – ich habe die Zahlen ganz genau da – Entlastungen für Lehrlinge beschlossen wurden. 1977 800 Millionen Schilling, für 1998 werden es 1,7 Milliarden Schilling sein, die die Unternehmer weniger bezahlen müssen, wenn sie Lehrlinge aufnehmen, und für das Jahr 1999

werden es 1,2 Milliarden Schilling sein. Das sind dann innerhalb von drei Jahren 3,8 Milliarden Schilling: Sozialversicherung erleichtert und, und, und. Meine Damen und Herren, ist es nur das Geld? Lieber Kollege Porta, du hast in der Kammer schon soviel geredet, wo sich alle gefragt haben, wo du das her hast. Informiere dich, und du sagst hier auch das gleiche, endlich einmal über die Zahlen, sieben zu eins ist die Lehrlingsziffer, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das heißt im Klartext, trotz dieser Entlastungen für die Wirtschaft gelingt es uns nicht, die Jugendlichen unterzubringen. Sieben Lehrlinge stehen auf einem Arbeitsplatz. Da müssen wir etwas tun. (Beifall bei der SPÖ.)

Gott sei Dank hat die sozialdemokratische Fraktion im Haus die „Job-2000-Aktion“ gestartet und sich immer eingesetzt, daß der Jugend-NAP aufgemacht wird. Das hast du Gott sei Dank ein bißchen fairer festgestellt, indem du gesagt hast, es ist aufgemacht worden. Wir haben getrommelt, und wir haben gesehen, daß diese Millionen, die in die Hand genommen werden, nicht ausreichen, damit wir in der Steiermark die Lehrlinge unterbringen. Gott sei Dank hat die Regierung das erkannt und hat auch für die Jahrgänge 1996 und 1997 aufgemacht, so daß wir hier eine Entlastung spüren. Nach wie vor sind wir aber weit weg, daß alle einen Lehrplatz haben.

Jetzt, meine Damen und Herren, zum Schluß kommend, weil ich bin sehr diszipliniert, was die Zeit betrifft. Unterstützen Sie bitte endlich einmal unsere Forderungen. Wir haben einen Lastenausgleich verlangt, und das bereits seit 1975. Gibt euch das nicht zu denken, wenn in der Steiermark 32.000 Betriebe die Möglichkeiten hätten, Lehrlinge auszubilden, und tatsächlich nur 5200 sich dieser Verantwortung annehmen? Man muß diesen gratulieren, weil sie fragen nicht, ob sie 12.000 Schilling von Landesrat Paiarl und von sonst jemandem bekommen. Es sind einige dabei, die so handeln. Aber die Überwiegenden, die im Gewerbe ausbilden, und die Industrie macht es sich ganz leicht, nehmen ihre Verantwortung als Unternehmer an. Wir werden sicher in Zukunft Facharbeiter brauchen, weil rundherum schreien wir, daß wir keine Facharbeiter haben. Unterstützen wir die Betriebe, die ausbilden, dann können wir hier auch etwas erreichen. Ich bin sehr froh und dankbar, denn eineinhalb Jahre haben wir in diesem Haus diskutiert. Ihr habt uns dabei nicht unterstützt, weil jetzt so groß geredet wird über die Lehrlingsgeschichte, als es um die Lehrwerkstätte Siemens-Fohnsdorf gegangen ist. Vom steirischen Wirtschaftskammerpräsidenten bis hin zum Minister wurde alles sabotiert. Es hat geheißt, nein, das darf keine Lehrwerkstätte sein, die normal ausbildet. Gott sei Dank gibt es gescheite Leute in Österreich, die diese Bescheide, die der Minister erlassen hat, aufgehoben haben. Jetzt wird die Siemens-Lehrwerkstätte in Fohnsdorf Gott sei Dank als echte Lehrwerkstätte geführt. Wenn wir in der Form weiterfahren und die Lehrlinge nicht die Möglichkeit haben, in den Betrieben unterzukommen, dann wird das Land mehr Geld in die Hand nehmen müssen, um überbetriebliche Lehrwerkstätten zu schaffen. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 14.36 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Mag. Erlitz (14.36 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte hier nur zwei Bemerkungen anfügen, und zwar zu dem, was Herr Professor Brünner gesagt hat. Er hat in das gleiche Horn gestoßen wie die Kollegin Hartinger mit seiner Aussage, es gebe hier im Lande zu viele Spitäler, und man müsse darüber reden dürfen, Spitäler zu schließen. Herr Professor, ich schließe mich dem an, was Günter Dörflinger gesagt hat. Sagen Sie uns bitte, welches Spital sollten wir schließen, und sagen Sie bitte dazu, Herr Professor, was wir uns denn damit ersparen. Wenn Sie zum Beispiel Bad Aussee schließen wollten, Herr Professor, wissen Sie, was wir uns ersparen, 12 Millionen Schilling Betriebsabgang. (Abg. Dr. Brünner: „Haben Sie mir zugehört?“) Ich habe genau aufgepaßt. Sie haben genau das gleiche wieder gesagt, man muß über die Struktur reden dürfen. Welches Spital sollte geschlossen werden? 12 Millionen Schilling, Herr Professor, ersparen wir uns, wenn wir zum Beispiel nur eines der kleinen Spitäler schließen. Was zerstören wir dabei, welche Struktur zerstören wir dabei? Es gibt eine Maxime, Herr Professor, für die Gesundheitspolitik dieses Landes. Erstens: Es muß ein ausgewogenes Leistungsangebot vorhanden sein, und ein solches ist mit dieser Form der Spitalsstruktur vorhanden. Zweitens: Wir brauchen inhaltliche Schwerpunkte, und diese wurden gesetzt. Sie wissen ganz genau, daß hier strukturelle Veränderungen getroffen wurden. Ich denke an Bad Radkersburg – Orthopädie, an Knittelfeld, Judenburg – der Spitalsverbund, der Vorbildwirkung auf andere Spitäler in Österreich auch schon hat. Drittens, Herr Professor: Die Spitäler müssen schnell erreichbar sein. Die WHO-Studie sagt, und ich weiß nicht, ob Sie diese kennen, innerhalb von einer halben Stunde muß eine Versorgungsstruktur erreichbar sein. Das heißt, ich kann nicht so ohne weiteres ein Spital schließen, weil wir uns vielleicht 12 Millionen Schilling ersparen würden. Das sind die Maximen, nach denen Herr Landesrat Dörflinger vorgeht und richtigerweise vorgeht für seine hoch verantwortungsvolle Gesundheitspolitik hier in diesem Lande. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sehe überhaupt nicht ein, warum wir diese Kritik hier hinnehmen sollen. Ich muß Ihnen noch etwas sagen, Herr Professor: Am vergangenen Montag wurde in der Regierung der neue Österreichische Krankenanstaltenplan beschlossen. Dieser Österreichische Krankenanstaltenplan enthält alle Standorte, die wir zur Zeit hier in der Steiermark haben. Das heißt, der Österreichische Krankenanstaltenplan respektiert diese Krankenhausstruktur, so wie wir sie hier zur Zeit im Lande haben, und zwar deshalb, weil das ÖBIG diese Form der Struktur für richtig hält. Aber ich glaube, das sind Detailfragen, die Betten. Erstens wurden – Herr Professor – allein, ich denke nur zum Beispiel an die Bettenreduktion. Allein das Krankenhaus Graz-West wird für eine Bettenreduktion in der Universitätsklinik sorgen. Sie wissen ganz genau, daß über 400 Betten in der Klinik Leonhard

geschlossen werden und gleichzeitig im LKH-West – ich weiß nicht genau – 217 Betten errichtet werden. Das heißt, von Ost nach West gehen auf einmal rund 200 Betten verloren beziehungsweise werden reduziert. Also, es gibt eine Bettenreduktion, obwohl insgesamt das Angebot ein besseres wird, ein qualitativ volleres. Es ist nur eine Antwort darauf, aber es gibt sicherlich auch noch andere Bereiche, wo sehr wohl Betten eingespart werden und gleichzeitig die Versorgungsstruktur eine bessere wird. Nehmen Sie das auch einmal zur Kenntnis. Und ich möchte sagen, was die Finanzierbarkeit anlangt, der Bundesrechnungshof – bitte – macht der KAGES ein Kompliment in der Form, weil der prozentuelle Anteil der KAGES am Gesamtbudget des Landes zurückgegangen ist. Es gibt im Jahre 1999 einen Gesellschaftszuschuß des Landes von rund 2,7 Milliarden. Das sind um 118 Millionen Schilling weniger als im Jahre 1995. Es wird also sehr wohl sehr sparsam umgegangen in diesem Bereich. Und – auch das dürfte Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen sein – daß das LKF, obwohl es heute hier kritisiert wird, das neue Modell, sehr wohl zur Konsolidierung der Spitäler beiträgt und beitragen wird. Es gibt Anreize in diesem Modell für Einschränkungen, selbstverständlich, aber auf der anderen Seite wissen wir, daß das Leistungsangebot ein besseres wird. Die Maschinen, die Geräte werden nicht billiger, sondern teurer. Aber dafür gibt es eine bessere ärztliche und gesundheitspolitische Versorgung. Auch das bitte zur Kenntnis zu nehmen, und das wollte ich Ihnen auf Ihren ersten Teil antworten.

Und der zweite, es betrifft Ihren Antrag hier, den wir mittragen werden. Ich möchte aber auch dazu eine Bemerkung machen zu dieser zahnärztlichen Versorgung, Prophylaxeassistenten. Wir haben bereits vor dem Sommer einen entsprechenden Antrag der ÖVP beschlossen bezüglich bundeseinheitlicher Fachausbildung für Arzthelferinnen und Zahnelferinnen. Wir beschließen heute den Antrag der FPÖ mit, selbstverständlich. Und jetzt haben wir einen neuen Antrag von Ihnen bezüglich dieser Prophylaxeassistenten, und in ein paar Wochen erfinden wir einen neuen Beruf und so weiter. (Abg. Dr. Brunner: „Lesen Sie ihn genau durch!“) Daher, um uns nicht vielleicht doch gewissermaßen der Lächerlichkeit auszusetzen, daß wir alle paar Monate einen neuen Sanitätsberuf erfinden – (Abg. Dr. Brunner: „Prophylaxe wird nicht von der Sozialversicherung honoriert!“) Hören Sie zu, Herr Professor! Ich verstehe auch nicht genau, um das auch zu sagen, weil Sie sagen, eine gesetzliche Basis für den Beruf der Prophylaxeassistenten und die Tätigkeit von Prophylaxeteams zu schaffen, ich frage mich, wo sollten die geschaffen werden? Es ist äußerst unklar, nebulös definiert. Wo denn? In den Praxen, in der Klinik, in den Kindergärten, in den Schulen? Wo soll das stattfinden? Das sollten wir auch einmal genauer definieren, was Sie damit wollen. (Abg. Dr. Brunner: „Das überlasse ich Ihrer Phantasie!“) Das regt zur Phantasie an. Sie lassen das ja alles offen. (Abg. Dr. Brunner: „Das ist Ihre Verantwortung!“) Sie schreiben nichts hinein, ich habe wenigstens ein bißchen eine Phantasie und bemühe mich nachzudenken, wo das sein könnte.

So, noch einmal, ich glaube, ob wir nicht einen gemeinsamen Antrag – nicht heute – zuwege bringen könnten, in dem wir quasi den Bund auffordern, daß der Bund sich überlegen sollte auf Grund der geänderten Leistungsangebote, auf Grund eines geänderten Gesundheitsbewußtseins, auf Grund des geänderten medizinisch-technischen Fortschrittes und so weiter, daß der Bund quasi überlegen sollte, welche Sanitätsberufe in Zukunft für ihn, für die Menschen, für die Gesellschaft wichtig sein könnten. Daß wir das einmal zusammenfassen. Der Bund soll nachdenken, was brauchen wir. Weil sonst kommen wir in ein paar Monaten wieder darauf, erfinden wir einen neuen Beruf und haben ein heiteres Berufsratespiel hier. Ich sage es überspitzt. (Abg. Dr. Brunner: „Sie wollen den Antrag nicht verstehen, Sie unterstützen ihn, aber verstehen ihn nicht!“) Wir unterstützen den Antrag, aber noch einmal: Vielleicht gelingt es uns, einen gemeinsamen Antrag zu basteln, wo wir den Bund auffordern nachzudenken, welche Sanitätsberufe könnten wichtig sein, und den Bund anregen, entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen für die jeweilige Ausbildung auch dann zu erstellen. Und vielleicht – wie gesagt – gelingt es uns, hier so einen gemeinsamen Entschließungsantrag in der nächsten Zeit zu schmieden, und wir könnten uns dieses Berufsratespiel hier vielleicht ersparen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.45 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zum Schlußwort hat sich gemeldet Herr Landesrat Paierl. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (14.45 Uhr): Verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Vom Arzthelfer zur Diskussion über Jugendbeschäftigung und Lehrplätze. Der Beruf des Arzthelfers beinhaltet auch zuerst die Analyse, die Diagnose und dann die Therapie, die Maßnahmen. Zur Analyse sozusagen ist festzuhalten, daß neben dem, was das AMS monatlich veröffentlicht – und da darf ich auch noch ein paar Informationen loswerden an dieser Stelle, weil sie vielleicht auch für die nachfolgende Wirtschaftsdebatte schon von Interesse sind; daß mit Ende November 1998 die beim AMS gemeldeten Lehrstellensuchenden gegenüber dem Vormonat doch um über 500 abgenommen haben. Um über 500, das ist ein Minus von 43 Prozent. Das heißt, so daß Maßnahmen des Staates nicht gegriffen hätten, bei aller kritischen Einstellung, die ich selbst zu dem System habe, ist es nicht. Auch gegenüber dem Vorjahr über 30 Prozent, dem gleichen Monat November, Rückgang der Lehrstellensuchenden. Zum Zweiten, das, was das AMS meldet – und wir haben um 14 Uhr auch mit dem Leiter des steirischen AMS bei mir im Ressort eine Aussprache beziehungsweise eine Informationsveranstaltung auf sehr sachlicher und kooperativer Ebene geführt. Von rund 200, die dort gemeldet sind, im Landes-AMS als offene Lehrstellen, müssen sie dazuzählen, die, die nicht zum AMS gehen aus verschiedensten Gründen, ich könnte da einige aufzählen aus der Praxis, die in anderen Dateien oder Börsen, etwa in dem vom Abgeordneten Peter Hochegger, dankenswertweise eingerichteten und geführten der Wirtschaftskammer, des WIFI. Dort

sind über 300 gemeldet. Jetzt sagt selbst, das Landes-AMS, wenn Sie diese 200 des AMS und die 300, ohne daß Sie Überschneidungen jetzt herausrechnen, zusammenzählen würden, was ich vorschlagen würde, dann haben wir auch in der Steiermark 500 offene Lehrstellen. Das heißt, Lehrplätze, und zwar interessanteste Lehrplätze, wie Ihnen der Kollege Hochegger auch schildern kann und Ihnen Einblick gewähren kann in diese Liste der offenen Lehrstellen, interessanteste Jobs für Jugendliche, die nicht besetzt werden. Was lernen wir daraus, behaupte ich bei einer differenzierten Betrachtungsweise, daß wir keine quantitative Jugend- oder Lehrplatzkrise haben, sondern ein strukturelles Problem, daß jene, die Lehrstellen suchen oder auch noch dazu, die in der Schule sitzen, sich gar nicht beim AMS gemeldet haben, solche gibt es auch, die aber notwendig wären für die Facharbeiterschaft, die wir in der Steiermark schon längst bräuchten im Facharbeiterberuf. Das ist alles richtig, was gesagt wurde, insbesondere auch von Gennaro. Das ist die paradoxe Situation, daß wir unter Facharbeitermangel leiden. Überall, in allen Regionen erleben wir – haben wir gerade am Wochenende gemeinsam erlebt, auch im Aichfeld zum Beispiel –, daß das nicht zusammengeht. Was müssen wir jetzt tun – und das ist die Aufgabe von Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogrammen. Nicht irgendwo zwischenparken, damit man es aus der Statistik herausbekommt. Mein Appell und das, was wir zumindest auch in unserem Ressort machen, im Rahmen des Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogrammes Hilfe anzubieten, damit die arbeitskräftesuchenden Unternehmungen, die einen großen Bedarf haben, insbesondere junger Leute, mit jenen, die am Arbeitsmarkt aus den verschiedensten Gründen, die meistens nicht zurückzuführen sind auf die letzten paar Monate und auf die letzten Jahre, sondern da gibt es zum Teil jahrelange Fehlentwicklungen im jungen Leben, die nicht zusammenkommen. Das ist das Problem, und die müssen wir an beiden Händen nehmen, die Unternehmungen auf der einen Seite und die jungen Leute auf der anderen Seite. Denn jetzt sage ich Ihnen eines, es ist alarmierend, daß wir zu wenig Facharbeiter in allen Bereichen und auch in vielen Berufen, in neuen Berufen, die geschaffen wurden, haben, und hier ist viel getan worden. Das sollte man nicht alles schlecht machen, was hier getan wurde, sozialpartnerschaftlich. Neue Berufe, auch Entlastungen finanzieller Art, gesetzlicher Art, daß das nicht zusammengeht. Ich konstatiere aber auch, daß es Gott sei Dank in der Steiermark zumindest im letzten Jahr so war, daß sich wieder mehr Lehrherren oder mehr Unternehmungen zurückgemeldet haben, die sich schon verabschiedet hatten aus der Ausbildung: Die Zahl der Betriebe ist wieder gewachsen, weil sie auch erkennen, daß dieses Vermögen, das sie hier schaffen, dieses Humankapital, für sie, insbesondere im Dienstleistungswettbewerb, ganz wichtig ist. Das ist sicherlich auch eine Aufklärungsarbeit im Bereich der Wirtschaft. Wir sind nicht einäugig oder einseitig klassenkämpferisch, sondern auf beiden Seiten müssen wir das tun. Ich würde auch um eines bitten, rein semantisch, daß man hier immer von der Problemgruppe redet. Das ist keine Problemgruppe, sondern das sind Anspruchsgruppen – beide haben Ansprüche.

Lassen Sie mich zum Zahlenwerk noch eines sagen: Natürlich wird es uns nicht gelingen, und das wissen wir auch als Praktiker, daß wir alle von den 20.000 im Jahrgang, den wir in der Steiermark in etwa haben, 20.000 junge Leute pro Jahrgang, entweder in Schulen oder auf Lehrplätzen unterbringen. Es ist ohnedies so, daß die Anzahl derer, die von dieser Gesamtheit, von dieser Grundgesamtheit, wieder lernen gehen, zugenommen hat. Der Prozentsatz derer, die wieder eine Lehre angegangen sind, ist in den letzten Jahren wieder gewachsen. Ich fürchte fast, daß ein paar 100 immer wieder übrigbleiben werden, weil die sagen, schleichts euch mit allem. Wenn 500 von 20.000 übrigbleiben, dann sind es 2 bis 3 Prozent. Ich fürchte, und wie das einmal gesagt wurde auch in der verkürzten politischen Verkaufsarbeit, na ja, es wird überhaupt keiner auf der Straße stehen, das wird uns in der Politik auch nicht gelingen. Wir sind im Moment bei einer Zahl von rund 600 angelangt, und ich glaube, daß da nicht mehr sehr viel drinnen ist. Ich sage jetzt aber auch ein kritisches Wort zu dem, was richtigerweise angemerkt wird, mit staatlichen Programmen im Zusammenhang stehend. Gefährlich wird es, wenn das nur Zwischenparkangelegenheiten sind, denn was mache ich im nächsten oder im übernächsten Jahr? Deshalb mein unbedingter Appell, daß man auch die marktorientierte Wirtschaft, diejenigen, die auf Grund ihres Risikos, ihrer Investitionen, ihrer Wertschöpfungsmöglichkeiten, ihrer Wettbewerbsfähigkeiten, Jobs schaffen, und zwar in allen Altersstufen und in allen Kategorien, daß man die nicht zusätzlich mit Regulierungen und mit Belastungen so überdrüssig macht, daß sie keine Jobs mehr schaffen, sondern woanders investieren, entweder in die Maschine investieren oder sonst etwas. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bitte, differenziert drauf hinzuschauen. Wir haben in der Steiermark Gott sei Dank das Problem im Moment noch nicht, aber ich fürchte mich, daß, wenn man das zu sehr jetzt verwässert, dieses Strukturproblem, das wir zu lösen haben, auch zusätzlich noch ein Konjunkturproblem am Arbeitsmarkt wird. Im Moment haben wir konjunkturell am Arbeitsmarkt kein Problem, strukturell schon. Ich komme schon zum Schluß. Ich würde deshalb auch bitten, daß wir diesen Befund, wir sind die Letzten, wir sind die Schlechtesten, oder die Andrangszahl ist sieben zu eins, relativieren und doch zu dem noch dazurechnet, und zwar das, was andere Dateien, was andere Statistiken auch aufweisen. Es sind Gott sei Dank, und damit schließe ich, gerade im heurigen Herbst oder Sommer, wenn die Lehrplätze bereitgestellt werden, inklusive dem NAP als Feuerwehrraßnahme, von den Zahlen her die Probleme größtenteils gelöst worden. Aber es kommt natürlich ein nächstes Jahr, und wir bereiten jetzt schon das vor. Wir müssen hier auch mehr Aufklärungsarbeit in beiden Richtungen, sowohl in der Wirtschaft als auch bei den jungen Leuten, tätigen, damit dieses strukturelle Problem nicht zu groß wird. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 14.54 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Wir sind nun am Ende der Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Weiters liegt ein Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Brunner, Keshmiri, Bacher und Mag. Hartinger, betreffend die Schaffung einer gesetzlichen Basis für Prophylaxeassistenten und für die Tätigkeit von Prophylaxeteams zur Verbesserung der zahnmedizinischen Versorgung, vor. Wer dem die Zustimmung gibt, den bitte ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist ebenfalls die einstimmige Annahme des Antrages.

Bei den Tagesordnungspunkten 13 bis 17 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Dem Einvernehmen in der Präsidialkonferenz folgend, schlage ich vor, diese gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen separat abzustimmen. Falls Sie meinem Vorschlag Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich danke. Das ist die einstimmige Annahme.

13. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 986/1, betreffend Wirtschaftsbericht 1997.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Mag. Hochegger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Mag. Hochegger (14.56 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gemäß Steiermärkischem Wirtschaftsförderungsgesetz ist jährlich vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung der steirische Wirtschaftsbericht zu erstellen. Dieser ist bis spätestens 30. September des jeweiligen Folgejahres dem Beirat zur Begutachtung vorzulegen. Nach Begutachtung durch den Wirtschaftsförderungsbeirat ist der Bericht mit der Empfehlung des Beirates vom zuständigen Mitglied der Landesregierung der Landesregierung vorzulegen und von dieser dem Landtag zur Kenntnis zu bringen. Der Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz hat in seiner Sitzung am 1. Dezember 1998 über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 986/1, betreffend Wirtschaftsbericht 1997, beraten und nächstehenden Beschluß gefaßt: Der Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Wirtschaftsbericht 1997 wird zur Kenntnis genommen. (14.57 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko:

14. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 472/6, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Dr. Brunner und Keshmiri, betreffend Steirische Telekommunikation und Informationstechnologieoffensive.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Brunner. Ich bitte um den Bericht.

Abg. Dr. Brunner (14.58 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich erstatte Bericht über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zu einem Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Dr. Brunner und Keshmiri, betreffend Steirische Telekommunikation und Informationstechnologieoffensive und einen entsprechenden Antrag des zuständigen Ausschusses. Die vier genannten Abgeordneten haben in einer Sitzung des Landtages mit Unterstützung aller Fraktionen den Antrag gestellt, daß eine solche Steirische Telekommunikations- und Informationstechnologieoffensive Berichterstattung erfolgen soll, was auch vom zuständigen Ausschuß dann insoweit aufgegriffen wurde, als der Beschluß gefaßt worden ist, diesen Antrag der Landesregierung zuzuweisen. Die Landesregierung hat eine umfangreiche Vorlage erstattet, die ich Ihnen jetzt im einzelnen nicht vortrage. Ich weise nur darauf hin, daß die Telekommunikationsinitiative Steiermark ihre Hauptaufgaben in folgenden Bereichen sieht. Ich lese das aus dem Bericht vor: Erstens: Initiierung von Leitprojekten zur optimalen Unterstützung der wirtschafts-, kultur- und gesellschaftspolitischen Strategien des Landes Steiermark. Zweitens: Vernetzung der Telekisleitprojekte untereinander und mit anderen Projekten in der Steiermark. Drittens: Entwicklung von Strategieempfehlungen für die Steiermärkische Landesregierung. Viertens: Transfer internationaler Erfahrungen und Entwicklungen für die Steiermark. Im zuständigen Ausschuß ist gesagt worden, daß dieser Bericht umfangreiche Informationen auch für die Landtagstätigkeit beinhaltet, eine Aussage, der ich mich nur anschließen kann. Ich bitte um Annahme dieses Berichtes. (15.00 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

15. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 3/26, zum Beschluß Nr. 110 des Steiermärkischen Landtages vom 24. September 1996 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Wabl, Mag. Zitz, Keshmiri und Dr. Brunner, betreffend ökologisch verträgliche Hochbaumaßnahmen im Rahmen einer „Bauinitiative Steiermark“.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Brunner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Brunner (15.00 Uhr): Der Bericht betrifft die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 110 des Steiermärkischen Landtages vom 24. September 1996 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Wabl, Mag. Zitz, Keshmiri und Dr. Brunner, betreffend ökologisch verträgliche Hochbaumaßnahmen im Rahmen einer „Bauinitiative Steiermark“ und einen diesbezüglichen Antrag des zuständigen Ausschusses des Landtages.

In dieser Vorlage wird darauf hingewiesen, daß die Landesregierung im Juni 1996 und der Landtag im September 1996 die „Bauinitiative Steiermark“ mit einem Förderungsvolumen von 100 Millionen Schilling für die Jahre 1996 und 1997 eingerichtet hat und mit deren Abwicklung das KonjunkturForumBau

bei der Architekten- und Ingenieurkonsulentenkammer für Steiermark und Kärnten in Abstimmung mit der Landesbaudirektion Steiermark und der Rechtsabteilung 7 beauftragt hat. Es ist in diesem Zusammenhang die Aufforderung des Steiermärkischen Landtages durch den genannten Beschluß ergangen, dafür Sorge zu tragen, daß im Bereich vorgesehener Hochbaumaßnahmen ökologisch verträgliche Projekte realisiert werden. Die Landesregierung berichtet zu diesem Anliegen des Landtages:

Erstens: Der gegenständliche Beschlußantrag wurde unverzüglich dem KonjunkturForumBau zur Kenntnis gebracht und im Rahmen der Prüfung der vorgelegten Förderungsansuchen berücksichtigt. Zweitens: Innerhalb der Abwicklung der Bauinitiative Steiermark wurde nicht zuletzt wegen der möglichst hohen Beschäftigungswirksamkeit verstärkte Priorität der Förderansuchen im Hochbaubereich gesetzt. Drittens: Durch die Verankerung einer Priorität für Bauvorhaben zur Energieeinsparung in den von der Steiermärkischen Landesregierung am 30. September 1996 beschlossenen Förderungsrichtlinien wurde ebenfalls verstärkt auf den Themenbereich der ökologischen Verträglichkeit eingegangen.

In Summe steht die Landesregierung also auf dem Standpunkt, daß dem Landtagsanliegen betreffend ökologisch verträgliche Projekte Rechnung getragen worden ist. Ich stelle den Antrag auf Annahme dieses Antrages. (15.02 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke.

16. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 275/8, zum Antrag der Abgeordneten Gennaro, Dr. Bachmaier-Geltewa, Kaufmann, Schrittwieser und Ussar, betreffend die Förderung von notwendigen Investitionen für das Werk Eisenerz der Firma Vogel & Noot Holding AG.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Ussar. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ussar (15.02 Uhr): Herr Präsident!

Mit Eingabe vom 24. September 1996 haben die genannten Abgeordneten einen Antrag betreffend die Förderung von notwendigen Investitionen für das Werk Eisenerz der Firma Vogel & Noot Holding AG. eingebracht.

In diesem Antrag wurde begründend angeführt, daß es als wichtigstes Anliegen für unser Land sei, Arbeit zu schaffen und zu erhalten. Im Rahmen dieser Eingabe wurde die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, die notwendigen Investitionen zur Sanierung der Produktionshalle und des Büro- und Sozialgebäudes des Werkes Eisenerz der Firma Vogel & Noot Holding AG. raschestmöglich zu fördern.

Hier ist nun folgender Bericht:

Mit Regierungsbeschluß vom 7. April 1997 wurden der Firma B.T.E.-Blechtechnik Eisenerz folgende Förderungen zugesichert:

Erstens: Übernahme einer Ausfallhaftung für einen Kredit von 4 Millionen Schilling. Zweitens: Inbestandgabe der landeseigenen Liegenschaft, KG. Münichthal, GB. Eisenerz, ab 1. November 1997.

Bezüglich der Übernahme der Ausfallhaftung ist festzustellen, daß sich die Ertragsentwicklung der Firma B.T.E. dermaßen erfreulich entwickelt hat, daß diese nicht mehr benötigt wurde. Bezüglich der Inbestandgabe der landeseigenen Liegenschaft an die Firma B.T.E.-Blechtechnik Eisenerz GmbH. hat sich insofern eine Verzögerung ergeben, als die einvernehmliche Auflösung des Bestandsvertrages mit der Firma Vogel & Noot Holding AG. an die Auflage gebunden wurde, daß die vom technischen Amtssachverständigen festgehaltenen Instandhaltungsmaßnahmen im Ausmaß von 5 Millionen Schilling bis 30. Juni 1998 von der Firma Vogel & Noot Holding AG., als vormaliger Bestandnehmer, durchzuführen sind.

Schon während der Verhandlungen über die Inbestandgabe der landeseigenen Liegenschaft an die Firma B.T.E.-Blechtechnik Eisenerz GmbH. wurden Verkaufsverhandlungen mit dem Unternehmen geführt, deren Ergebnis - Verkauf eines Teiles der Liegenschaft, es handelt sich hier um insgesamt 29.000 Quadratmeter, an die Firma B.T.E.-Blechtechnik Eisenerz GmbH. - in der beiliegenden Regierungsvorlage dargestellt ist.

Aus dieser Regierungsvorlage geht hervor, daß die gegenständliche Liegenschaft um einen Kaufschilling von sechs Millionen an den Bestandnehmer veräußert werden soll. Damit wird der Aufforderung der im Betreff angeführten Abgeordneten, die notwendigen Investitionen zur Sanierung der Produktionshallen zu fördern, Rechnung getragen. Die dem Land Steiermark als Bestandgeber zugefallenen Instandsetzungsmaßnahmen, rund 5 Millionen, wurden bei der Festsetzung des Kaufschillings in Abzug gebracht.

Beiliegend ist dann auch ein Regierungsbeschluß vom 21. September 1998.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Gennaro, Dr. Bachmaier-Geltewa, Kaufmann, Schrittwieser und Ussar, betreffend die Förderung von notwendigen Investitionen für das Werk Eisenerz der Firma Vogel & Noot Holding AG., wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (15.06 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichtersteller.

17. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 684/4, zum Beschluß Nr. 535 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Dezember 1997 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Dr. Wabl, Mag. Zitz, Dr. Flecker, Schützenhöfer und Porta, betreffend Umstrukturierungsmaßnahmen in der Region Köflach/Voitsberg zur Sicherung von Arbeitsplätzen.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Dr. Brünner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Brünner (15.06 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Bericht über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 535 des Landtages über den Antrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Dr. Wabl, Mag. Zitz, Dr. Flecker, Schützenhöfer und Porta, betreffend Umstrukturierungsmaßnahmen in der Region Köflach/Voitsberg zur Sicherung von Arbeitsplätzen.

Dieser seinerzeitige Beschluß hatte gelautet:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens den Überlegungen des Verbundes, den Kohlevertrag mit dem Dampfkraftwerk Voitsberg zu kündigen – was den Verlust zahlreicher Arbeitsplätze zufolge hätte –, entgegenzutreten, falls es unsachliche Gründe hierfür gibt, und zweitens zu prüfen, ob in der Region Köflach/Voitsberg Umstrukturierungsmaßnahmen beziehungsweise welche notwendig sind, um Arbeitsplätze längerfristig zu sichern.

Zu diesen Beschlußpunkten des Landtages erstattet die Landesregierung ihren Bericht.

Zum ersten: Hier gibt sie Stellungnahmen des Verbundes und der STEWEAG wieder. Diese beiden Stellungnahmen widersprechen einander. Der Verbund weist auf das EIWOG hin und führt aus, daß sogar eine bevorzugte Handlung der Braunkohle im Zusammenhang mit der Energiegewinnung nicht möglich sei. Dem widerspricht die STEWEAG unter Hinweis auf Bestimmungen dieses EIWOG-Gesetzes. Was den zweiten Punkt anlangt, nämlich Umstrukturierungsmaßnahmen in der Region Köflach/Voitsberg, hat es Stellungnahmen der Bürgermeister von Voitsberg und Köflach gegeben. Besonders gewürdigt in der Vorlage der Landesregierung wird die Stellungnahme des Bürgermeisters von Köflach, weil diese Stellungnahme ein sehr umfangreiches Konzept betreffend Umstrukturierungsmaßnahmen beinhaltet. Die Landesregierung hat auch dann die Wirtschaftskammer ersucht, Vorschläge betreffend diese Umstrukturierung zu machen, was ebenfalls erfolgt ist. Die Landesregierung kommt zum Schluß, daß sowohl durch die Stadtgemeinde Köflach als auch durch die Wirtschaftskammer interessante Vorschläge betreffend die Umstrukturierung erstattet worden sind und es nunmehr notwendig sei zu prüfen, ob und inwieweit diese Vorschläge tatsächlich umgesetzt werden können. Der Ausschuß stellt den Antrag, daß der Landtag diesem Antrag betreffend die Vorlage der Landesregierung zustimmen möge. (15.09 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke für die Berichterstattung. Als erster Redner hat sich Abgeordneter Gennaro zu Wort gemeldet, dem ich es erteile.

Abg. Gennaro (15.09 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der vorliegende Wirtschaftsbericht gibt einen Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bundeslandes, der Teilregionen sowie über die Aktivitäten zur Förderung der steirischen Wirtschaft im Jahr 1997. Das dokumentiert, daß die Steiermark über Jahre hinweg – wie insgesamt der Osten und Süden Österreichs – durch Wachstums-

schwächen gekennzeichnet war. Das ist natürlich am hohen Anteil an strukturschwachen Gebieten und so weiter erkenntlich. Im Rückblick betrachtet wird aber klar festgestellt, daß diese positive Dynamik, die hier zitiert wird, auch nicht über einige Schwächen hinwegtäuscht. Ich bin persönlich davon überzeugt, daß die Notwendigkeit besteht, eine nüchterne Prognose auch für 1998 anzustellen und ein wenig ins nächste Jahr zu schauen. Wir wissen, daß für das Jahr 1998 die Werte – und es sind nur mehr einige Tage bis zum Jahreswechsel – ausgezeichnet sind. Die österreichische Wirtschaft ist heuer um 3,3 Prozent gewachsen. 1999 wird 2,8 Prozent Wachstum prognostiziert. Wie wir am 9. Dezember bei den Konjunkturgesprächen im Grazer Congress erfahren mußten, ist diese Prognose aber mit einer gewissen Unsicherheit behaftet – Asienkrise, Rußlandkrise. Eigentlich kein Grund, um irgendwelche wirtschaftlichen Krisenzeichen zu sehen. Und doch gibt es etwas, was uns zu denken geben muß, es ist die Frage der Beschäftigung, es ist die Frage der Arbeitslosigkeit. Wirtschaftswachstum und Beschäftigung, meine Damen und Herren, haben sich in letzter Zeit entkoppelt. Wenn Wirtschaftsforscher davon sprechen, daß nun ein nennenswerter Rückgang der Arbeitslosigkeit nur mit Wachstumsraten von 4,5 Prozent und noch mehr zu erreichen ist, dann müssen wir erkennen, daß ein gewisser Handlungsbedarf gegeben ist. Ohne viele Zahlen zu präsentieren, möchte ich kurz auf die Arbeitsmarktdaten November 1998 verweisen. 36.274 Steirerinnen und Steirer waren arbeitslos, gegenüber dem Vorjahr um 800 Personen mehr. Die Arbeitslosenrate lag bei 7,9 Prozent. Die Tendenz ist steigend. Wir haben heute vom Kollegen Heibl schon gehört, die derzeitige Wettersituation wird die Baubranche sicherlich noch beeinflussen. Bei der Beschäftigung wird 1998 – auch in der Steiermark – wahrscheinlich eine leichte Steigerung zu verzeichnen sein. Es gibt – und das ist offenkundig – einen stärkeren Zugang zum Arbeitsmarkt, und damit entsteht dieses sogenannte arbeitsmarktpolitische Problem. Trotz steigender Beschäftigung wächst die Arbeitslosigkeit. Es gibt viele, die geringfügig beschäftigt sind und daher mehrere Jobs brauchen, um eine lebensfähige Existenz zu haben. Diese mehr Jobs schlagen sich natürlich auch in der Steigerung der Beschäftigung nieder, weil sie gezählt werden. Der stärkere Zugang kommt, so meinen die Experten, aus der sogenannten stillen Reserve, das heißt, jene, die bisher beim AMS nicht gemeldet waren, haben sich zusehends am Arbeitsmarkt um Stellen bemüht. Wir stehen also vor dem Problem, daß wir mit dem Wirtschaftswachstum alleine den Arbeitsmarkt nicht in den Griff bekommen und daß diese erforderlichen Wachstumsraten in Zukunft auch nicht zu erzielen sind. Tatsache ist, daß die konjunkturankeurenden Instrumente, die wir immer eingefordert haben, zum Beispiel der Staat soll dann investieren und schafft damit zusätzliche Beschäftigung, unter den Vorzeichen des gemeinsamen Marktes beziehungsweise der Liberalisierung der Märkte, allein nicht mehr wirken. Ich möchte in keiner Weise, Herr Landesrat, den Aufholprozeß der steirischen Wirtschaft schmälern, im Gegenteil, weil es ist auch klar herausgekommen und Dipl.-Ing. Geldner hat das auch im Rahmen der Konjunkturgespräche

dokumentiert. Die Steiermark weist in der Sachgüterproduktion einen Zuwachs an Beschäftigung um rund ein Prozent auf, im Produktionswert sogar einen um 3 Prozent höheren Wert als der österreichische Durchschnitt – das ist erfreulich. Dennoch haben wir eine von mir schon genannte hohe Arbeitslosenquote, und mit Ende November werden es über 8 Prozent sein. Wir müssen daher als öffentliche Hand Akzente setzen, neue Möglichkeiten eröffnen und sie schaffen. Ich meine, daß der zweite Arbeitsmarkt und die Entwicklung des zweiten Arbeitsmarktes ein zentrales wirtschaftspolitisches Anliegen der öffentlichen Hand sein muß. Meine Damen und Herren! Wir sollen uns nicht von der kurzfristigen Betrachtungsweise über punktuelle Erfolge, wie zum Beispiel in der Autoindustrie, blenden lassen. Sie sind teilweise vorhanden. Wir haben noch in Erinnerung, welche katastrophalen Auswirkungen gerade in der Autoindustrie zu verzeichnen sind, wenn am Weltmarkt irgendwelche Situationen eintreten und diese Produktion rückläufig wird – eine Kettenreaktion an Verlusten von Arbeitsplätzen. Ich möchte in diesem Zusammenhang eine parlamentarische Anfrage vom 13. November 1998 zitieren, wo Bundesminister Dr. Caspar Einem dem Abgeordneten Wallner bezüglich Obersteiermark und bezüglich einer Studie folgende Antwort gegeben hat: „... daß laut Bevölkerungsprognose der ÖROK für den Zeitraum 1991 bis 2021 – der Autor dieser Studie ist Prof. Fassmann – die Bevölkerung der Steiermark insgesamt um 7 Prozent abnehmen wird, in der westlichen Obersteiermark um 19 Prozent und in der östlichen Obersteiermark um 25 Prozent. Die Gründe, die dafür angegeben werden, ist eine degressive negative Wanderungsbilanz in diesen Bereichen und eine negative Geburtenbilanz. Diese Studie, meine Damen und Herren, stellt, wenn man sie liest, sicher ein Horrorszenario dar, und sie wird von anderen Experten, wie von Prof. Tichy und Dipl.-Ing. Geldner, scharf kritisiert, und sie meinen, da sind methodische Fehler vorhanden. Okay, gehen wir davon aus, daß es unterschiedliche Experteneinschätzungen über diese Bevölkerungsentwicklung gibt. Eines ist aber wesentlich: Die Ursache dieser negativen Entwicklung liegt in den unzureichenden Beschäftigungsmöglichkeiten der Regionen. Daher die Forderung der SPÖ-Fraktion im Land, daß das Bemühen darauf gerichtet werden muß, Arbeitsplätze in zukunfts-sicheren Unternehmen zu fördern, um der demographischen Problematik, sprich der Abwanderung und der Entleerung der Regionen, entgegenzuwirken. In dem veröffentlichten Regionsprofil der steirischen Arbeiterkammer, und ich kann nur jedem empfehlen, das nachzulesen, wird für die Obersteiermark diese Problematik auf wenigen Seiten in grundlegenden Zahlen exakt dargestellt. Meine Damen und Herren! Der am vergangenen Wochenende abgehaltene EU-Gipfel in Wien hat den Druck der Oststaaten, in die EU aufgenommen zu werden, deutlich gemacht. Auf der einen Seite war Enttäuschung, auf der anderen Seite hoffe ich, daß endlich auch die Beschäftigungspolitik innerhalb Europas den Stellenwert bekommt, daß man das Problem nicht immer wegschiebt und daß die nationalen Beschäftigungspläne auch dementsprechend zu greifen beginnen. Bei dieser EU-Osterweiterung, und wir haben hier im Haus

schon oft darüber diskutiert, ist völlig klar, daß diese politische Thematik die Verantwortlichen nicht aus ihrer Verpflichtung entlassen kann. Ob es für die Süd- oder Oststeiermark ist, diese EU-Osterweiterung ist mit wirtschaftlichen Problemen verbunden. Der Druck auf den Arbeitsmarkt wird zunehmen, vor allem in bestimmten Dienstleistungsbereichen, und die Industrie- und gewerblichen Produktionen werden durch verschiedene Vorteile, Lohnkosten, Umweltstandards und, und, und, in die neuen EU-Länder abwandern. Dieser Prozeß wird, und ich sage das als Gewerkschafter, unter den derzeit vorherrschenden Marktbedingungen nicht aufzuhalten sein.

Wir sollten es nicht verschweigen, lieber Kollege Wiedner, wir sollten uns aber darauf einstellen und vorbereiten. Natürlich ist in erster Linie der Bund aufgefordert, die entsprechenden politischen Forderungen nach Übergangsfristen bei der Personenverkehrs- und der Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit, aber auch im Bereich der Umwelt- und Sozialpolitik durchzusetzen. Dem Land Steiermark, meine Damen und Herren, verbleibt die Verpflichtung und die Aufgabe, die verschiedensten Regionen entsprechend vorzubereiten. Hier ist sicher noch ein erheblicher Aufholbedarf notwendig. Auch hier hat die Arbeiterkammer eine sehr gute Studie über die EU-Osterweiterung in grenznahen Regionen herausgegeben. Aus dieser Studie kann man entnehmen, daß im Bereich des Tourismus aus Dänemark mehr Besucher in die Steiermark kommen als aus Slowenien. Ein Befund, der uns doch einigermaßen überraschen sollte. Ich glaube, hier ist auch der Tourismuslandesrat Hirschmann gefordert, diese brachliegenden Entwicklungspotentiale durch entsprechende politische Maßnahmen zu aktivieren. Meine Damen und Herren! Wir sollten uns darüber im klaren sein, daß ein finanziell gut dotiertes Grenzlandprogramm seitens der EU im Zusammenhang mit der Osterweiterung nicht durchgeführt werden wird. Was jedoch als Hilfestellung für die Steiermark zu erwarten ist, und das kennen wir, ist eine finanziell aufgewertete Gemeinschaftsinitiative über das INTERREG. Auch in diesem Zusammenhang müssen vielschichtige Vorbereitungsmaßnahmen für die Industrie, für das Gewerbe, für den Tourismus und für die Dienstleistungen, aber auch für die Landwirtschaft getroffen werden. Auch hier haben Landesrat Paierl und Landesrat Pörtl noch eine Vielfalt von Aufgaben vor sich. Und es wird nicht ausreichen, wenn man nur die Grenzlandregionen ausrichtet, sondern wir haben andere Regionen innerhalb unseres Landes, die eben regional angepaßter Strategien bedürfen. Für Graz, Herr Landesrat Paierl, gibt es schon seit zwei Jahren eine Studie über Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den Zentralraum Graz. Da ist eine Fülle von politischen Maßnahmen angeführt, die seitens des Landes umzusetzen wären. Bis heute ist hier nichts passiert. Herr Landesrat, auch hier sind Sie im großen Maße säumig. Ich möchte es unterstreichen, weil der Abgeordnete Grabner bereits am Wochenende schon festgestellt hat, er meint, daß die Interessen des Landes generell bei der Landeshauptleuterkonferenz durch die Frau Landeshauptmann nicht genügend vertreten beziehungsweise nicht genügend gefordert

werden. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Zeigen Sie mir diese Studie!“) Ich kann Ihnen die Studie dann zeigen.

In dieser Frage wird sich sicherlich der Kollege Grabner zu Wort melden.

Ich habe bereits früher schon angeschnitten, daher kann ich mir jetzt etwas sparen, über die Jugendbeschäftigung zu reden. Aber es gibt in der Steiermark, meine Damen und Herren, rund 7000 Langzeitarbeitslose, die deswegen Langzeitarbeitslose sind, weil sie im sogenannten normalen Arbeitsmarkt keine Beschäftigung mehr finden. Und selbst wenn sie sie finden, haben sie derart große Defizite in der Qualifikation oder im eigenen Selbstvertrauen, daß eine Beschäftigungsaufnahme dann wiederum nicht zustande kommt. Diese Spirale dreht sich immer weiter nach unten. Aber auch für diesen Personenkreis müssen wir im zweiten Arbeitsmarkt Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen. Es geht hier um die sogenannte nicht marktfähige Arbeit, daß die Personen Beschäftigung und Existenz erhalten und damit auch – das ist für sie, glaube ich, wichtig – ein gewisses Selbstwertgefühl gesichert wird. Diese Beschäftigungsmöglichkeiten finden sich nur im Aufbau des zweiten Arbeitsmarktes. Das Arbeitsförderungsgesetz, das wir beschlossen haben und das, ich hoffe, mit 1. Jänner 1999 dann auch in Kraft tritt, bietet die Möglichkeit, Qualifikationen, die Errichtung von Beschäftigungsgesellschaften und Projekte im nicht fähigen Arbeitsmarktbereich, im sozialen und ökologischen Dienstleistungsbereich etwas umzusetzen. Ich behaupte, das ist ein gelungener Ansatz, und es gilt weiterzuführen und im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes speziell zu entwickeln.

Ich möchte auch hier konkret einige Punkte herausstreichen:

Beschäftigungsgesellschaften sind in diesem Zusammenhang unserer Meinung nach zu entwickeln, die explizit für Frauen Transitarbeitsplätze anbieten, die für Jugendliche Transitarbeitsplätze auch anbieten, und sie sind zu entwickeln, Jugendbeschäftigungsgesellschaften und Frauenbeschäftigungsgesellschaften. Denn hier haben wir in der Steiermark die großen Defizite.

Eine Beschäftigungsgesellschaft für den Großraum Graz ist gemeinsam mit den Umlandgemeinden zu gründen. Denn wir erleben und wir müssen auch den derzeitigen Boom in der Autoindustrie schaffen, um Abdeckungen für Schwankungsmöglichkeiten zu erreichen. Ich habe das eingangs bereits gesagt. Wenn bei Steyr-Daimler-Puch, bei Eurostar die Produktion zurückgeht, dann haben wir die sogenannten abhängigen Betriebe durch den Autocluster, die nur für die Bereiche produzieren. Wenn hier eine Schwankung eintritt, gibt es katastrophale Auswirkungen.

Ich kenne die Diskussion, daß dann, wenn die öffentliche Hand etwas subventioniert, kann das ein Privater sicher um die gleiche Leistung tun. Aber erst dann ist er bereit, wenn er draufkommt, daß die öffentliche Hand durch eine Stützung des Preises oder Subventionen etwas einbringt. Der Unterschied liegt aber nur darin, daß in diesem Bereich der nicht marktfähigen Arbeit auch die derzeit – und das betone ich – die derzeit noch nicht marktfähigen Personen

miteinbezogen werden. Das heißt, es muß eine Durchlässigkeit zu dem von mir eingangs erwähnten ersten Arbeitsmarkt, überhaupt eine Arbeit zu bekommen, gegeben sein.

Und zur Obersteiermark möchte ich zum Schluß kommand sagen, es gibt hier das Papier der Gemeindevertreter, das von beiden großen Fraktionen unterzeichnet wurde, in welchem eine umfassende Anzahl von Maßnahmen für die Obersteiermark aufgelistet worden ist. Ich glaube, meine Damen und Herren, es ist ein ausgezeichnete Ansatz, zumal er aus den Regionen und von den betroffenen Gemeinden selbst kommt, in den Regionen behandelt und auf die Problematik der Regionen abgestimmt ist. Das Land müßte jetzt nur hier, und hier im speziellen, Herr Landesrat, Sie als zuständiger Wirtschaftslandesrat, die einzelnen Projekte oder Maßnahmenbereiche herausnehmen, daß sie landesintern strukturiert werden, und sie einfach auf die Reihe bringen.

Und in diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, möchte ich einen Entschließungsantrag einbringen der sozialdemokratischen Fraktion. Ich möchte nur den Antrag verlesen, um meine Zeit genau einzuhalten:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft aufzutragen, das interne Punktesystem so anzupassen, daß folgende Punkte vorrangig umgesetzt werden können:

Erstens: Förderungen, die zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, haben höher zu sein als solche, die das nicht bewerkstelligen, um den Beschäftigungseffekt zu erreichen. Zweitens: Regionen mit relativ hoher Arbeitslosigkeit sind bei der Förderung der Gründung oder Erweiterung von Betrieben bevorzugt zu behandeln, um diese von mir zitierten regionalen Impulse zu erreichen.

Ich ersuche um Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 15.26 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hohegger. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Mag. Hohegger (15.26 Uhr): Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Zum Wirtschaftsbericht 1997, ein Kernstück davon sind natürlich die Aktivitäten der Wirtschaftsförderung des Landes Steiermark. Und diesbezüglich sei der Vollständigkeit halber angeführt:

Von der steirischen Wirtschaftsförderung wurden 1997 264 Förderungsfälle mit einem Zuschußvolumen von 251 Millionen abgewickelt. Für Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme einschließlich der Lehrplatzförderung wurden 42 Millionen investiert. Zur Förderung der Telekommunikation im Rahmen von TELEKIS wurden insgesamt 30 Millionen Schilling eingesetzt. In Zuständigkeit der Landesfremdenverkehrsabteilung wurden in 476 Fällen Förderungen von rund 57 Millionen Schilling eingesetzt, und in weiterer Folge wurden vom Referat für Wirtschaftspolitik des Amtes der Steiermärkischen Landes-

regierung 333 bereits in den Vorjahren genehmigte Förderungsfälle im Jahre 1997 weiter betreut. Insgesamt sei vorab noch festgehalten, daß 95 Prozent – und das ist entscheidend auch – der Förderungsfälle ausgerichtet waren auf Klein- und Mittelbetriebe, in die rund 60 Prozent der Wirtschaftsförderungsmittel geflossen sind. Das heißt, daß dem Stellenwert der KMUs auch im Programm der Wirtschaftsförderung des Landes hier voll Rechnung getragen wird. Zusammenfassend vielleicht, daß in etwa mit rund 300 Millionen Schilling ein Investment von rund 2 Milliarden Schilling im Lande induziert werden konnte. Darüber hinaus sei noch angeführt, daß auch an Bundesförderungsmitteln im Verlauf der letzten Jahre, konkret von 1989 bis 1996, an die sechs Milliarden Schilling in die Steiermark geholt werden konnten, was uns auch eine Spitzenposition oder überhaupt die erste Position unter den Bundesländern hier ausweist.

Vielleicht in aller Kürze auf die steirische Wirtschaft, konkret die Indikatoren unserer Wirtschaft. Wir haben nach wie vor – und das ist die relevanteste Kennziffer unserer Wirtschaftslage – eine steigende Beschäftigung in unserem Lande zu verzeichnen. Allein die gewerbliche Wirtschaft hat von 1997 auf 1998 in der Beschäftigung von 288.000 auf 295.000, ein Plus von 7000, innerhalb eines Jahres zugelegt. Wir haben hier erfreulicherweise auch auf der Gründerseite Erfolge zu verzeichnen, und es ist in etwa so, daß pro Jahr in der Steiermark um die 1000 selbständig Erwerbstätige, und wird auch hier von der Landesförderung innovative Technologieprojekte und auch innovative gewerbliche Begründungen betreut und gemanagt. Besonders relevant ist auch die Zunahme der Arbeitgeberbetriebe, also jener Unternehmen, die Mitarbeiter beschäftigen, und hier haben wir eine Jahreszunahme in etwa von 500 Arbeitgeberbetrieben pro Jahr zu verzeichnen. Und auch was die Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft anbelangt, hat sich hier eine Trendwende in unserem Land vollzogen, und das wurde ja vorher schon beim Arzthelfer sozusagen diskutiert, daß hier die Wirtschaft mit der Ausbildungsbereitschaft nach wie vor zur Stelle ist. Und ich möchte schon wiederholt von hier aus festhalten, daß sowohl im Prinzip die Lehrlingszahlen in der Steiermark nicht sinken, sondern steigen, und daß auch die Anzahl der Ausbildungsbetriebe nicht sinkt, sondern daß auch hier wiederum eine Zunahme zu verzeichnen ist. Weil die Statistiken angesprochen wurden, Kurt Gennaro eins zu sieben, das entspricht nicht der Realität. Da haben wir eine veraltete Statistik. (Abg. Gennaro: „AMS-Statistik!“) Ja, die ist wie gesagt nicht auf der Höhe der Zeit anscheinend. Ich darf feststellen, daß wir hier maximal in etwa, wenn wir die steirische Situation derzeit hernehmen, eine Andrangsziffer von eins zu zwei haben. (Abg. Vollmann: „Nein, nein!“ – Abg. Gennaro: „Nein, nein, bitte!“) Also die AMS-Statistik weist in etwa 141 aus, allein die offenen Lehrstellen (Abg. Gennaro: „Die AMS ist das, was ich gesagt habe. Ich gestehe aber zu, daß es so eine quasi Datenbank gibt in der Wirtschaftskammer, daß da ein bißchen was runterkommt, aber eins zu zwei würde ich glücklich sein. Ich will es nicht runtermachen, aber ich würde glücklich sein!“) Also wir sollten da nicht um den Kaisers Bart herumdiskutieren, Faktum ist, Kurt, daß wir alleine in unserer

Statistik in der WIFI-Lehrstellenbörse über 300 offene Lehrstellen haben. Und wenn hier ämtlich mit 141 operiert wird, dann liegt es auf der Hand, daß das den Tatsachen und Realitäten bei weitem nicht entspricht. Es geht – wie Landesrat Paierl vorhin schon gesagt hat, daß man hier Angebot und Nachfrage sinnvollerweise zur Deckung bringt, aber es kann diesbezüglich von einer Zurückhaltung oder von einer Abweichung der Jugend, der steirischen Jugend, keinesfalls die Rede sein. Vielleicht noch ganz kurz von der Wirtschaftseite hier auf die Leitprojekte einzugehen. Wir alle wissen, daß wir mit dem steirischen Automobilcluster hier Vorzeigeprojekte national und international geschaffen haben, daß wir im Technologiebereich mit den Impulszentren landesweit aktiv sind. Es gibt nahezu keine Region, wo nicht hier Technologieparks und Impulszentren errichtet wurden und weiter in Planung und im Ausbau sind. Von diesen Zentren geht eben sehr viel in Richtung Technologiepolitik aus. Es sei verwiesen, daß mit der Aktion Telekis die neuen Akzente oder die neue Infrastruktur der Telekommunikationspolitik erfolgreich in Angriff genommen wurde, daß hier Schwerpunkte bereits im Schulbereich gesetzt werden, daß hier Schulen vernetzt sind, daß im Weiterbildungsbereich hier vom Land für die Telekommunikation Schwerpunkte gesetzt und finanziert werden, daß wir mit der Aktion Telefit die steirischen KNUs voll erfassen konnten mit einer landesweiten Aktion und daß darüber hinaus eine Vielzahl von regionalen Projekten hier erfolgreich gemanagt werden, was ja letzten Endes auch bei der sogenannten RISI-Konferenz vor wenigen Wochen im Bezirk Leibnitz unter Beweis gestellt werden konnte, eine europaweite Aktivität.

Auch die Qualifizierungsaktivitäten sind hier positiv zu erwähnen. Das Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm mit Bildungsscheck von der Lehrplatzförderung bis zum Fachhochschulbereich läßt sich hier sehr positiv in unserem Lande darstellen. Was die Zukunft anbelangt, ist zu vermerken, daß mit dem Projekt des Innovationsassistenten hier zukunftsweisende Projektmaßnahmen im Bereich der Wirtschaftsförderungsbeirates und der Wirtschaftsförderung des Landes beschlossen werden konnten. Das heißt, daß wir den Technologietransfer über Innovationsassistenten und den KNU-Bereich hineinbringen, und das werden wir in der nächsten Zeit besonders zu forcieren haben. Und wie gesagt, die Programmierung in diesem Bereich ist ja bereits erfolgt.

Als besonderes Vorhaben wäre es wünschenswert, wenn es auch gelänge, den sogenannten Holzcluster erfolgreich durch die Landespolitik zu bringen. Wir sollten hier vom Kfz-Cluster ausgehend doch auch ernsthaft anerkennen, daß wir im Lande Steiermark für diesen Bereich hervorragende Potentiale hätten, es müßte nur einmal gelingen, daß hier das auch in der Landesregierung mehrheitlich so gesehen wird. Und wir werden in Zukunft – auch diesbezüglich sind die Weichen gestellt – einen Venture-capital-Fonds, vor allem auch für Entwicklung und innovative Unternehmensgründungen, in unserem Lande zur Verfügung haben. Wie insgesamt überhaupt mit dem concept in progress des Wirtschaftsressorts hier entsprechende Leitlinie zukunftsorientiert gelegt

werden konnten. Es geht uns letzten Endes gemeinsam darum, daß wir unsere Standortqualität massiv pflegen, daß wir hier die entsprechenden Akzente setzen. Es ist aber diesbezüglich uns allen klar, daß sehr viel im Land getan werden kann, aber daß sehr viel eben nicht vom Land aus alleine zu bewältigen ist, daß hier sehr, sehr viele Bundessachen mithereinspielen, aber wir müssen uns gemeinsam um die entsprechende Verkehrsinfrastruktur besonders bemühen, wir müssen uns gemeinsam um die Telekommunikationsinfrastruktur besonders bemühen. Wir haben dafür zu sorgen, daß wir das Qualifikationsniveau des Arbeitsmarktes, der Bewerber am Arbeitsmarkt in das richtige Lot bringen. Es gibt hier die verschiedensten Akzente, und daß wir auch im Standortmarketing für die steirische Wirtschaft die richtigen Signale im Inland und Ausland aussenden. Das ist unser gemeinsames Anliegen; und wir sind hier sicherlich gemeinsam gefordert, an einem Strang im Interesse des Landes zu ziehen.

Und, meine Damen und Herren, im Zusammenhang der erfolgreichen Projektrealisierung darf ich noch einen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung der Abgeordneten Hohegger, Dr. Jeglitsch und Tschernko einbringen. Er betrifft die Finanzierung der Regionalförderungsprogramme, Ziel 2 und 5 b. Diese erfolgen durch Bundes-, Landes- und EU- sowie private Mittel, um hier diesbezüglich den Projektverlauf entsprechend handeln zu können, wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den Punkt neun des Landesvoranschlages dahin gehend zu ändern, daß eine Vorfinanzierung von Bundes- beziehungsweise EU-Mitteln durch Landesmittel bei Bedarf ermöglicht wird.

Ich bitte diesbezüglich alle Fraktionen um die Zustimmung. Der entsprechende Antrag liegt ja auch den Fraktionen vor.

Geschätzte Damen und Herren! Im Prinzip sind unsere Wirtschaftsindikatoren positiv zu sehen. Wir sind gemeinsam gefordert, hier die entsprechenden Akzente zu setzen, die entsprechenden Innovationen auch gemeinsam zu tragen, die Beschäftigungspolitik an die erste Stelle zu setzen, und wenn wir hier von diesem Hause auch gemeinsam die Steiermark im Auge haben, werden wir hier sehr viel bewegen können. Geschätzte Damen und Herren, ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. - 15.40 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schreiner. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Schreiner (15.41 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist immer wieder schön zu hören, wenn sich zuerst ein sozialdemokratischer Politiker um die Wirtschaft in diesem Land bemüht, Sorgen macht und dann der Partner Peter Hohegger auf der ÖVP-Seite. Ich verstehe es in Wirklichkeit nicht. Die Wirtschaft braucht nicht Politiker, die dauernd darüber nachdenken, wie sie funktioniert. Die Wirtschaft braucht Grundlagen, daß sie funktioniert. Und da möchte ich ganz gern auf die Worte des Herrn

Gennaro eingehen. Er ist zwar momentan nicht da, aber er wird es ja möglicherweise hören. Er hat in vielen seiner Ausführungen recht. Ich komme da wieder ein bißchen in den Bereich der Lehrlingsproblematik, paßt aber absolut hier dazu, weil nach unserem Dafürhalten ist das Beste, das momentan hier in diesem Land der Wirtschaft geboten wird, die Fachkraft, der Facharbeiter im übertragenen Sinne. Alles andere ist im Konkurrenzverhältnis nach außen gesehen nicht so gut, wie unsere ausgebildeten Fachkräfte. Und da sind wir schon bei den Lehrlingen, und da sind wir schon bei der Wertigkeit, wie er das letzten Endes jetzt auch festgestellt hat. Wir sind halt so erzogen, daß in diesem Land der, der im Büro sitzt, einen anderen Stellenwert hat und der, der die Montur anhat und wirklich etwas schafft, das man sieht, hat keinen Stellenwert. Aber es hätten ja Ihre Fraktionskollegen da auch etwas ändern können. Es ist nicht passiert. Es ist zu wenig, nur über Symptome zu reden und kein Marketing zu betreiben für einen Berufsstand, der - wie gesagt - der beste ist. Es ist auch noch etwas anderes gefallen, und zwar ein Halbsatz: Die Industrie macht es sich leicht. Die Industrie macht es sich nicht leicht, die Industrie folgt ihren eigenen Spielregeln. Wenn wir hier - und es war so gemeint - Wirtschaft sehen, die grenzüberschreitend ist, dann folgt diese fast ausschließlich den Spielregeln der Auktionäre. Und die Auktionäre sagen, Geld verdienen. Und das Management dieses grenzüberschreitenden Betriebes sagt, wie verdiene ich Geld? Indem ich die Ressourcen nehme, die ich zur Verfügung gestellt bekomme, und zwar immer das Beste. Das Beste kann jetzt sein, billige Arbeitskräfte oder hohe Förderungen, gute Infrastruktur, am besten eine Kombination daraus. In Wirklichkeit schaffen diese Betriebe - und das war auch vom Kollegen Gennaro auch so gemeint - keine Arbeitsplätze, weil die haben nicht diese Verpflichtung gegenüber den Arbeitnehmern und sind nicht landesverbunden. Arbeitsplätze schaffen Klein- und Mittelbetriebe, die sogenannten KMUs und die Dienstleister.

Im Dienstleistungssektor sind wir noch 10 Prozent unter dem amerikanischen Schnitt. Was braucht die Wirtschaft noch? Sie funktioniert ganz einfach nach den Spielregeln Angebot und Nachfrage. Nachfrage kann ich auch wecken. Aber ich kann nicht Nachfrage wecken, indem einfachste Probleme in diesem Land nicht gelöst werden. Eine wohlhabende Familie kommt auf die Idee, das Bad umzubauen. Dann braucht diese wohlhabende Familie, weil die nicht Wohlhabenden können es sich sowieso nicht leisten, mindestens fünf Unternehmer, um dieses Bad umzubauen, einen Fliesenleger, einen Installateur, einen Maler, einen Elektriker und einen Tischler. Da kommt auch dieser Wohlhabende, der Steuern zahlen möchte und einen Betrieb beschäftigen möchte, auf die Idee, einen Pfuscher zu nehmen, der ihm das alles organisiert. Da haben wir Handlungsbedarf, da muß etwas geschehen. (Beifall bei der FPÖ.)

Das nächste zu den Ausführungen des Kollegen Gennaro. Es war so ein Anflug, es könnte aus der Europäischen Union Hoffnung kommen, die Arbeitsplatzproblematik, die auf uns zukommt, in den Griff zu bekommen. Das wird so nicht sein. Nur wir selbst können uns helfen. Europa heißt zwar gemeinsam,

aber in Wirklichkeit ist es ein loser Verbund von sich konkurrenzierenden Regionen. Und die Region, die besser ist, wird letzten Endes die besseren Chancen haben und eine bessere Qualität den Menschen im Lande bieten können, und nicht die EU. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Herr Kollege Hohegger, ich habe deinen Ausführungen auch zugehört, wie immer aufmerksam. Du hast aufgezählt, welche Förderungsmittel es gibt, wieviel dafür ausgegeben wurde. Du hast aber nicht gesagt, ob wir damit wirklich Probleme lösen, weil es gibt ja noch immer Probleme. Wir fördern zwar mit vielen Millionen, aber es gibt noch immer Probleme, folgedessen kann ja Fördern nur immer eine Zwischenlösung sein, damit die Probleme nicht noch größer werden. Und worüber spricht wirklich jetzt der Wirtschaftstreibende aus der ÖVP? Er spricht über staatliche Regelungen. Eine Förderung ist auch nichts anderes als eine Regelung. Es ist geregelt, wenn du dieses und jenes nach diesen und jenen Spielregeln machst, dann bekommst du – weil du brav bist – Geld. Und es wird noch immer nicht darüber gesprochen, daß es nicht das ist, was die Wirtschaft will. Die Wirtschaft will Rahmenbedingungen haben. (Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Das habe ich gesagt? Ich bin ganz deiner Meinung; okay!“) Ja, aber dort müssen wir wirklich hin. Ich möchte das noch einmal ausführen und vielleicht wirklich für alle verständlich bringen. Ich habe das Gefühl, der Patient „Wirtschaft“ geht zum Arzt und sagt, mir schlafen dauernd zwei Finger an der rechten Hand ein. Und wenn der Arzt dann hergeht und sagt, ich kümmerge mich um diese beiden Finger, weil da ist irgend etwas, dann wird er wahrscheinlich kein umfassendes Wissen als Mediziner haben. Er müßte wissen, wie uns bekannt ist, besonders Menschen in unserem Alter, da könnte noch irgend etwas sein im Nervensystem von da bis zur Wirbelsäule und auch an der Wirbelsäule. (Beifall bei der FPÖ.)

Und ich sage, in Wirklichkeit ist nicht das Problem der Finger, den wir dauernd jetzt zu heilen versuchen mit Förderungen. Das Problem ist die Nervenüberleitung von den Fingern zum Rückgrat, und das Rückgrat selbst ist nicht in Ordnung. Und zum Rückgrat selbst. Jetzt machen wir auf dem Rückgrat langsam einen Kopf. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Und was ist, wenn man kein Rückgrat hat?“) Dann ist man bei der ÖVP! (Beifall bei der FPÖ. – Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Die Rückgratlosigkeit mancher Politiker lebe ich mit!“) Herr Landesrat, du darfst mich nicht unterbrechen, ich verliere ja den Faden. Okay, dann gehe ich zum Kopf über, weil ich habe ein Rückgrat, und der Kopf wird vom Rückgrat getragen. Wir haben ein grundsätzliches Problem in diesem Land seit mindestens drei Jahrzehnten. Und das ist in dieser Form kaum in diesem Haus diskutiert worden. Drei Jahrzehnte, wo das Land und der Staat Österreich geführt wird von zwei Parteien, bis auf ein ganz kurzes kleines Zwischenspiel, es war nicht bedeutend. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Es war eine dritte auch dabei?“) Ich habe gesagt, bis auf ein ganz kurzes Zwischenspiel, und damit hätte ich das schon beantwortet. Das Problem ist der Kopf, die Verwaltung und alles, was dazugehört. Das ist schon besprochen worden, 21 Prozent der Werktätigen sind im Staats-

dienst und in staatsnahen Bereichen beschäftigt. Darüber hinaus gibt es noch staatsnahe, politiknahe Bereiche der Wirtschaft, die sogenannten geschützten Bereiche. Die Verstaatlichtenindustrie war nicht mehr haltbar, aber andere Betriebe halten sich bis zum heutigen Tage und haben jetzt ein Problem, daß ihre Strategie der Abschaffung nicht mehr haltbar ist. 21 Prozent beschäftigt im Staatsdienst, zuviel Beschäftigte im Energieversorgungsbereich, zuviel Beschäftigte im Bankenbereich, wir wissen, es gibt 70.000 Beschäftigte im Bankbereich, 30.000 müssen weniger werden. Versicherungsbereich, politiknahe, 30.000 Beschäftigte, 10.000 müssen weniger werden. Was ist da in diesen 30 Jahren, zwei bis drei Jahrzehnten entstanden? Ein riesiger Wasserkopf im Staatsbereich, im Landesbereich, im Bereich der geschützten Wirtschaft, und der steht auf schwachen Füßen der Wirtschaft. Wir sagen, daß die Wirtschaft im Verhältnis zur Verwaltung in diesem Land unterentwickelt ist. Da war das Verhalten des Landes und des Bundes falsch. Es wurden jahrzehntelang die bestausgebildeten Menschen in diesem Land abgezogen in den Staatsdienst. Wir haben das erlebt in den Zeiten der Hochkonjunktur und auch später noch im Bereich der A-Ausbildung, ich muß nicht ausführen, was das ist, im Bereich der B-Ausbildung und im Bereich der C-Ausbildung hat die Wirtschaft immer das Problem gehabt, daß die besten Mitarbeiter in den sicheren Hafen des Staatsdienstes abgeworben wurden. (Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Franz, das, was du jetzt sagst, ist Vergangenheit. Was wäre dein Konzept für die Zukunft? Mich würde interessieren, was könnten wir mit den zigtausend, die im geschützten oder staatlichen Bereich sind, tun? Wer beschäftigt die? Das würde mich für die Zukunft interessieren.“) Ich muß die Frage einmal zurückgeben. Erstens einmal, das ist nicht die Vergangenheit, das ist die Gegenwart, Punkt eins. Punkt zwei, es ist Aufgabe der Regierung, die Probleme so rasch als möglich zu ändern und in den Griff zu bekommen, nicht die Aufgabe der Opposition. (Beifall bei der FPÖ.) Aufgabe der Opposition ist aufzuzeigen, was nicht paßt, und Aufgabe der Opposition ist, dir zu sagen, daß die Vergangenheit nicht Vergangenheit ist, sondern daß das die Gegenwart ist, du bist noch immer in der Vergangenheit. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich komme wieder zurück auf die zarten Beine der Wirtschaft. Wir haben jetzt zu wenig bestausgebildete Mitarbeiter. Wir haben – das wird immer wieder kritisiert – zu wenig Eigenkapital. Warum haben wir zu wenig Eigenkapital? Weil wir eine eigenkapitalfeindliche Steuerpolitik haben, und das auch wieder seit Jahrzehnten. Das ist nicht die Oppositionspolitik, Herr Kollege Hohegger, das ist Regierungspolitik SPÖ/ÖVP. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Franz, ich wollte dich oppositionell befragen und nicht als Politiker, sondern als Unternehmer!“) Ich habe noch sieben Minuten, ich werde einige dieser von dir aufgeworfenen Fragen, die ihr schon die ganze Zeit lösen solltet, in Ansätzen beantworten können. Wir haben schon gesagt, zu wenig Eigenkapital, Problem Regierungsreform, Problem der Politik, eigentumsfeindlich, wird mittlerweile von jedem zugegeben, von jedem erkannt. Das nächste, wir haben noch immer eine Verwaltung, die, wie gesagt, die erstens einmal überbesetzt ist und zweitens

noch immer nicht funktioniert, deshalb alles. Es kann nicht sein – das Beispiel wieder zurück –, daß ich sechs Unternehmer brauche, um ein Bad zu Hause umbauen zu lassen oder gezwungen bin, wenn ich diese Leistungen in der Zeit haben will, dies im Pfusch auszuführen. Das kann nicht sein, das ist ein Problem, löst es, ihr seid es. Wir zeigen auf, ihr löst es! (Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Du sitzt auch in der Regierung in der Steiermark!“ – Abg. Mag. Bleckmann: „Aber wir haben nicht das Wirtschaftsressort, das hat noch dein Landesrat!“ – Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Noch!“) Und das nächste, ganz wichtig! Ureigenste Aufgabe des Staates ist die Infrastruktur. Herr Landesrat, ich weiß, sie besteht nicht nur aus Schiene und Straße, aber das ist besonders wichtig, aber das ist die ureigenste Aufgabe. Wir diskutieren 25 Jahre über Straßenstücke, 16 Jahre über Tunnel, Güterterminal 18 Jahre. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Sagen Sie einmal was zum Wirtschaftsbericht 1997!“) Herr Landesrat, bitte nicht dazwischenreden. Sie sind für die Wirtschaft verantwortlich, nicht wir, setzen Sie um! (Beifall bei der FPÖ.)

Nächstes, Steuersystem, wieder eher auf diese Seite gerichtet. Da wird diskutiert, eineinhalb Jahre lang gibt es eine Steuerkommission, und die befäßt sich – und am Ende kommt man darauf, daß 50 Milliarden Schilling in etwa umgeschauelt werden, und da wird diskutiert, daß für den Arbeitnehmer 10 Milliarden Verbesserung herauskommt. Und jetzt großzügige Änderung von gestern auf heute: Die Spitzen, Schlüssel und Klima, haben beschlossen, es werden 18 Milliarden sein. Und das bei einem Budget von knapp unter 1000 Milliarden, das sind 1,8 Prozent, das ist ein Witz! Das ist nur ein Witz und sonst gar nichts. Da wird nur die Presse gefüttert, es gibt Berichte in den Medien, das war es! Aber das hilft nichts, das hilft nicht den Arbeitnehmern in unserem Staat, niemand hilft das und auch nicht den Gewerbetreibenden. (Beifall bei der FPÖ.)

Zur Förderungsproblematik noch einmal zurück und zu der von Kurt Gennaro herausgearbeiteten Unvereinbarkeit oder besser gesagt von der Diskrepanz zwischen Klein- und Mittelbetrieben und den sogenannten Multis oder grenzüberschreitenden Großbetrieben. Es ist wirklich so, daß diese Großbetriebe Förderungen bekommen in einem sehr hohen Ausmaß, und das für einen Rentabilitätszeitraum von sieben bis zehn Jahren, wenn zum Beispiel dieser hochgeförderte Großbetrieb – ich will jetzt keinen Namen nennen – sieben bis zehn Jahre lang werkt, mit unseren bestausgebildeten Facharbeitern, dann wird er gerade rechtzeitig kommen, um zum Zeitpunkt Osterweiterung dann seinen Betriebsstandort amortisiert in das östliche Ausland, dann EU, verlagern zu können. Das wird passieren, so wird es sein. Nur reden, nur Schuldzuweisungen können es letztendlich nicht sein. Wir müssen noch einmal über das Rückgrat nachdenken, wir müssen über den Kopf nachdenken, ob er nicht zu groß ist, ob das Rückgrat den Kopf noch tragen kann, wir dürfen nicht den eingeschlafenen Finger – das ist nämlich unsere Wirtschaft – behandeln. Wir müssen die Betriebe und die Bereiche der Wirtschaft stärken, die Menschen in diesem Land versorgen, den Menschen Arbeitsplätze geben und möglich machen, in diesem Land ordentlich

zu leben. Das sind, wie gesagt, die Klein- und Mittelbetriebe und der Dienstleistungsbereich. Und deswegen erlauben wir uns, Herr Kollege Hohegger, daß wir auch einen Beitrag leisten und aufzeigen, wie es besser geht, einen Unselbständigen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 einzubringen, damit Förderungen und Sonderinvestitionen dann auch in weiterer Folge noch sinnvoller verwendet werden.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, den Klein- und Mittelbetrieben Sonderinvestitionen in demselben Ausmaß zur Verfügung zu stellen wie Großinvestoren und die dafür zu erarbeitenden Richtlinien dem Landtag vorzulegen. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der FPÖ. – 15.59 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz: Herr Präsident, Herr Landesrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Es ist vorher dem Kollegen Hohegger die Bezeichnung „Oppositionspolitiker“ gegenüber dem Kollegen Schreiner rausgerutscht, und das verstehe ich nicht. Weil die Freiheitlichen hier im Landtag ja bestenfalls eine Pseudoopposition abgeben und in der Regierung, ich zitiere Klasnic, ja immerhin von 53.471 Beschlüssen 53.155 einstimmig erfolgen, das heißt, die drei Regierungsparteien sind auf Grund des Proporz so aneinander gebunden, daß, ich zitiere Klasnic, 99,4 Prozent aller Regierungsbeschlüsse einstimmig laufen. (Abg. Dr. Karisch: „Das ist nicht Proporz, das ist Überzeugungsarbeit!“) Also das finde ich mehr als bedenklich. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Glaube keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast!“) Ihre politischen Methoden, Herr Landesrat Schmid, würde ich mich nie so zu beurteilen trauen, und wenn Sie sich selbst als Fälscher von Statistiken präsentieren, bin ich sehr entsetzt über Ihr Amtsverständnis. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich habe keine Statistik präsentiert!“) Sie haben sich jetzt selber auf dieser Ebene präsentiert, sowohl am Vormittag als auch jetzt am Nachmittag. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich rede von einer anderen!“) Ich komme noch einmal zurück, die Freiheitliche Partei trägt in der einen oder anderen Form diese 99,4 Prozent der Politik der Landeshauptfrau Klasnic und des Landeshauptfraustellvertreters Schachner mit. Das, was im Landtag läuft, sind über weite Strecken reine Scheingefechte. Wir haben derzeit – glaube ich – 60 oder 70 Unterausschüsse laufen. Ich komme dann gleich zu dem Thema. Letztendlich wird in der Regierung, in dieser Drei-Parteien-Regierung alles inklusive den Freiheitlichen ausgepackelt. Und der Kollege Schreiner ist für mich genauso wenig Oppositionspolitiker wie das der Landesrat Schmid ist oder wie das die Kollegin Bleckmann ist, die subtil probieren, für die nächste Legislaturperiode eine rotblaue Koalition vorzubereiten.

Ich komme jetzt zurück zu dem Antrag, der von uns und dem Liberalen Forum vor genau 16 Monaten gestellt wurde, nämlich der Antrag zur Tele-

kommunikationsinitiative in der Steiermark, der jetzt endlich als Regierungsvorlage beantwortet wurde. Wir haben damals als erste Partei im Landtag einen strukturierten Antrag zu Informations- und Telekommunikationsaktivitäten eingebracht. Wir haben damals im Landtag als erste Partei die anderen Parteien inklusive der ÖVP dazu motiviert, sich 16 Monate darüber Gedanken zu machen, wie man mit dieser neuen Technologie, ihren Chancen, ihren Risiken in der Steiermark umgeht. Ich habe dazu einige Gespräche mit dem Landesrat Paierl, mit seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, auch den Beamten, führen können. Ich habe ihm auch einmal ein E-mail geschickt, ob es - das war damals im September - nach 13 Monaten nicht höchste Zeit wäre, daß er einmal bereit ist, auf diesen Antrag zu reagieren. Und die Regierungsvorlage, die er jetzt vorgelegt hat, ist allerdings wirklich von sehr, sehr guter Qualität. Ich möchte das auch dazusagen, obwohl einige Punkte drinnen inhaltlich nicht so behandelt sind, wie ich mir das wünsche, weil einerseits die Struktur dieser Regierungsvorlage so ist, daß am Anfang eine Präsentation der Rahmenbedingungen, der Infrastruktur, der Qualifikation des Begriffes „Informationsgesellschaft“ gegeben ist, daß im zweiten Teil die Bereiche der Anwender und Anwenderinnen von der Wirtschaft über Bürger/Bürgerinnen bis zu regionalen Initiativen thematisiert werden und im dritten Bereich, dem jeder Punkt unseres Antrages einer inhaltlichen Evaluierung unterzogen wird, unsere Punkte dementsprechend in modifizierter Form, teilweise auch in der Form, wie wir sie beantragt haben, in der Regierungsvorlage beinhaltet sind. Ich habe den Eindruck, daß von seiten des Landesrates und der Abteilung ein Antrag einer tatsächlichen Oppositionsfraktion ernst genommen wird, auch wenn es 16 Monate dauert.

Ich möchte jetzt auf einige der Kernpunkte unseres ursprünglichen Antrages beziehungsweise dieser Regierungsvorlage zurückkommen. Im Wirtschaftsbericht 1994 bis 1996, der im Frühjahr im Landtag diskutiert wurde, ist der Bereich Telekommunikation und Informationstechnologien überhaupt nicht vorgekommen. Das war noch im Wirtschaftszeitalter Klasnic beziehungsweise Paierl. Inzwischen beinhaltet der Wirtschaftsbericht auch eine halbe Seite zur Telekommunikationsinitiative TELEKIS in der Steiermark. Unser Zugang als Grüne ist, daß man erstens einmal die steirischen Telekommunikationsrichtlinien so strukturiert, daß sie auch soziale, arbeitsmarktpolitische, ökologische, und demokratiepolitische Dimensionen einfordern, und nicht nur einen rein wirtschaftspolitischen Zugang, wie es bei der ursprünglichen Regierungsversion vorgesehen war. Das ist ein Zugang, den ich für anachronistisch halte gerade angesichts der Debatten im Landtag, wo es zum Glück zu einer Vermischung von frauenpolitischen und wirtschaftspolitischen Anliegen kommt, zu einer Vermischung von strukturpolitischen und regionalpolitischen Anliegen kommt und zu einer Durchlässigkeit einzelner Politikfelder in Richtung Nachhaltigkeit.

Beim zweiten Punkt, Strukturpolitik, war es uns ein Anliegen, daß bei Planung und Projekten die benachteiligten steirischen Regionen besonders

berücksichtigt werden, ob das jetzt Murau ist, ob es jetzt die Südsteiermark ist, die man natürlich durch eine entsprechende informationstechnologische Anbindung integrieren kann oder draußen lassen kann. Und wenn man sich anschaut, wie gerade in diesen ausgegrenzten Regionen mit einer sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit, einer sehr hohen Frauenarbeitslosigkeit, entsprechend hohen Krankheiten übrigens auch, inklusive jetzt als Extremvariante Suiziden, dann glaube ich, müßte man auf allen Ebenen sich überlegen, wie man sich diese Anknüpfungen an Zentralräume und Ballungsräume besser gewährleisten kann. Und es hat natürlich was damit zu tun, wohin man Leitungen baut. Das hat natürlich was damit zu tun, wo man bereit ist, regional mit dieser Technologie sich so zu etablieren, daß nicht von vornherein Riesenmauern und Hürden zur Bevölkerung und zu den Noch-nicht-Benützern und -Benutzerinnen aufgebaut werden.

Dritter Punkt: Installierung von regionalen Bürger/Bürgerinnenzentren, das würde heißen, kostengünstiger Netzzugang etwa im Gemeindeamt oder Postamt, um e-mails empfangen zu können, um Netzsurfen zu können, um Informationen zu bekommen, wie sie derzeit der Steiermarkserver anbietet, in dem inzwischen ja auch alle Landtagsklubs drinnen sind.

Der vierte Punkt, Frauen- und Mädchenförderung: Telekommunikation gilt leider Gottes als Männerdomäne, wird auch teilweise entsprechend im Marketing aufbereitet, beinhaltet teilweise gravierend sexistische Inhalte und wird im großen und ganzen doch von Männern für männliche Bedürfnisse entlang männlichen Vorstellungen geformt. Frauen werden immer wieder zu reinen Anwenderinnen und Sekretärinnen reduziert. Und um diese Ungerechtigkeit auszugleichen, für Mädchen, für Frauen, für ältere weibliche Anwenderinnen haben wir uns eine spezielle Förderung gewünscht, um Tele- und Informationstechnologien für Frauen nahbarer zu machen.

Vierter Punkt, Sondertarife für Behinderte: Die ÖVP hat einen in diese Richtung gehenden Entschließungsantrag vorbereitet, den wir natürlich mitunterstützen werden.

Fünfter Punkt ist die Transparenz in Verwaltung und Gesetzgebung als Demokratieforschule, was heißen würde, daß man zum Beispiel die Resultate von Landtagsentschließungen, von Ausschußverhandlungen, wenn sie publizierbar sind, ab dem Moment ins Internet gibt. Die steirischen Gesetze müssen ja zum Glück inzwischen über den Steiermarkserver öffentlich zugänglich sein. Ich kenne einige Leute, die wochenlang auf der Jagd nach dem neuen Sozialhilfegesetz waren und es einfach nicht bekommen haben, weil die Beamten keine Lust gehabt haben, die 30 Seiten inklusive Erläuterungen zu kopieren, und es die Leute in den Regionen aber dringend gebraucht haben, um zu wissen, wie die integrierten Sozial- und Gesundheitssprengel aufgebaut werden.

Nächster Punkt: Wir wünschen uns einen Telekom-Bericht im Landtag. Da schaut es so aus, daß der in den Wirtschaftsförderungsbericht integriert wird, allerdings heuer eine mickrige halbe Seite.

Achter Punkt: Die Frage der Telearbeitsplätze ist eine ziemlich heikle – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Bekommen Sie zugesandt!“) Nein, wir hätten es gerne regelmäßig und dynamisch, so wie Sie, Herr Landesrat, nachdem das einer Ihrer Attribute ist und möchten uns nicht damit zufrieden geben, was jetzt nach 16 Monaten im Dezember 1998 in der letzten Landtagssitzung uns präsentiert wird. Wir erwarten hier eine dynamische Weiterentwicklung, weil das eines der Felder ist, wo sich gesellschaftspolitisch sehr, sehr viel tut. Telearbeitsplätze bieten Chancen, bieten aber auch perfekte Möglichkeiten, etwa Behinderte auszugrenzen, indem man sagt, „bleibt daheim“. Wir stellen euch einen Super-PC in die Küche, und dort bleibt sitzen. Wir brauchen dann die Stadtplanung nicht mehr auf Behinderte abstimmen, wir brauchen die öffentlichen Verkehrsmittel nicht mehr behindertenfreundlich machen. Die Firmen werden durch behinderte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die natürlich zu Recht Anforderungen an Büroinfrastruktur haben, nicht mehr „gestört“ werden, und deswegen glaube ich, daß die Tele-Arbeitsinitiativen, die da laufen, insbesondere was behinderte Menschen betrifft, mit einer gewissen Vorsicht zu genießen sind, ich sage das einmal sehr vorsichtig und wertfrei.

Noch ein Punkt, was die vorausschauende Infrastrukturpolitik betrifft. Telekommunikation wird oft damit argumentiert, daß man damit Pendler- und Pendlerinnen-Verkehr und somit Straßenverkehr reduziert. Und meine logische Folge war dann, wenn wir mehr in sinnvoll platzierte Telekommunikationsaktivitäten, die regional gestreut sind, investieren, müßte eigentlich das Straßenbaubudget zurückgehen. Dieser Punkt war leider Gottes nicht mehrheitsfähig. Wir werden ihn aber sicher im Laufe der nächsten Jahre immer wieder bringen.

Bundespolitische Fehlentwicklungen, da geht es um das Telekommunikationsgesetz, da geht es um Netzkosten, die absolut nicht mehr nachvollziehbar sind. Da geht es aber auch darum, daß man inzwischen die Infrastruktur im Telekommunikationsbereich so ausnützt, daß es zur polizeistaatlichen Überwachung von politisch nicht liebsamen Personen kommen kann. Es gibt da entsprechend – leider Gottes – gesetzliche Veränderungen, die vom Bund vorgesehen sind, wo Schlögl und Einem sehr interessante Presseaktivitäten setzen. Ich habe da einmal eine Fernsehsendung gesehen, wo man Einem und Schlögl's Aussagen gegeneinandergestellt hat und ich den Eindruck hatte, da sprechen zwei Parteien über zwei verschiedene Gesetze in zwei verschiedenen Jahrzehnten. Aber leider Gottes ist offenbar die Position von Minister Schlögl innerhalb der SPÖ so gestärkt, daß der Einem, der ja eigentlich für Telekommunikation zuständig ist, es nicht geschafft hat, sich gegenüber Schlögl in der Form durchzusetzen, wie es sich möglicherweise Klubobmann Flecker und sicher ich und meine Fraktion wünschen und Einem deswegen mit seinen Vorschlägen, daß man Telekommunikationsbetreibern es nicht ermöglicht, polizeistaatliche Übergriffe durchzusetzen, ziemlich im Regen stehengelassen wurde.

Zuletzt noch einmal, diese Regierungsvorlage ist für die Grünen eine, der wir sicher zustimmen werden. Ich bin auch stolz darauf, daß wir dazu den ersten umfangreichen Antrag am 15. April 1997 in den Landtag eingebracht haben, der nach 16 Monaten nachdenken durch den dynamischen Landesrat Paierl (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Arbeiten, arbeiten!“) – und arbeiten selbstverständlich, dynamisches Arbeiten und Nachdenken durch den Landesrat Paierl – zu diesem Resultat geführt hat. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 16.12 Uhr.)

Präsident: Als nächster hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Brunner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Brunner (16.13 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich beziehe mich mit meinem Debattenbeitrag auf den Tagesordnungspunkt 17, nämlich Umstrukturierungsmaßnahmen in der Region Köflach-Voitsberg zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Wie ich schon in meinem Bericht festgehalten habe, geht es um eine Vorlage der Landesregierung in Beantwortung eines Beschlusses des Landtages, der über unseren Antrag erfolgt ist, nämlich ein Beschluß mit zwei Gesichtspunkten, nämlich einerseits die Überlegungen des Verbundes, den Kohlevertrag mit dem Dampfkraftwerk Voitsberg zu kündigen, kritisch unter die Lupe zu nehmen und andererseits auch zu prüfen, ob und inwieweit solche Umstrukturierungsmaßnahmen im Raum Köflach-Voitsberg notwendig sind, beziehungsweise überhaupt umgesetzt werden können.

Zum ersten Punkt, zu dieser Geschichte mit dem Verbund möchte ich auch nochmals anmerken, daß es hier eine Auffassungsdivergenz zwischen dem Verbund auf der einen Seite und der Steweag auf der anderen Seite gibt. Der Verbund steht auf dem Standpunkt, daß keine Bevorzugung der Energiegewinnung aus Braunkohle möglich sei vor dem Hintergrund einer EU-Richtlinie und des Bundes-ELWOG und daß er daher alle rechtlichen Schritte in die Wege leiten wird, den Kohleliefervertrag zwischen Draukraft und GKB aufzulösen. Uns hat damals diese quasi Erpressungsgeschichte auch im Zusammenhang mit der ESTAG gestört, und wir haben einen entsprechenden Antrag hier gestellt, doch wenn diese Kündigung unsachlich sei, darauf hinzuwirken, daß eben der Kohlebergbau in dieser Region nicht eingestellt wird. Das ELWOG sieht eine Möglichkeit des Kostenzuschusses für Energiegewinnung aus Braunkohle vor, und damit läuft irgendwo die Auffassung des Verbundes ins Leere, daß aus betriebswirtschaftlichen Gründen eine solche Kündigung erfolgen müßte. Wir hoffen und gehen davon aus, daß nach Inkrafttreten des ELWOG nochmals eine Runde Verbund, Draukraft, GKB eingeläutet werden kann im Hinblick auf die Braunkohle, nämlich dahin gehend, daß eben dann der Bund seine Zuschüsse flüssig machen muß und der Verbund noch einmal überlegen muß, ob tatsächlich eine Kündigung dieses Kohleliefervertrages notwendig beziehungsweise sinnvoll ist.

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Bundes-ELWOG-Gesetzes haben die Abgeordneten Brünner, Keshmiri, Dirnberger, Porta und Xhuster einen Entschließungsantrag. Die unterzeichneten Abgeordneten stellen den Antrag, der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, möglichst bald die Regierungsvorlage über das Steiermärkische Elektrizitätswirtschafts- und Organisationsgesetz in den Landtag zur weiteren Verhandlung einzubringen.

Dieser unser Wunsch, möglichst bald diese Regierungsvorlage zu haben, ist begründet mit einer Bestimmung des Bundes-ELWOGs, die da lautet, daß die landesrechtlichen Bestimmungen auf dem Gebiet des Elektrizitätsrechtes mit 18. Februar 1999 außer Kraft treten müssen. Wenn dem so ist, wäre es geboten, daß der Landtag das Steiermärkische ELWOG, das Ausführungsgesetz zum Bundesgrundsatzgesetz, vor dem 18. Februar 1999 beschließt. Ein Zeitraum bis dorthin, der sich für die ausreichenden Beratungen im Landtag niemals mehr ausdehnt, daher dieser Entschließungsantrag der fünf Fraktionen möglichst bald diese Regierungsvorlage zu haben.

Ein zweiter Entschließungsantrag der Abgeordneten Brünner, Keshmiri und Porta betrifft die Umstrukturierungsmaßnahmen in der Region Köflach/Voitsberg.

Ich habe Ihnen schon aus der Regierungsvorlage berichtet, daß ein sehr umfangreiches Konzept der Stadtgemeinde Köflach vorliegt, betreffend Umstrukturierungsmaßnahmen, daß auch die Wirtschaftskammer solche Umstrukturierungsvorschläge gemacht hat und daß die Landesregierung beziehungsweise, ich nehme an, Herr Landesrat Paierl, diese Vorschläge betreffend Umstrukturierung dieser Region positiv bewertet, sehr phantasie reich, sehr ausdifferenziert. Und in der Stellungnahme der Landesregierung heißt es, jetzt geht es darum, daß die Umsetzungsmöglichkeiten dieser Umstrukturierungsvorschläge ausgelotet werden. Ich glaube, daß es notwendig ist und Sinn macht, daß auch der Landtag von diesen Möglichkeiten der Umsetzung der Umstrukturierungsvorschläge in Kenntnis gesetzt wird.

Die genannten unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden Antrag, der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag binnen eines Jahres einen Bericht vorzulegen, ob und inwieweit die vorgeschlagenen Strukturierungsmaßnahmen für die Region Köflach/Voitsberg gediehen sind. Ich bitte Sie, daß auch dieser Antrag mehrheitsfähig wird. Ich bitte da insbesondere auch ÖVP und SPÖ, daß sie diesen Antrag mittragen. Danke schön. (Beifall beim LIF. – 16.19 Uhr.)

Präsident: Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich als nächster Redner der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (16.19 Uhr): Herr Präsident! Sie haben mir freundlicherweise 20 Minuten zugeordnet. Ich darf aufmerksam machen, daß ich nicht Hauptredner meiner Fraktion bin.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich mit jenem Bereich des Wirtschaftsberichtes auseinandersetzen, in dem dargelegt ist, wie sehr die EU-Fördermittel aus den verschiedenen Programmen für die Wirtschaftsförderung und damit für die steirische Wirtschaft bedeutsam sind. Und weil wir einerseits den vorgebrachten Entschließungsanträgen weitestgehend zustimmen können, nämlich sechs der sieben eingebrachten, bedarf es eines kurzen Satzes der Erläuterung, warum wir dem einen, dem 7. Entschließungsantrag der Kollegen Hohegger, Dr. Jeglitsch und Tschernko, betreffend EU-Kofinanzierung, nicht beitreten können. Sie haben beantragt, daß die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert werden möge, den Punkt neun des Landesvoranschlages dahin gehend zu ändern, daß eine Vorfinanzierung von Bundes- beziehungsweise EU-Mittel durch Landesmittel bei Bedarf ermöglicht wird. Mir ist das schon verständlich, wie das angelegt ist, obwohl ich am Rande und beinahe außer Protokoll vermerken möchte, nicht ganz glücklich erscheint mir die Formulierung, daß wir die Regierung auffordern, das von uns beschlossene Budget zu ändern. Aber davon einmal abgesehen von dieser Unschärfe scheint es mir schlicht und einfach eine Mißachtung eines von uns gemeinsam festgelegten Faktums, nämlich der Tatsache, daß es heißt, eine Vorfinanzierung von Bundesbeziehungsweise EU-Mittel durch Landesmittel, nämlich ich zitiere den Punkt neun „ist auf alle Fälle ausgeschlossen“. Und wir haben uns dazu natürlich auch der Rechtsmeinung der Experten versichert. Es gibt hier ein dreiseitiges Exposé der Rechtsabteilung 10, Herr Hofrat Wurm legt eindrucksvoll fest, daß diese Möglichkeit schlicht und einfach nicht gegeben ist. Das ist der Grund, warum wir aus diesen formellen Gründen nicht zustimmen können, wobei ich einen objektiven Ansatz auch noch beifügen möchte, einen sachbezogenen. Es ist mir nicht ganz erklärlich, warum im Bereich des EAGFL, nämlich der Landwirtschaftsförderung die gesamte Abwicklung durchaus ohne die hier angesprochene Vorfinanzierungsüberlegung funktioniert (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wo funktioniert es?“) und im Bereich der Wirtschaftsförderung nicht. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Genau dasselbe Problem!“) Im Bereich EAGFL im gesamten landwirtschaftlichen Bereich ist nach meinem Wissensstand es durchaus so, daß die nicht das geringste Problem damit haben, sonst wäre man schon auf die Idee gekommen. Ich habe mich durchaus erkundigt, es gibt kein diesbezügliches Vorbreschen von jenen Bereichen, die mit dem EAGFL hantieren. Das als Erwähnung am Rande noch dazu. Aber das ist für mich ein durchaus passender Einstieg zum Thema „Was bedeutet EU-Förderung für uns in der Steiermark“? Wir haben im Punkt 7 des vorliegenden und zur Diskussion stehenden Berichtes auf Seite 46 die Feststellung, daß aus dem Titel „Programmförderung der EU-Zielgebiete“ im Jahre 1997 3,2 Milliarden Investitionen durch die Förderungen mit insgesamt 395 Millionen initiiert oder ermöglicht wurden, daß davon 111 Millionen von der EU stammen, 203 Millionen vom Bund und 66 Millionen Landesmittel geflossen sind. Insgesamt, im Gesamtpaket der Programmförderungsperiode 1995 bis Ende 1997, waren es 11,4 Milliarden Investitionen, die der steirischen Wirtschaft zugute gekommen sind mit einer Gesamtförderungssumme

von 1490 Millionen, von denen 414 Millionen von der EU stammen, 605 Millionen vom Bund und 453 aus Kofinanzierungsmitteln des Landes. Auch in dem heute bei uns auf den Tischen gelegenen Rechnungshofbericht über die sinnvolle Verwendung und den Einsatz der EU-Förderungsmittel wird auf Seite 15 klargestellt, daß die finanzielle Ausstattung der entsprechenden Fonds von 1995 bis 1999 in der gesamten Periode der Programmplanung 4,676 Milliarden Schilling für die Steiermark für den Bereich der Wirtschaftsförderung ausmacht. Und auf der ebenfalls heute bei uns auf den Tischen gelegenen schriftlichen Anfragebeantwortung hat die Frau Landeshauptmann am 20. November mitgeteilt, daß 2,468 Milliarden an Investitionen im Ziel-2-Gebiet und 3,471 Milliarden an Investitionen im Ziel-5 b-Gebiet mit insgesamt 1,948 Millionen Schilling EU-Mittel gefördert wurden. Und so ist es nur folgerichtig, daß auch im Ausblick des zur Debatte stehenden Berichtes auf Seite 50 festgehalten ist, wie wichtig für die Zukunft der steirischen Wirtschaftsförderung die Weiterbehaltung eines höchstmöglichen Ansatzes ist und sein wird und auch die Klarstellung - zum wiederholten Maße getroffen -, daß eine lineare Kürzung des Gesamtpaketes unter den österreichischen Bundesländern jedenfalls abzulehnen ist und vielmehr die Abgrenzung und Reduktion der Förderungsgebiete nach ökonomischen, nachvollziehbaren, von uns zu erbringenden und darzulegenden Kriterien zu erfolgen hat. Eine Haltung, meine Damen und Herren, die wir schon seit über einem Jahr eingenommen haben und von der wir seit über einem Jahr permanent gepredigt haben, daß Sie jedenfalls von den zur Verhandlung ausgesandten Organen unseres Landes, nämlich der Frau Landeshauptmann, bei den dementsprechenden Anlässen wahrzunehmen sein wird. Und jetzt geht es darum, daß wir, wenn wir uns um die Zukunft der Förderungsmöglichkeiten unseres Landes den Kopf zerbrechen, auch natürlich uns die Frage stellen, sind diese unsere Interessen, die wir gemeinsam festgelegt haben, und zwar mehrmals, auch diesmal wiederum im Wirtschaftsbericht nachlesbar. Ich zitiere die Seite 50 noch einmal: „Sind diese Interessen im Sinne unseres Landes wahrgenommen worden und effizient wahrgenommen worden und wirkungsvoll vertreten worden? Ja oder nein? Und diese Frage müssen wir derzeit - und hier schreckt mich das Protokoll der letzten Landeshauptleutekonferenz - mit einem klaren - leider - Nein beantworten. Und man muß noch einmal rekapitulieren, damit man weiß, hier ist nicht etwas aufgetaucht, was man nicht wissen konnte. Hier gibt es ein Szenario, eine „Chronik skandalös“, um es so zu sagen, wie oft wir schon darauf hingewiesen haben, wie oft wir schon gesagt haben, daß ist unsere Position, die ist einzunehmen und die ist wahrzunehmen. Und letztlich kulminiert das in der Tatsache und in der Feststellung, daß sowohl ein Landesregierungsbeschluß als auch zwei diesbezügliche Landtagsbeschlüsse und -aufträge genau in dieser Stoßrichtung verfaßt und gefaßt worden sind mit dem Auftrag, die steirischen Interesse so und nicht anders wahrzunehmen und zu vertreten. Endergebnis Null. In der letzten Landeshauptleutekonferenz gab es nicht einmal eine Wortmeldung der vorsitzführenden Frau Landeshauptmann Klasnic dazu. Das ist etwas, was uns, die wir uns Sorgen machen, natürlich Sorgen machen, und wir haben

gesagt, leider, meine Damen und Herren, wir haben mit den schlimmsten Befürchtungen recht behalten. Wir haben es befürchtet, und ich habe es zum xten Mal und zum wiederholten Male in der letzten Landtagsdebatte noch einmal erwähnt (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wer ist dafür zuständig?“) und ich habe klargestellt - (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Die Vertreter der Bundesregierung!“) Aber bitte unsere steirischen Interessen haben wir wahrzunehmen und sonst niemand, selbstverständlich, in der Landeshauptleutekonferenz sitzen natürlich die Vertreter der Bundesregierung, aber unsere Interessen können wir nur wahrnehmen, wenn wir eine starke Achse bilden mit denen, die sie im selben Sinne wahrnehmen wollen wie wir, zum Beispiel den Kärntnern. Und deshalb hat man ja auch schließlich und endlich in der Landesregierung, Herr Landesrat, zu Ihrem Hinweis erst gestern beschlossen, daß man sich sehr wohl dieser Argumentationen bedienen möge. Aber bitte gestern erst, und wir haben das schon am 21. Oktober 1997 in einem Landtagsbeschluß festgemacht. Wir haben das zum wiederholten Male in der Landtagsdebatte immer wieder eingebracht. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Schwach, schwach!“) Wenn Sie die Daten wissen wollen, Herr Landesrat Paierl, dann werden Sie nicht mehr schwach sagen. Die Schwäche ist schon erkennbar, aber nicht auf unserer Seite. Es ist eine Schwäche, das Land so schwach zu vertreten. (Beifall bei der SPÖ.)

Am 21. Oktober haben wir den Landtagsbeschluß herbeigeführt, die steirischen Forderungen für die Strukturfondsreform zu formulieren. Am 17. November hatten wir einen Hoffnungsschimmer, daß die Länderkonferenz in Linz diesen unseren Beschlußantrag vom 21. Oktober zur Kenntnis genommen hat, als steirische Positionierung. Am 20. Jänner gab es einen Landtagsbeschluß, wo wir eine Analyse der Daten erhofft hatten, mit denen wir dann die Wahrnehmung der steirischen Interessen treffen könnten. Frau Landeshauptmann wurde in der Debatte eindringlich aufgefordert, diese Interessen so wahrzunehmen. Ich erspare das Zwischenspektakel mit der Grazer Konferenz, die ebenso leider ein Schlag ins Wasser war wie die Hofer-Konferenz. Ich nehme die Gelegenheit wahr, darauf hinzuweisen, daß am 18. März die Strukturfondsverordnung endlich da war und die genauen Rahmenbedingungen festgelegt hat, wie die Reduktionen stattfinden würden. Am 5. Juni hat die Landesregierung diese Informationen zur Strukturfondsreform grundsätzlich zur Kenntnis genommen. Die Kärntner haben dann am 9. Juni schneller als wir reagiert, die haben das Match sofort eröffnet, das Spiel ist im Gange, nur wir sind noch nicht am Spielfeld, meine Damen und Herren, aber mittlerweile schießen wir uns ein Eigentor nach dem anderen. Am 30. Juni hat unserer Landtagsdelegation, mit der wir miteinander draußen waren, der Kommissar Fischler zum wiederholten Male gesagt, die Steiermark muß da schon ein bißchen mehr Gas geben. Ich zitiere wörtlich. (Präsident: „Herr Kollege, Ihre Zeit ist trotz Gasgebens abgelaufen. Ich bitte zum Schluß zu kommen. Sie haben mir selbst mitgeteilt, daß Sie nicht Hauptredner sind. Danke!“)

Dann darf ich den Schlußsatz anbringen. Ich erspare vor allem der Frau Landeshauptmann den Hinweis darauf, wie oft wir in diesem Hause – und zwar die genaue Zitierung auch der Textierungen dessen, was wir hier im Hause beschlossen haben. Denn wir haben in der vorletzten Sitzung des Landtages – und das muß ich noch einmal wiederholen – exakt den Auftrag erteilt und mitgegeben und die Frau Landeshauptmann ersucht, sie möge bei der Landeshauptleutenzusammenkunft am 26. November, aus dessen Protokoll ich eben zitiert habe, sie möge dort die steirischen Positionen wahrnehmen, und zwar in dem von uns als einzig richtig erkannten Ausmaß, und zwar genauso wie es auch die Landesregierung am 13. Juli beschlossen hat. Regierungsauftrag, Landtagsauftrag nicht erfüllt, der steirischen Sache wurde kein guter Dienst erwiesen. (Beifall bei der SPÖ. – 16.33 Uhr.)

Präsident: Jetzt erteile ich dem Herrn Abgeordneten Purr das Wort.

Abg. Purr (16.33 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich habe mir eigentlich gedacht, es geht hier um den Wirtschaftsbericht 1997 und es geht eigentlich sehr sachlich und ohne Polemik über die Bühne. Dennoch scheint es Anlaß zu sein für den Kollegen Grabner, hier Dinge zu zitieren, wobei er sehr genau weiß, wie diese Mittel der EU zuerst an den Bund gehen und wer auch im Land Finanzreferent ist und Mittel dann auf Bundesebene anzufordern.

Aber ich möchte mich dahier nicht weiter verbreitern und komme nun eigentlich zum Inhalt dieses Wirtschaftsberichtes, der die Entwicklung der Wirtschaft im Jahre 1997 in der Steiermark fokussiert und auch die Aktivitäten zur Förderung der Wirtschaft darstellt. Es gibt überhaupt nichts zu beschönigen, denn in den vergangenen Jahren war es doch so, daß gerade in der Steiermark Wachstumsschwächen zu erkennen waren, und uns allen ist es bekannt, aus welchen Gründen. Zum einen in der südlichen und östlichen Steiermark, die periphere Lage, die Situation der Stahlindustrie in der Obersteiermark. Das gehört aber der Vergangenheit an. Wir haben völlig neue Rahmenbedingungen für die Steiermark, nämlich zum einen, daß wir als Österreicher am europäischen Wirtschaftsraum teilnehmen und in der EU sind und zum anderen, daß die Ostöffnung natürlich eine besondere Bedeutung hat. Und weil sich der Kollege Gennaro hier mit der Osterweiterung auseinandergesetzt hat, so teile ich mit ihm die Sorgen würde ich sagen vollinhaltlich. Nur eines, lieber Freund Gennaro, kann man anders interpretieren. Punkt eins, sagt die EU jetzt, wir können es uns aus finanziellen Gründen nicht leisten, dieser Osterweiterung Vorschub zu leisten – es kostet zu viel, wir haben die Mittel nicht –, ist eine sehr noble Formulierung und wahrscheinlich auch eine zutreffende. Eine viel einfachere ist, daß die ehemaligen kommunistischen Länder Strukturen haben, daß man sagen kann, sie sind einfach nicht aufnahmefähig. Die Glaubwürdigkeit der Statistiken der ehemaligen osteuropäischen Länder ist nicht gegeben. Und wenn wir einen Blick hinunterschauen nach Slowenien, darf ich sagen, da gibt es zwischen dem Parlament in Laibach und eigentlich einer Gemeinde auf slowenischem Boden keine Verwaltungsbehörde dazwischen, keine

Bezirksverwaltungsbehörden. Dort hat heute nach wie vor auch in einem demokratischen Slowenien noch immer die Polizei einen gewissen Vorrang. Also mit anderen Worten, bis all diese Erfordernisse erfüllt sind, bin ich überzeugt davon, werden wir spätestens 2008, 2010 schreiben.

Auch noch ein Wort zum Tourismus. Es ist verständlich, daß auch Dänen gerne nach Österreich kommen, mehr Dänen nach Österreich kommen als Slowenen, weil die schaffen es ja mit einem Tagesausflug nach Österreich zu kommen und wissen sehr wohl unser Land zu schätzen. Und wir freuen uns darüber, daß es so gute Handelsbeziehungen gibt. Ich könnte mir beispielsweise die Entwicklung in der Steiermark auf dem Sektor des Handels im besonderen nicht vorstellen, wenn heute oder morgen dieser slowenische Nachfragebedarf wegfallen würde. Erlauben Sie mir aber auch dazu eine Bemerkung sehr sachlich. Daß dieser Markt – das ist für die Steiermark sehr wichtig –, der Binnenmarkt so ineinander verflochten ist, daß eigentlich diese Krisen, diese Finanzkrisen, die wir in Asien erleben, auf Österreichs Wirtschaft insgesamt – und da sage ich Gott sei Dank dazu – und dieses Binnenmarktgeschäft eigentlich Vorrang hat. Es gibt hier nichts zu beschönigen, ich sage das noch einmal, denn das steirische Bruttodurchschnittseinkommen liegt weiterhin leicht unter dem österreichischen Wert. Lediglich 1993 ist es gelungen, über dem Österreichdurchschnitt zu liegen in der Höhe von 1,4 Prozent. Aber es ist interessant, daß dieser Wirtschaftsbericht auch ganz deutlich aufzeigt, daß bei dieser geänderten Situation die Steiermark eigentlich richtig reagiert hat. Es ist auch bei dem letzten steirischen Konjunkturgespräch sehr deutlich ausgedrückt worden, daß die Lage der Steiermark weiterhin auch jetzt 1998 in Blickrichtung 1999 sehr gut ist, lediglich die Spitze, wo die Steiermark vorne lange Zeit alleine war, ist etwas breiter geworden, weil eben sechs von neun Bundesländern ein entsprechendes Wachstum zu verzeichnen haben und hier eine besondere Rolle spielen. Es war absolut richtig, sich in der Steiermark damit zu beschäftigen, Strategien für die Zukunft zu entwickeln und vor allem auch die Wirtschaftsförderung neu zu organisieren. Es wurde auch deutlich aufgezeigt, daß die Krise kein Schicksal ist, sondern daß Standortbedingungen gestaltbar sind. Und auch der Weg zum Cluster, anfangs teils belächelt, weil man das Wort plötzlich so oft gehört hat, hat eigentlich gezeigt, daß er beispielgebend auch für andere Bundesländer ist. Landesrat Paiarl sagt ganz deutlich, der Cluster ist eine Ertüchtigungsentwicklung, eine Ertüchtigungsmöglichkeit und auch ein Ermächtigungsvorgang. Und im wahrsten Sinne des Wortes wurde hier ein erfolgreicher Weg beschritten. Er sagt aber auch das ganz deutlich, daß es sehr gefährlich ist – so Landesrat Paiarl –, sich auf einen größeren Unternehmer zu verlassen. Und wenn es möglich wäre, auf diesem Sektor einen zweiten, einen dritten, um beim Beispiel Automobilcluster zu bleiben, zu gewinnen, so könnte sich das für die Gesamtentwicklung der Steiermark natürlich nur positiv auswirken.

Wir haben aber auch auf dem Sektor Holz ein enormes Potential, das es zu nützen gilt. Hier sind wir gefordert, und diese Ideen und diese Vorgänge dort auf diesem Sektor sind auch entsprechend zu fördern.

Denk, wenn wir das verhindern, wenn wir die Zeit vorüberfließen lassen, die Möglichkeiten nicht nutzen, dann wird es wahrscheinlich so sein, daß andere Mitbewerber – denn Bäume wachsen auch anderswo in Europa – uns diesen Rang ablaufen. Der steirischen Wirtschaft ist es laut diesem Bericht – und es ist auch spürbar in den letzten Jahren – gelungen, ein überdurchschnittliches Steigen des Bruttoregionalproduktes zu erreichen und auch die Beschäftigung entsprechend auszuweiten. Man könnte sagen, plus 1,3 Prozent ist wenig, aber Wachstum ist es. Ein Zeichen, daß der Weg gut ist, denn 1995 könnten – so laut Bericht und auch anderen Daten – um 5300 Menschen mehr beschäftigt werden in der Steiermark als ein Jahr zuvor. Auch der Rückgang der Zahl der in der Steiermark gemeldeten Arbeitslosen um 3 Prozent ist ein Zeichen dafür, während Österreich in Wirklichkeit insgesamt einen Arbeitslosenanstieg von 1,2 Prozent zu verzeichnen hatte. (Abg. Gennaro: „Aus welcher Statistik hast du das?“) Es ist sicher, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark 1997 die Spitze unter allen österreichischen Bundesländern einnimmt. Und wenn dieser Bericht auch ganz deutlich eine stagnierende Bevölkerungszahl aufzeigt, so soll uns eines bitte nicht in Vergessenheit geraten, soll eines von uns nicht übersehen werden, daß es die ökonomischen Voraussetzungen in erster Linie sind für eine demographische Entwicklung in unseren Lande. Wenn es wirtschaftlich interessant ist, wenn es für die Menschen attraktiv ist, hier zu leben, hier Arbeit zu finden, bin ich überzeugt davon, daß sich auch dann entsprechend diese Ziffer zum Positiven verändert.

Noch kurz zum Industriestandort Steiermark. Zwei Dinge sind ausschlaggebend. Zum ersten muß es Menschen geben, die bereit sind, Unternehmen zu führen. Nicht immer mehr solche, die sagen, wie es geht, und das Risiko tragen die anderen, und zum zweiten wollen wir eines nicht übersehen, qualifizierte Arbeitskräfte, deren Verfügbarkeit, deren Einsatzbereitschaft, deren Ausbildung, das ist ausschlaggebend. Und hier schneidet die Steiermark erfreulicherweise überdurchschnittlich gut auch in diesem Bericht ab. Wollen wir nicht übersehen das Aber bitte, und das ist das, was wir tun könnten, und das wäre der Appell auch an den Kollegen Grabner, daß die Abgabenbelastung bei uns in Österreich mit 44 Prozent zu hoch ist. Und wenn jetzt die Bundesregierung sagt, wir senken jetzt ein Prozent ab, so ist das ein gutes Zeichen, man erkennt die Notwendigkeit. Aber ich sage, ein Prozent weniger, das ist auch in der Abgabenbelastung noch immer zuviel.

Meine Damen und Herren, und das sage ich abschließend an alle Anwesenden, soweit sie dem Tagesordnungspunkt „Wirtschaftliche Entwicklung in der Steiermark“ Interesse schenken, die Kostenfaktoren sind es, die wir im Auge behalten müssen. Das ist unsere Aufgabe als Politiker. Und wer sonst glaubt, Kompetenz zu haben, möge ein Unternehmen gründen und zeigen, wie es geht. Nicht immer nur den anderen sagen, was sie tun sollen. Unsere Aufgabe wahrnehmen, nämlich dafür zu sorgen, daß die Anforderungen im Umfeld stimmen, daß es eine stabile politische und soziale Lage gibt, das ist unsere Aufgabe. Die Mitarbeiter ihrerseits haben sich in der

Steiermark redlich bemüht, haben gezeigt, was sie können, sonst wäre das nicht alles erreichbar gewesen. Und wollen wir nicht übersehen – dabei wären wir bei einem anderen Thema, das sich hier nicht unterbringen läßt –, wichtig ist die Nähe und die Erreichbarkeit des Marktes, und damit sind wir bei den Straßen und bei den Bahnen. Aber ich glaube, meine Damen und Herren, die Zeit ist bei mir abgelaufen. Ich komme zum Ende und wünsche allen, die Verantwortung tragen, weiterhin mit Landesrat Paierl im Wirtschaftsressort viel Erfolg, alles Gute, Glück auf! (Beifall bei der ÖVP. – 16.44 Uhr.)

Präsident: Danke! Zeitüberschreitung war ungefähr gleich wie beim Herrn Vorredner, damit ist es ein Unentschieden. Ich bitte die nächsten Redner, sich wieder an ihre Zeitvorgaben halten zu wollen.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Kollege Dipl.-Ing. Vesko. Ich erteile es ihm.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (16.45 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe mich bewußt etwas später in dieser Debatte zu Wort gemeldet, weil ich ein bißchen nicht nur Resümee ziehen will, sondern auch auf das eingehen möchte, was die beiden Großparteien oder, wenn Sie wollen, Mittelparteien in der Zwischenzeit zu diesem Thema gesagt haben. Gerade die beiden Erstredner – Kollege Gennaro und Kollege Hochegger – haben ja zwei sehr wesentliche Schwerpunkte gehabt.

Kollege Gennaro hat im wesentlichen herausgestrichen die erwartete Problematik einer allfälligen EU-Ost- oder Südosterweiterung, wie immer man sie nennen mag, die damit verbundenen Konsequenzen und sehr ernsthaft und sehr deutlich darauf hingewiesen, daß man nicht so ohne Wenn und Aber und ohne die nötigen Vorsorge und Sorgfalt mit diesen Dingen umzugehen, in diese EU-Osterweiterung hineingehen kann.

Nun, das ist sehr schön und entspricht auch durchaus jenem Bereich, der uns auch Sorgen macht. Es ist nur ein Unterschied, ob man hier im Landtag sehr wohl mit aller Vehemenz und Deutlichkeit sich mit den Problemen auseinandersetzt, auch die Sorgen, die damit verbunden sind, zum Ausdruck bringt, oder auf der Bundesebene man sich bereits in einer Horuckaktion, auf einem großen Vergnügungsinstrument fahrend, in eine ganz andere Richtung bewegt, während man in Wien ganz klar und deutlich sagt, egal, wie das läuft, wir müssen da dabei sein und wir werden dort dabei sein und je früher desto besser. Man hat das Gefühl, daß sie gar nicht auf ihre Bundesländer hören, weil ähnliche Signale, wie sie heute Kollege Gennaro gemacht hat, kommen aus Kärnten, kommen aus Niederösterreich, kommen aus dem Burgenland. Ja selbst aus Vorarlberg und Tirol, dem sogenannten Goldenen Westen, kommen dieselben ernsthaften Sorgen um diese EU-Osterweiterung.

Worum geht es im wesentlichen? Es geht darum, Arbeitsplätze abzusichern. In einer Zeit der extrem hohen Arbeitslosigkeit, und meine Damen und Herren, wir müssen uns das trotz aller Jubelmeldungen, die wir zu lesen bekommen, sehr wohl und ernsthaft

vor Augen halten, wir haben die höchste Arbeitslosigkeit in der Zweiten Republik, wenn Sie sich das Ergebnis des vergangenen Novembers anschauen, das ist das letzte, das vorliegt – und ich komme aus einem Bezirk, wo die Arbeitslosigkeit 11 Prozent beträgt – kann ich mich und darf ich mich nicht mehr damit abfinden, einfach zu sagen, es ist sehr schön, daß wir 500 neue Unternehmungen gegründet haben, und es ist sehr schön, daß wir einen Autocluster haben, sondern da ist Feuer am Dach. (Beifall bei der FPÖ.)

Dann herzugehen und zu sagen, wir haben 500 neue Unternehmungen, ist zwar sehr schön, Kollege Hochegger, aber die werden locker von den vielen Insolvenzen, die wir in dem Jahr gehabt haben, geschluckt, weil sie nicht kumulativ aufscheinen, sondern weil es einfach so viele Neugründungen gegeben hat.

Wenn ich dann die Wertigkeit dieser Unternehmen noch analysiere und dann feststelle, daß – und ich habe das in diesem Haus schon einige Male gesagt, nur ich muß es wieder sagen, weil man das nicht aufnehmen will – das Jausenbuden, Würstlstände, kleine Beisln und vor allem auch sehr viele (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Gott sei Dank!“) – Gott sei Dank, ich gebe dir schon recht, aber ich komme darauf zurück – früh in Arbeitslosigkeit gegangene Ingenieure sind, die sich ein Büro aufmachen und, wie schon gesagt, ihre eigene Frau dort als Halbtagskraft mitbeschäftigen.

Auf der anderen Seite haben wir natürlich große Verluste. Wir haben aber auch – und das ist das Verdienst sicherlich der Arbeit im Wirtschaftsressort und aller, die mit diesem Thema beschäftigt sind – sicherlich Erfolge gehabt in der Ansiedlung von Betrieben.

Und auch das kommt nicht von ungefähr, und es wäre durchaus berechtigt zu sagen „Hut ab, hier ist einiges geleistet worden“, wenn man damit nicht alles andere zudecken wollte. Wenn wir uns auf der einen Seite mit den Jubelmeldungen auseinandersetzen haben, die uns alle freuen, und da muß ich sagen „Hurra“ und ich gebe auch offen zu, wir haben uns einmal klassisch geirrt, im Zuge des Chrysler-Werkes, wir haben das vollkommen falsch eingeschätzt, haben in der Zwischenzeit daraus gelernt und die Konsequenzen gezogen. Nur, meine Damen und Herren, die Konsequenzen hier finden nicht statt. Wir fördern nach wie vor und überlegen uns, was wir alles tun können, und das Eigentliche, womit wir den Unternehmungen helfen könnten, womit wir die Wirtschaft ankurbeln könnten, womit wir auch schließlich das Problem der Arbeitsplätze, wenn auch nicht kurzfristig, doch mittelfristig und langfristig in den Griff bekämen, tun wir nicht, nämlich die Steuerschraube nach unten zu drehen. (Beifall bei der FPÖ.)

Und zwar möchte ich das jetzt auch sagen, nicht nur für die Unternehmen, sondern auch für den Arbeitnehmer nach unten zu drehen, damit auch der wieder Luft bekommt und wieder Dinge konsumieren kann, die er in der Zwischenzeit zurückgestellt hat, weil auch das bitte die Wirtschaft ankurbelt. Konjunktur ist nicht etwas, was man sich beim Weihnachtsmann bestellen kann oder beim Christkindl, weil wir gerade Vorweihnachtszeit haben, sondern Konjunktur ist etwas, was sich auf Grund von Angebot und Nach-

frage entwickelt, unterliegt gewissen Steuerungsmechanismen, nur muß man sie auch durchführen. Man muß sich auch damit befassen und muß etwas dagegen tun.

Und jetzt haben wir natürlich ein Problem. Jede Entscheidung, die in unserem Lande – und jetzt spreche ich von unserem Österreich – getroffen wird, ist von vornherein ein Kompromiß. Das heißt, es ist schließlich der kleinste gemeinsame Nenner zwischen Rot und Schwarz. So gut ist die Güte dessen, was geschieht. Das heißt, es ist nicht ein Schritt nach vorne, sondern der eine will nach vorne, der andere will hinten bleiben, und irgendwo in der Mitte sucht man sich zu treffen, und es sind alles Halbheiten, und die Entscheidungen, die schließlich zustande kommen, reichen nicht aus, um die Probleme, die tagtäglich auftreten, zu lösen. Daher, meine Damen und Herren, müßte eigentlich dieser Landtag hier mit allen Fraktionen an die Regierung den dringenden Appell richten und mit aller Nachdrücklichkeit dafür sorgen, daß im Bund draußen die Steuertechnik dorthin gebracht wird, wo man sich überall schon im klaren ist, daß es der richtige Weg ist. Man darf es nur nicht sagen, weil es ein anderer gesagt hat, der momentan nicht opportun ist.

Und als drittes, weil man sich nicht traut, Schritte zu setzen, sondern Probleme vor sich herschiebt und viel lieber auf andere Dinge setzt, die man nicht beeinflussen kann, siehe EU, wo man sich dann zurücklehnen kann und sagen kann, das sind die Dinge, die können wir nicht beeinflussen, wobei ich dazusage, wir wollen sie gar nicht beeinflussen, wenn ich mir die Handlungsform unserer Regierung anschau, weil uns der Mut fehlt. Meine Damen und Herren, es fehlt der Mut, schließlich die entsprechenden richtigen Entscheidungen zu treffen. Und jetzt sage ich Ihnen eines und da sage ich auch „Hut ab“ vor unserem Wirtschaftslandesrat. Wir sind in vielen Bereichen nicht einer Meinung, aber er war derjenige, der erkannt hat, und das können Sie jetzt FLAT-TAX nennen oder faire Steuern oder Sie können ihm einen Namen geben, den Sie wollen, und wenn es steirisch sein soll, dann reden wir vielleicht vom Steuer-Cluster, dann geht es vielleicht leichter durch, daß wir das machen. Der einzige Weg und der richtige Weg ist die drastische Senkung der Steuern. Auf der anderen Seite, und das hat Ihnen der Kollege Schreiner heute sehr deutlich expliziert, erreiche ich damit zwei Dinge. Es geschieht endlich, daß sich die Politik aus der Wirtschaft hinauskomplimentiert und sagt, daß die Wirtschaft selbst in der Lage ist, sich zu halten, wenn ich ihr die Rahmenbedingungen schaffe. Dann schaffe ich ihr die Rahmenbedingungen, dann brauche ich nicht immer zum Teil gutem Geld oder schlechtem Geld noch gutes nachschießen im Sinne von Subventionen, sondern kann den Unternehmungen eine Basis schaffen, auf der sie selbst wirtschaften können. Und das gilt für jeden einzelnen, das gilt für den Arbeitnehmer, das gilt für den Bauern, und es gilt für viele andere. Weil auch dort geht es darum, sie endlich vom Subventionstropf herunterzuholen, die Nadel herauszusieben, ohne die sie jetzt nicht mehr atmen können, sondern ihnen jene Luft zum Atmen zu geben, damit sie sich selbst über Wasser halten können.

Meine Damen und Herren, ich könnte jetzt noch über die Lehrlinge reden, ich könnte noch darüber reden, was man an anderen Maßnahmen setzt. Wenn man heute schaut, in vielen kleineren Kommunen haben sich in der Zwischenzeit Leute selbständig gemacht, als Einmannbetrieb, der Handy-Man. Das ist nicht der, der mit dem Telefon herumsteht wie der Kollege Brüner immer - der ist nicht da, habe ich ein Glück gehabt -, sondern das ist einer, der seine persönliche Arbeitskraft einsetzt, um Leuten, die nicht mehr dazu in der Lage sind, im Winter den Gehsteig vor ihrem Haus sauberzuhalten, oder weil sie körperlich dazu nicht mehr in der Lage sind, ihnen die Hecke schneidet, ihnen den Garten pflegt und verschiedenes andere mehr. Das sind Arbeitsplätze, die sogenannten Self-employment-Leute, die durchaus auch aus dem Sekundärarbeitsmarkt beschickt werden können, den Kollege Gennaro erwähnt hat, und diese Arbeitsplätze sind sehr wertvoll, weil sie auch eine sehr positive Wirkung auf das kommunale Zusammenleben haben. Wenn ich mir noch anschau, daß es auf der Frauen-seite durchaus in der Zwischenzeit Zusammenschlüsse von drei, vier Damen gibt, die aus ihrer Hausputztätigkeit, Haushilftätigkeit ein kleines Unternehmen, ein Gewerbe gemacht haben und sich damit auch aus dem Arbeitsmarkt verabschiedet haben, in das Self-employment, wo sie als unternehmerisch Tätige wirken, dann sind das auch Bereiche, die dort hineinfallen. Da gibt es viele Möglichkeiten, man muß sie nur lassen, und da habe ich die Bitte an die Kammern, dafür zu sorgen, daß den Leuten, die sich dazu entschließen, solche Dinge zu tun, nicht noch zusätzlich Prügel vor die Füße geworfen werden, um diese Dinge umzusetzen.

Und, meine Damen und Herren, es muß noch etwas passieren. Wir dürfen nicht immer nur sagen, klass, heuer haben wir 500 Unternehmen gegründet, wir haben auch sehr viele verloren, nur die Leute und die Arbeitsplätze, die in Konkurs gegangenen sind oder in Schwierigkeiten geratene Unternehmungen scheinen ja nicht in der Arbeitslosenstatistik auf, sondern die werden ja mit Sonderprogrammen mit Netzen bis zum goldenen Hand-shake hin, der allerdings auch auf Grund der wirtschaftlichen Situation immer seltener wird, langsam aber sicher verschwinden. Die scheinen ja bei den Arbeitslosenzahlen ja gar nicht mehr auf. (Präsident: „Herr Kollege, die Zeitüberschreitung läuft bereits drei Minuten!“) Danke, ich werde in Kürze zum Ende kommen. Herr Präsident, ich muß das nur einfach sagen, da gibt es eine Fülle von klaren, deutlichen Möglichkeiten, die man nehmen kann. Und wenn man ein bißchen etwas von dem, was Ihnen Kollege Schreiner heute gesagt hat, auch umsetzt, indem man auch in den geschützten Bereichen beginnt, nicht Leute abzubauen, sondern gewisse auslaufende Positionen nicht mehr nachzubesetzen, dann ist das der Schritt in die richtige Richtung. Nicht, wie Kollege Purr gesagt hat, mit einem Prozent, sondern wenn man etwas erreichen will, dann wird es notwendig sein, ein bißchen zu protzen und ein bißchen zu klotzen. Ich wünsche uns für das nächste Jahr nicht nur die Bereitschaft, über diese Dinge zu reden, sondern auch hoffentlich die Kraft in diese Richtung zu handeln. (Beifall bei der FPÖ - 16:58 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ussar das Wort.

Abg. Ussar: Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus!

Der Wirtschaftsbericht Steiermark 1997 zeigt uns die wirtschaftlichen Aktivitäten im Jahre 1997 teilweise auch schön, wenn wir genau durchschauen, Ausblicke bis in die Mitte des Jahres 1998 auf. Ich darf einmal sagen, daß für die Erarbeitung der Fachabteilungsgruppe Landesbaudirektion, Referat für Wirtschaftspolitik im Zusammenarbeit mit Joanneum Research, dem Institut für Technologie und Regionalpolitik der Dank für diese Erstellung dieses 53 Seiten langen Berichtes gebührt. Wir alle haben ihn studiert. Die Gliederung, Einleitung, wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark, Wirtschaftsförderung in der Steiermark, Umfang und Struktur der Wirtschaftsförderung des Bundes in der Steiermark und auch ein Ausblick scheint auf.

Unser Wirtschaftssprecher, der Abgeordnete Gennaro, hat in einem breiten Bogen unsere Gesamtstellungnahme der Fraktion zu diesem Wirtschaftsbericht abgegeben.

Wegen der zeitlichen Begrenzung möchte ich vor allem bezüglich der Wirtschaftsförderung auf die Regionalgliederung eingehen.

Auf Seite 39, sehr geehrte Damen und Herren, wird festgestellt, daß 23 Prozent der 1997 genehmigten Mittel in die Obersteiermark, 56 Prozent in die Süd-, Ost- und Weststeiermark, 9,1 Prozent in den Zentralraum Graz gingen, und 12,1 Prozent der Förderungs-mittel konnten regional nicht zugeordnet werden. In der Bezirksförderung scheint der Bezirk Leoben mit 8,7 Prozent auf.

Ich habe bereits, sehr geehrte Damen und Herren, im Oktober 1997 hier im Hohen Haus auf die besondere Situation der Obersteiermark hingewiesen und besonders auch auf die Situation im Bezirk Leoben. Die Obersteiermark, sehr geehrte Damen und Herren, hat seit den siebziger Jahren mehr als 18.000 Arbeitsplätze verloren, und in den übrigen Teilen unseres Landes sind allerdings 32.000 neue entstanden.

In der Obersteiermark-Konferenz, in dieser großen Konferenz im Kongreß in Leoben am 21. April, wurden Resolutionen beschlossen, die auch die Grundlage der Obersteiermarkanträge waren, die wir im vergangenen Oktober hier eingebracht haben.

Ich glaube, daß auf Grund der Förderungen, die ich genannt habe, prozentmäßig im Jahre 1997, nun ein Schwerpunkt der Förderungen in der Obersteiermark gesetzt werden muß.

Ich habe hier im Hohen Haus die im Rahmen des Regionalen Entwicklungsbeirates - und hier wurde sehr eifrig gearbeitet, und es haben alle Bürgermeister auch ihre Vorstellungen und auch die Kammern und Gewerbetreibende ihre Vorstellungen eingebracht -, ich habe im Rahmen der vormonatigen Diskussion gerade den Entwicklungsplan für Leoben hier im Hohen Haus vorgestellt.

Ich fordere die Steiermärkische Landesregierung auf, diese für die Region so wichtigen Projekte unbedingt zu unterstützen. Für diese Projekte wurde ein umfangreiches Handbuch erstellt, das in der Landesbaudirektion aufliegt und wo auch die von der Stadt Leoben eingebrachten Projekte aufscheinen.

Ich darf ganz kurz nennen, weil wir auch in medias res gehen sollen, um was es geht. Es geht um das Alpenschipprojekt Eisenerzer Ramsau. Es geht um das Arbeitsweltzentrum Leoben. Es geht um die Freizeitsporthalle Eisenerz. Es geht um das Hotel am Leopoldsteiner See. Es geht um die Jugend- und Erwachsenenbildung in Eisenerz. Es geht um das Raderlebnis Eisenerz. Es geht um das regionale Forschungs- und Innovationszentrum Eisenerz. Es geht um das Werkstoffkompetenzzentrum in Leoben. Es geht um den Wirtschaftspark Obersteiermark. Es geht um die Nachnutzung der Landesausstellung. Ich darf hier dem Ersten Landeshauptmannstellvertreter, Landeshauptmann Schachner, herzlich danken. Wenn wir denken, daß bei der China-Ausstellung 102.800 anwesend waren (Abg. Wiedner: „Hab' ich angeschaut!“), so müssen wir also sagen, daß das hier ein typisches Beispiel ist, wie eine Landesausstellung richtig nachgenutzt werden kann. Und ich darf dir danken, daß du das so für uns durchgeführt hast.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich denke an den Wild- und Freizeitpark in Mautern, ich denke an den Wirtschaftspark Leoben-West, an das Zentrum für Angewandte Technologie, an die Jugendbeschäftigungsinitiative, an den Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur. Und auch etwas Wichtiges, sehr geehrte Damen und Herren, es muß endlich so weit kommen, daß Bundes- und Landesdienststellen auch in die Bezirke ausgelagert werden.

Es geht hier um die Nordumfahrung Leoben, es geht um die Au-Vision, und es geht ganz einfach auch um ein regionales Schwerpunktmuseum im Kulturviertel von Leoben.

Sehr geehrte Damen und Herren, aus aktuellem Anlaß ein ganz besonderes Anliegen, das ich hier auch als Gemeinderat der Stadt Leoben vorbringe. Der Gemeinderat der Stadt Leoben hat die beabsichtigte Errichtung einer Außenstelle der dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten unmittelbar unterstellten Obersten Bergbehörde am Standort Leoben gefordert. Am 19. November hat diese Sitzung stattgefunden. Es wird heute auch ein entsprechender Antrag eingebracht.

Ich darf also hier ganz besonders um Unterstützung bitten, daß dieser Antrag vollst. unterstützt wird, damit nicht noch weitere Arbeitsplätze aus der Region abwandern.

Ich darf hier den Beschluß des Gemeinderates der Stadt Leoben kurz interpretieren. Die Stadtgemeinde Leoben verfügt als Standort der Montanuniversität und als Standort einer Bergbehörde über beste strukturelle Voraussetzung für die Errichtung von Außenstellen in unmittelbarer Bundesverwaltung, auch für die Einrichtung von Berufsbehörden in unmittelbarer Bundesverwaltung. Der Gemeinderat der Stadt Leoben vertritt die einhellige Auffassung, daß insbesondere auch im Hinblick auf die von den Gemeinden

der Obersteiermark beschlossene Obersteiermark-Resolution die Stadt Leoben auf Grund der bereits vorhandenen Ressourcen bei der Errichtung derartiger Bundes- und Landesdienststellen berücksichtigt werden muß.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Gemeinderat der Stadt Leoben hat daher an die Gesetzgeber für die Errichtung von Bundes- und Landesdienststellen zuständigen Bundes- und Landesbehörden die Forderung, beim Aufbau eines neuen Behördensystems im Zusammenhang mit dem Mineralrohstoff-Gesetz auf Grund der vorgenannten Voraussetzungen die Berufsbehörde für das Land Steiermark im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung sowie die beabsichtigte Außenstelle, der dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten unmittelbar unterstellten Obersten Bergbehörde, am Standort Leoben einzurichten.

Das ist der Antrag, den wir im Gemeinderat am 19. November einstimmig beschlossen haben, und ich bitte Sie hier um Ihre besondere Unterstützung.

Ich komme schon zum Schluß. Sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, es ist wichtig, daß wir hier auch im Detail unsere Sorgen vortragen, weil hier in den Regionalen Entwicklungsverbänden enorme Arbeit geleistet wird. Wenn hier also in x Sitzungen Projekte erstellt werden, ein Projekthandbuch erstellt wird, das dem Land vorgelegt wird, so erwarten wir, daß das aber auch entsprechend gewürdigt und durchgeführt wird.

Gerade die Aufteilung, die prozentmäßige, der Förderungen im Jahre 1997 zeigt uns, daß nun auch die Obersteiermark drankommen muß. Es war die Aufteilung im Jahre 1997 sicher prozentmäßig so, daß andere Schwerpunkte im Vordergrund waren, aber nun, glaube ich, ist es notwendig, eben die Obersteiermark zu berücksichtigen.

In der vorigen Woche, bei einem Wirtschaftsgespräch hier vis-à-vis, hat ein Vortragender gesagt, wenn drei Kärntner zusammenstehen, ist es ein Gesangsverein, wenn drei Steirer zusammenstehen, ist es ein Cluster.

Mir macht es nichts aus, wenn der nächste große Cluster in die Obersteiermark kommt, denn für uns, sehr geehrte Damen und Herren, ist die Sicherung der Arbeitsplätze, die soziale Sicherheit, eine lebenswerte Umwelt, erschwingliche Wohnungen, sichere Pensionen auch weiterhin Schwerpunkt unserer Arbeit für unser Land.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben in Leoben zwei Strukturereuerungsprogramme von seiten der SPÖ erstellt. Ich habe sie hier im Hohen Haus vorgestellt. Wir haben nun die Obersteiermark-Resolution hier deponiert. Wir haben unser Projekthandbuch mit unseren Projekten deponiert. Es liegt also genug da. Wir bitten nun um die Unterstützung und Solidarität für unsere Region, damit unsere Jugend in unserer Region wieder Zukunft hat. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. - 17.07 Uhr.)

Präsident: Danke sehr! Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (17.08 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn der Kollege Ussar und ich sprechen, dann ist die Leobner Mafia am Werk. So hörte ich es als Kommentare beim Herausgehen.

Ja, wir sind im positiven Sinn des Wortes eine ehrenwerte Gesellschaft. (Abg. Tasch: „Herr Kollege Jeglitsch, weißt du den Unterschied zwischen der österreichischen und der italienischen Mafia?“) Sicher nicht so gut wie du, aber bitte sage es. (Abg. Tasch: „Die italienische ist privat!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der recht erfolgreiche Wirtschaftsbericht 1997 ist genügend Anlaß, auch einige Sätze zur Obersteiermark zu sagen. Ich tue das mit Engagement, weil ich mich erinnere, daß noch vor etwa zwei Monaten in einer Ausschusssitzung von der Obersteiermark als Krisenregion gesprochen wurde. Das Gegenteil ist heute zutreffend.

Eine Krisenregion, die gab es vor zehn Jahren. Ich erinnere an den damaligen Flop des KVA-Verfahrens. Ich erinnere, daß im Jahr 1989 die verstaatlichte Industrie in Donawitz fast 20 Jahre hindurch Defizite eingefahren hat. Ich erinnere, daß damals eine Diskussion über den Bestand der flüssigen Phase geführt wurde.

Das war die Zeit vor zehn Jahren, das war eine Krisenzeit. Es ist gar keine Frage, daß die Obersteiermark auch heute noch ihre Probleme hat, aber wir sind schon lange keine Krisenregion mehr. Und wenn man analysiert, wie es heute aussieht, dann darf ich erinnern an das Kompaktstahlwerk, das mit 1,8 Milliarden Schilling errichtet wird, das mit der Stranggußanlage zusammen zu einem der modernsten, wenn nicht dem modernsten Stahlwerk der Welt werden wird. Mit dem Kompaktstahlwerk werden die Herstellungskosten pro Tonne Stahl um rund 10 Prozent gesenkt, und wenn man das Ergebnisverbesserungspotential über den gesamten Langproduktebereich umsetzt, dann ergibt sich ein Betrag von rund 400 Millionen Schilling, das sind rund 5 Prozent des derzeitigen Umsatzes. Mit dieser Investition werden die Stahlstandorte der gesamten Steiermark Leoben-Donawitz, Brück, Kindberg und damit über 3500 Arbeitsplätze langfristig abgesichert. Das hat natürlich auch Auswirkungen positiver Natur auf Eisenerz und den Erzberg. Aber das ist nur eine von vielen erfreulichen Meldungen der letzten Wochen und Monate.

Ich erinnere weiters an AT&S, an das Werkstoffkompetenzzentrum, das zu einem gemeinsamen Anliegen des Landes geworden ist, dem Laserzentrum Leoben-Niklasdorf, der Errichtung einer LPVD-Anlage, einer laserunterstützten Tieftemperaturbeschichtungsanlage, womit modernste Beschichtungstechnologien der Industrie angeboten werden können. Und es ist natürlich auch auf den Punkt 16 der Tagesordnung zu verweisen, auf die Blechtechnik in Eisenerz, ursprünglich ein zartes Pflänzchen, das sich dank der Unterstützung auch durch den Wirtschaftsreferenten positiv entwickelt hat.

Diese Erfolgsgeschichte der Obersteiermark zeichnet sich eigentlich schon seit dem Jahre 1994 ab. Seit diesem Jahr liegt das Wachstum der obersteirischen Industrieproduktion über dem gesamtösterreichischen Durch-

schnitt, und das muß einen mit Freude erfüllen. Das ist umso bemerkenswerter, als der Zusammenbruch der Verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie ja bis in das Jahr 1996 durchschlägt. Sie sehen das an zwei Zahlen, im Zeitraum von 89 bis 96 verlor die gesamteuropäische Stahlindustrie in Anpassung an die Weltkonkurrenz 33 Prozent ihres Personalstandes, in Österreich und auch im obersteirischen Raum waren es 44 Prozent, so lange schlägt noch der Zusammenbruch der Verstaatlichten durch. Für die Obersteiermark wird häufig hingewiesen, daß sie keinen Cluster hätte, keinen Automobilcluster etwa wie Graz. Ich darf in Erinnerung rufen, daß von den 130 oder 140 Firmen, die an diesem Cluster beteiligt sind, 50 aus der Obersteiermark kommen. Manchmal wird auch das falsche Gerücht verbreitet, daß die Obersteiermark in der Wirtschaftsförderung benachteiligt wurde. Vergleichen Sie die Zahlen 94 bis 96, mit 46 Prozent Anteil an der gesamten Wirtschaftsförderung in der Steiermark und 1997 mit 23 Prozent, wenn Sie 1997 die Großprojekte abziehen, dann ist das noch immer ein sehr respektable Anteil. Und in der Sitzung des Wirtschaftsförderungsbeirates am 1. Oktober dieses Jahres wurden weitere elf Investitionsprojekte behandelt, und wieder sind acht davon für die Obersteiermark bestimmt mit einem Investitionsvolumen von rund 1,5 Milliarden Schilling und einer Förderungssumme von rund 113 Millionen Schilling.

Es wurde heute die ÖROK-Studie angesprochen, Bevölkerungsprognosen für Österreich 1991 bis 2021. Diese Studie von Fassmann und Mitarbeitern war ja auch der auslösende Faktor vor einem halben, dreiviertel Jahr, daß sich die Bürgermeister der Obersteiermark über alle Parteigrenzen hinweg zusammenschlossen haben. Ich darf mir dazu einige Bemerkungen erlauben. Zum einen ist es nicht einsichtig, warum die Bürgermeister eine Schrecksekunde von eineinhalb Jahren gehabt haben, denn die ÖROK-Prognose wurde bereits im Mai 1996 publiziert. Zum zweiten, und es wurde schon angesprochen, wird diese Prognose als nicht seriös kritisiert. Diese Prognose stützt sich auf den Zeitraum 1986 bis 1991. Aus diesem Zeitraum mit dem Zusammenbruch der verstaatlichten Industrie wird für die Obersteiermark die Bevölkerungsentwicklung über 25 Jahre hinweg prognostiziert. Wie weit die Prognose bereits nach wenigen Jahren von der Realität entfernt ist, erkennt man, wenn Prognose und Realität von 1991 bis 1996 verglichen werden. Da gibt es zwar einen Bevölkerungsrückgang, der dramatisch genug ist, nur die Prognose schätzt ihn um rund 30 bis 40 Prozent höher ein.

Mit Zahlen und Prognosen muß man sorgfältig umgehen. Falsch verwendet können sie auch demotivieren. Sie wissen aus eigener Erfahrung, daß Prognosen nur dann zutreffen, wenn sie eine Extrapolation in eine überraschungsfreie Zukunft sind. Und das ist die Zukunft meistens nicht. Ich kenne jedenfalls mehr Prognosen, die nicht eingetroffen sind, als solche, die eingetroffen sind. Viele Beispiele sind zu nennen. Aus den Naturwissenschaften: In den fünfziger Jahren wurde prognostiziert, daß in 30 Jahren die Fusionsenergie zur Verfügung steht. Wenn Sie heute Abhandlungen lesen, braucht man noch immer 30 Jahre für die Fusionsenergie. In den fünfziger Jahren gab es den Paley-Report aus Anlaß des Korea-Krieges über den

Verbrauch an mineralischen Rohstoffen, für 25 Jahre prognostiziert, nahezu nichts ist eingetroffen. Anfang der siebziger Jahre vom Club of Rome, der Meadows-Report „Grenzen des Wachstums“, ebenfalls fast nichts eingetreten. Vergleichen Sie, wie oft Wirtschaftsprognosen korrigiert werden müssen. Ich meine, man sollte in diesem Zusammenhang diese Beispiele nennen, denn negative Prognosen, das muß ich noch einmal sagen, können auch demotivieren, das soll nicht passieren. Die Obersteiermark, vor zehn Jahren eine echte Krisenregion, hat, bei allen Problemen, die es noch gibt, den Strukturwandel geschafft. Und wir sollten über solche Prognosen nicht das Naheliegende vergessen, das auch in der Wortmeldung vom Kollegen Ussar angesprochen wurde, nämlich die Resolution der Stadtgemeinde Leoben und auch der Montanuniversität im Zusammenhang mit Lassing.

Und damit darf ich einen Entschließungsantrag einbringen der Abgeordneten Jeglitsch, Rieser, Tasch, Straßberger, Ussar, Kaufmann und Vesko, betreffend Sicherung von Arbeitsplätzen durch Einrichtung von neuen Bergbaubehörden in Leoben.

Mit 1. Jänner 1999 tritt das Bundesgesetz über Mineralische Rohstoffe, welches das Berggesetz ersetzt, in Kraft, womit auch die Auflösung der Bergbehörde Leoben und damit eine Gefährdung von Arbeitsplätzen verbunden ist. Im Laufe einer zweijährigen Übergangsfrist sollen von den zirka 1000 Bergbaubetrieben 950 hinsichtlich der behördlichen Vollziehung in die mittelbare Bundesverwaltung übertragen werden. Dies bedeutet, daß in erster Instanz die Bezirkshauptmannschaften als Gewerbebehörden und in zweiter Instanz der Landeshauptmann als Berufungsbehörde tätig sein werden. - Ich darf darauf verweisen, daß die Frau Landeshauptmann im Oktober bereits in einem Brief an den zuständigen Bundesminister dieses Thema angesprochen und darauf hingewiesen hat, daß auch die Frage der Kosten zu behandeln ist. Man kann so etwas nicht verfügen und sich von der Bundesseite aus von den Kosten verabschieden. - Die verbleibenden Betriebe werden einer Bergbehörde Neu, die unmittelbar dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten unterstellt sein wird, auch hinsichtlich der behördlichen Vollziehungsangelegenheiten zugeordnet. Dabei wird auch an die Installierung einer Außenstelle gedacht. Diese Überlegungen sind jedoch noch abhängig von der Klärung einer verfassungsrechtlichen Frage, ob eine Ministerialdienststelle außerhalb der Bundeshauptstadt in Normalzeiten zulässig ist.

Laut Wirtschaftsbericht sind in der Steiermark 4047 Personen im Bergbau beschäftigt, womit die Einrichtung dieser Außenstelle in Leoben gerechtfertigt erscheint. Darüber hinaus wäre dies auch auf Grund einer dichteren und wirkungsvolleren Überwachung, der Bürgernähe, einer leichteren Erreichbarkeit, einer besseren Beratung der Betriebe im Bedarfsfall zur Gewährleistung von raschen Entscheidungen vor Ort (zum Beispiel bei gefährlichen Ereignissen) äußerst sinnvoll.

Die Stadtgemeinde Leoben verfügt als Standort der Montanuniversität und als Standort einer Bergbehörde über beste strukturelle Voraussetzungen für die Einrichtung einer derartigen Außenstelle in unmittelbarer Bundesverwaltung sowie auch für die Installierung

einer Außenstelle des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung als Hilfsorgan für den Landeshauptmann als Berufungsbehörde in mittelbarer Bundesverwaltung. Es erscheint daher dringend angebracht, die Stadt Leoben auf Grund der bereits vorhandenen Ressourcen bei der Einrichtung derartiger Bundes- und Landesdienststellen zu berücksichtigen, um damit zahlreiche Arbeitsplätze im Raum Leoben auf längere Zeit zu sichern.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Steiermärkische Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

erstens eine Außenstelle des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung als Hilfsorgan für den Landeshauptmann als Berufungsbehörde im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung zur Vollziehung des Bundesgesetzes über Mineralische Rohstoffe in Leoben einzurichten sowie

zweitens an die Bundesregierung heranzutreten und zu erwirken, daß die beabsichtigte Installierung einer Außenstelle der dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten unmittelbar unterstellten obersten Bergbehörde am Standort Leoben erfolgt.

Ich bitte um Annahme des Entschließungsantrages. Danke. (Beifall bei der ÖVP. - 17.20 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Porta das Wort.

Abg. Porta (17.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Landesräte, Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Toleriert die Bundes- und Landesregierung den beabsichtigten Vertragsbruch des Verbundes? Heimische Kohle auf der Abschußliste der österreichischen Stromriesen! Ausstieg aus dem Kohleliefervertrag mit der GKB und Stilllegung des Dampfkraftwerkes Voitsberg III! Antwort des Verbundes auf den Verkauf der ESTAG-Anteile an die Franzosen? Streit zwischen Verbund und der ESTAG darf nicht auf dem Rücken der Belegschaft von GKB und ÖDK ausgetragen werden!

Sehr verehrte Damen und Herren, das waren nur einige wenige Schlagzeilen, die durch die heimischen Medien geisterten, aber Unruhe und Angst unter den betroffenen Arbeitnehmern von GKB und ÖDK war die Folge. Aber auch für den Bezirk Voitsberg wäre der Verlust von über 700 Arbeitsplätzen ein schwerer Schlag, der kaum zu verkraften wäre, kämpft unser Bezirk doch schon jahrelang mit einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenrate. So zum Beispiel hat der Bezirk im November dieses Jahres 1.824 gemeldete Arbeitslose und nur 111 offen gemeldete Stellen. Mit einer Arbeitslosigkeit von 8,6 Prozent liegt der Bezirk weit über dem Steiermarkdurchschnitt. Dabei scheinen in dieser Bezirksstatistik, wie schon von einigen Vorrednern erwähnt, die einige hundert ehemals im Bergbau beschäftigten Arbeiter und Angestellte, die in eine sogenannte Sonderunterstützung geschickt wurden, gar nicht auf. Aber auch die 173 Personen, die sich in Umschulung befinden, verschönern diese Statistik.

Die Probleme, mit welchen unser Bezirk durch den Arbeitsplatzmangel und die hohe Arbeitslosenquote jetzt schon kämpft, sind die starke Pendlerbewegung, der hohe Anteil an Langzeitarbeitslosen und die hohe Abwanderungsrate.

Sehr verehrte Damen und Herren, mit dem Versprechen, der Bestand des letzten Kohlebergbaues Österreichs ist bis zum Jahre 2008 durch den Kohleliefervertrag mit der ÖDK gesichert, wurden die Arbeitnehmer von GKB und ÖDK von den politischen Verantwortlichen im Land und Bund beruhigt und in Sicherheit gewiegt. Aber die Liberalisierung des Strommarktes ließ das Versprechen hinfällig werden. Das Dampfkraftwerk ÖDK III wurde für den Verbund plötzlich ein Klotz am Bein, das man versucht, rasch los zu werden, da die ÖDK mit relativ hohen Stromgestehungskosten gegenüber dem billigen Atomstrom aus dem Ausland ins Hintertreffen kam. Eine Tatsache, die bei den Verbundaktionären keine besondere Freude aufkommen ließ. Daß es der Verbund mit dem Ausstieg aus dem Kohleliefervertrag ernst nimmt, kann man aus seiner Stellungnahme vom 4. März 1998 entnehmen. Hier heißt es: „Wir haben uns nach besten Kräften bemüht, daß im neuen Elektrizitätswirtschaftsorganisationsgesetz, kurz ELWOG genannt, in sinnvoller Anwendung dieses Artikels eine Bestimmung aufgenommen wird, welche den Einsatz des Kraftwerkes Voitsberg zur Verfeuerung von inländischer Braunkohle vorrangig vor importierten Energieträgern zwingend vorschreibt. Im nunmehr vorliegenden jüngsten Entwurf des erwähnten Gesetzes fehlt eine Regelung für die Verstromung der heimischen Braunkohle, wie sie zum Beispiel in der Bundesrepublik vorgesehen ist. Jedoch nach wie vor steht daher aus heimischer Braunkohle erzeugter Strom ohne jede Übergangsregelung in voller Konkurrenz zum günstig erzeugten Strom, so wie zum Beispiel die Kernenergie. Wenn es daher nicht gelingt, in welcher Form auch immer, die Regelung der Abnahme der Kohle zu erhalten, wird sich der Verbund sicher gezwungen sehen, alle rechtlichen Möglichkeiten einer Auflösung des Kohleliefervertrages zwischen Draukraftwerk und GKB auszuschöpfen.“

Daran kann auch die Aussage des Antwortschreibens der STEWEAG vom 30. Juni nichts ändern. Aus heutiger Sicht, sagt da die STEWEAG, ist festzustellen, daß im Gegensatz zu den diesbezüglichen Ausführungen im Schreiben der Verbundgesellschaft vom 4. März im ELWOG, in der vom Wirtschafts-Ausschuß beschlossenen Fassung, nunmehr sehr wohl, und zwar explizit im Paragraph 69 Absatz 5 festgeschrieben ist, daß für den Einsatz inländischer Braunkohle zur Stromerzeugung Betriebsbeihilfen zu gewähren sind, in einem Ausgleich zwischen den Erzeugerkosten und dem Marktpreis für elektrische Energie. auf Grund dieses Sachverhaltes sind wir zuversichtlich, daß der Weiterbetrieb des Dampfkraftwerkes Voitsberg III und damit der Fortbestand des Braunkohlebergbaues in der Weststeiermark bis zum vorgesehenen Vertragsende im Jahre 2008 gesichert ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, hier gibt es eine aktuelle Aussage vom Verbundgeneraldirektor Haider. Ich zitiere: „Kohleliefervertrag Verbund – Dampfkraftwerke Voitsberg, Wien, 14. Dezember 1998

– achten Sie auf das Datum –, am 15. Dezember per Fax an den Abgeordneten Porta. Sehr geehrter Herr Abgeordneter! In Beantwortung Ihres Schreibens vom dritten dieses Monats darf ich Ihnen folgendes mitteilen: Die in Ihrem Schreiben auszugsweise wiedergegebene Stellungnahme des Verbundes vom 4. März 1998 entsprach zum damaligen Zeitpunkt dem Stand des Gesetzesentwurfes zum ELWOG. Bekannt wurde erst am Ende der parlamentarischen Beratung: Zu diesem Gesetz wurde in dessen Paragraph 69 eine Bestimmung aufgenommen, welche eine, wenn auch der Höhe nach keineswegs – achten Sie darauf – ausreichende teilweise Abgeltung der dem Verbund aus dem Braunkohleliefervertrag für Voitsberg III entstehenden stranded cost vorsieht. Die zu dieser Gesetzesbestimmung zu erlassende Verordnung des Bundesministeriums, mit der die Aufbringung und Gewährung von Betriebshilfen geregelt wird, befindet sich gegenwärtig im Begutachtungsstadium und bedarf noch der Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates und setzt vor allem im Sinne des Artikels 24 der Elektrizitätsrichtlinien die Anerkennung der Europäischen Kommission voraus. Angesichts aller dieser für eine tatsächliche Gewährung von Betriebshilfen für Voitsberg III beziehungsweise in derer Höhe noch offenen Umstände könne seitens des Verbundes verständlicherweise noch keine definitive Aussage über die Möglichkeit eines marktconformen Weiterbetriebes dieses Kraftwerkes getroffen werden.“

Weiters geht dann der Verbunddirektor ein in die Verkaufsverhandlungen, und er sagt dann zum Abschluß: „Ebenso wenig war die STEWEAG im Jahre 1997 bereit, in vom Verbund angebotene Verhandlungen über die Übernahme des Dampfkraftwerkes Voitsberg III, in welcher Rechtsform auch immer, einzutreten. Anbotsschreiben vom 8. Oktober 1997 und ablehnende Antwort der STEWEAG vom 24. Oktober 1997. Ich hoffe, sehr geehrter Herr Abgeordneter, Ihnen mit dieser Darstellung gedient zu haben.“

Sehr geehrte Damen und Herren, daß weder die STEWEAG noch die Landesregierung an die Einhaltung des Kohleliefervertrages glaubt, beweist ein Schreiben an die Gemeinde Köflach im Juli diesen Jahres, mit welchem die Gemeinde aufgefordert wird, im Hinblick darauf, daß der Kohleliefervertrag frühzeitig aufgelöst werden könnte, Konzepte für Umstrukturierungsmaßnahmen einzureichen.

Sehr verehrte Damen und Herren, an Konzepten und konkreten Vorschlägen fehlt es in unserer Region sicher nicht. Da haben sich wirklich alle verantwortlichen Politiker aller Farben zusammengefunden und haben Ideen, Konzepte und Vorschläge erarbeitet. Ich möchte hier nur einige Beispiele kundtun.

Da wäre die Förderung nach einer Fachhochschule für Glas, das gleiche in der Metallsparte, für Hightech-Betriebe für Umwelttechnik, Elektronik, zukunftsweisende Technologien, Mineralabbau, Weiterverarbeitung des heimischen Marmors zu Füllmittel für die Pharma- und Baustoffindustrie. Dann der Autocluster, Ausbau dieses zukunftsorientierten Wirtschaftszweiges, aufgesetzt auf die schon bestehenden Zulieferbetriebe zum steirischen Autocluster, Autositze, Sebring, Remus, Auspuffe, Krenn AG, Techno-Glas Scheinwerfer. Aber auch von der Wirtschafts-offensive kamen verschiedene Projekte. Der Projekt-

stand kurz vom 23. November 1998: Ein regionales Verkehrskonzept, regionaler Technologie- und Gründerpark West, Telebusiness-Center, Telekommunikations-Infrastruktur, Fox-West, Styria, Ausbau Gründerdienstleistungszentrum Voitsberg, Wirtschaftspark Voitsberg, Technologieberatung Universität Leoben, Projekt Rohstoffveredelung, Regionalmarketing und so weiter und so weiter, ich könnte diese Liste endlos lange fortsetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie haben gehört, es gibt genug Konzepte, Ideen und Projekte, was uns aber noch fehlt, ist die finanzielle und fachliche Unterstützung des Landes. Ich bitte daher die Landesregierung und den Hohen Landtag, erstens alles zu unternehmen, um den Weiterbestand der GKB und der ÖDK zu sichern, nötigenfalls durch die Übernahme des Dampfkraftwerkes ÖDK III. Es kann doch kein Problem sein, wenn die STEWEAG so sicher ist, daß Beihilfen für den Einsatz einheimischer Braunkohle zur Stromerzeugung gewährt werden. Auch würde die Fernwärmeerzeugung dadurch günstiger werden, die dann ganzjährig durch die kostengünstigere Abwärme genützt werden könnte. Und eine zweite Forderung, die erstellten Projekte und Konzepte rasch umzusetzen und finanziell zu unterstützen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie würden einer Region neuen Mut und neue Hoffnung geben, eine Region, die nach dem Zweiten Weltkrieg einen über großen Beitrag zum wirtschaftlichen Aufbau unserer schönen Heimat geleistet hat. Aber ich gebe auch zu bedenken, sollte meine Bitte nicht fruchten, möchte ich den Mächtigen in unserem Lande hier die Stellungnahme des sozialdemokratischen Bezirksvorsitzenden und Bürgermeisters unserer Bezirkshauptstadt Voitsberg in Erinnerung bringen. Der sagt: „Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß die Möglichkeiten der regionalen Politik nicht ausreichend sind, Lösungsansätze anzubieten. Bund und Land sind gefordert, analog der Ober-/Oststeiermark-Offensiven diesbezüglich auch einmal an die Weststeiermark zu denken, denn die Situation in dieser Region und die damit verbundene mögliche negative Auswirkung auf den regionalen Arbeitsmarkt – Verlust von 700 bis 1000 Arbeitsplätzen – würde ausschließlich durch die Entscheidungen in Bund und Land herbeigeführt.“ (Präsident: „Auch Sie sind ein verkannter Hauptredner, bitte kommen Sie zum Schluß!“) Sehr geehrte Damen und Herren von SPÖ und ÖVP, ich hoffe in Ihrem Interesse, daß der sozialdemokratische Bezirksvorsitzende und Bürgermeister nicht recht behält. Mit einem steirischen Glückauf möchte ich beschließen. Aber ganz zum Schluß, liebe Damen und Herren, möchte ich die Gelegenheit nutzen, Ihnen und all Ihren Lieben frohe Weihnachten und ein gesegnetes glückliches Jahr zu wünschen! (Beifall bei der FPÖ, ÖVP und SPÖ. – 17.34 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner darf ich dem Herrn Abgeordneten Schuster das Wort erteilen.

Abg. Schuster (17.34 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der zur Behandlung vorliegende Antrag aller im Landtag vertretenen Fraktionen erwartet Klarheit und eine Entscheidung der Bundes- und Landesstellen

über die Zukunft der Region Köflach/Voitsberg und fordert die Steiermärkische Landesregierung auf, Umstrukturierungsmaßnahmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen zu setzen. Darin wird von der Steiermärkischen Landesregierung vorgeschlagen, den Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Es fällt mir nicht leicht. Natürlich nicht beim Antrag selbst, sondern durch eine Stellungnahme des Verbundes. Der Bericht ist eine Alibidarstellung der dividendenorientierten Verbundgruppe und auszugsweise eine Darstellung der Gemeinden Köflach und Voitsberg. Keine Aussage, wie soll es in der Region weitergehen, welche Zukunftsperspektiven erwarten die Menschen, welche strukturverbessernden Maßnahmen werden von der Landesregierung zur Bewältigung der krisenhaften Entwicklung vorgeschlagen. Status quo ist, erstens eine durchschnittliche Arbeitslosenrate von fast 9 Prozent, im Winter 14 Prozent, das heißt 2500 arbeitslose Menschen, zweitens der Bezirk mit einer der höchsten Frauenarbeitslosigkeit von Österreich mit 13 und 14 Prozent im Jahresschnitt, drittens ein Arbeitsplatzdefizit von 6000 fehlenden Arbeitsplätzen, viertens mit über 7000 Tagespendlern in Richtung Landeshauptstadt und in alle Bezirke der Steiermark auf einer hoffnungslos überlasteten Packer Bundesstraße, deren Ausbau seit über zwanzig Jahren angekündigt wird und fünftens die Fastschließung der Schuhfabrik Atomic/Köflach bei einem Verlust von 300 Arbeitsplätzen, vorwiegend Frauen. Dafür wurde der finnische Geschäftsführer, Herr Dalermo, vom Bundespräsidenten am Nationalfeiertag mit dem Ehrentitel „Honorarkonsul für Österreich“ bedankt.

Haben wir in der Steiermark bereits gelernt, daß wir alles zur Kenntnis nehmen? Die niederösterreichische Verhinderung des Semmering-Basistunnels, den Verlust von Arbeitsplätzen bei Gazelle, Zeltweg und Graz und so weiter. Was muß denn eigentlich in der Steiermark noch alles passieren, daß wir es nicht mehr weiter zustimmend zur Kenntnis nehmen?

Ein Punkt dazu. Die Stellungnahme des Verbundes vom 4. März 1998 ist weder aktuell noch originell und entspricht dem Wissensstand im Vorfeld der Verhandlungen um die Berücksichtigung heimischer Primärenergieträger als Brennstoffe zur Energieerzeugung vor Beschlußfassung des ELWOG durch den Nationalrat im Herbst dieses Jahres. Nur dem Drängen der Arbeitnehmervertreter im Bergbau und in der Draukraft ist es zu danken, daß die heimische Braunkohle mit 3 Prozent Berücksichtigung fand und dadurch der Kohleliefervertrag unangetastet bleibt. Dies ist geschehen. Aber ungeachtet dieser gesetzlichen Grundlagen verunsichert seit zehn Jahren der Verbundkonzern, wie der das modernste, umweltfreundlichste Braunkohlekraftwerk Europas zusperrern kann und dies auch noch nach Beschlußfassung des ELWOG. Er erpreßt eine Region in regelmäßigen Abständen mit der Schließung und wirbt zeitgleich mit Millionenaufwand für seine Umweltfreundlichkeit. Ein Zitat der Konzernkommunikation mit dem Titel „Verbund der Verbundgruppe“ vom 5. Oktober 1998, darin erklärt Finanzvorstand Dr. Michael Pistauer, daß an massiven Kostensenkungen kein Weg vorbeiführt und die Abgeltung der „stranded cost“ im Rahmen des ELWOG in der Höhe von 8 Milliarden Schilling zwar eine Betriebshilfe darstellen, Pistauer wörtlich, die

Gewährung der Betriebsbeihilfe für das Kraftwerk Freudenau und Voitsberg würde zwar eine weitere Ergebnisverbesserung bedeuten, aber eine markt-konforme Rendite könnte auch mit Hilfe dieser Abgelenkung nicht erreicht werden. Deshalb ist es unbedingt notwendig, die Grenzen der geplanten Maßnahmen und zusätzliche Kostensenkungen zu setzen. Für die Mitarbeiter im Werk Voitsberg hieße dies ab dem ersten Quartal 99: Reduzierung der Belegschaft um die Hälfte von derzeit 140 auf 70 bis 80 Mitarbeiter mit neuen Dienstverträgen in der fusionierten Sondergesellschaft Wärmekraft, Abzug der Werksdirektion und Einsatz von Leiharbeitskräften aus der Verbundgruppe. Andererseits bedeutet der Kohlevertrag, der bis zum Jahre 2008 läuft, die Sicherung von 470 Arbeitsplätzen der weststeirischen Bergarbeiter und der Arbeitsplätze im Kraftwerk Voitsberg. Eine Reduzierung der Belegschaft im Kraftwerk zeigt jedoch den Weg auf, erstens Rücknahme der Einsatzzeiten, Betriebshilfen aus dem ELWOG werden als Schließungsprämien verwendet und drittens der Druck auf den GKB-Bergbau steigt, um die vertraglichen Liefermengen zu reduzieren, um sozusagen über die Hintertüre dem Kohlevertrag auszuweichen und ihn letztlich zu lösen. Die Region Voitsberg stellt heute das einzige Kohleabbaugebiet Österreichs dar. Die Branchen-gruppe Energie, Wasser, Bergbau, Steine, Erde hatte im politischen Bezirk Voitsberg 1981 noch einen Arbeitsplatzanteil von 13 Prozent der gesamten Arbeitsplätze aller Sektoren. Bis 1991 sank dieser Anteil auf 6,1 Prozent.

Die Sachverhaltsdarstellungen der Bürgermeister der Industriestädte Voitsberg und Köflach vom 23. März und 6. Mai zeigen in ihrer Zusammenfassung, daß unabhängig vom Bestand des Kohlelieferungsvertrages erwartet wird, daß der Bestand der Arbeitsplätze im GKB-Bergbau und im Kraftwerk Voitsberg bis 2008 gesichert und an diesen nicht weiter herumgerüttelt wird, daß begleitende umfassende Mittel und langfristige Umstrukturierungsmaßnahmen gesetzt werden, die auf eine Erhaltung und die Stärkung der traditionellen Industrien, hauptsächlich Glas, Marmor, wie schon mein Kollege erwähnt hat, hinzielen.

Dazu reicht jedoch die sinkende Finanzkraft der Gemeinden nicht aus. Hier erwarten sich die Bürgermeister, aber auch ich, eine massive vergleichsweise den anderen Regionen gewährte Hilfestellung des Landes.

Ich brauche hier die weiteren vielen Vorschläge der Region, Analysen und Konzepte zur Regionalentwicklung des Bezirkes Voitsberg in den letzten 20 Jahren nicht wiederholen. Ich habe diese Forderungen der Region schon mehrmals in diesem Haus hinterlegt und aufgezeigt.

Allein die schriftlichen Stellungnahmen und Ratschläge würden diesen Raum füllen. Die Stellungnahmen der Professoren Tichy, Steiner, Schneider, Farmer über Dr. Faschingbauer, Dipl.-Ing. Resch bis zu den Analysen und Vorschlägen der WOF, bis zum beschlossenen Leitbild des Regionalen Planungsbeirates und der zitierten Arbeit von Dipl.-Ing. Resch haben aufgezeigt, daß dringendst eine Neustrukturierung des weststeirischen Kohlenpottes notwendig ist, um einen Industriefriedhof zu vermeiden.

Es blieb bei den mahnenden Worten, aber es fehlen die glaubwürdigen Taten.

In der Zusammenfassung aus der Sicht des Referates für Wirtschaftspolitik wird wohlwollend festgestellt, daß konkrete Vorschläge und Ansätze vorhanden sind – das am 20. November 1998 beschlossene Leitbild ist scheinbar noch nicht eingelangt –, und man höre und staune, das ist der Weisheit letzter Schluß, daß weiter analysiert werden muß und im Rahmen konkreter Konzepte umgesetzt werden soll. Dazu ist man bereit, Hilfestellung zu gewähren.

Seit zehn Jahren arbeiten die Gemeinden und die ÖVP und SPÖ – die Sozialpartner – und mehr als 200 Aktivbürger gemeinsam in der Wirtschaftsoffensive Voitsberg zusammen und haben auch mit Hilfe des Landes Vorschläge und Konzepte und Projekte erstellt. Was wirklich fehlt, ist die große solidarische Hilfestellung des Landes.

Es ist unbestritten, daß in den letzten zehn Jahren mehr als tausend neue Arbeitsplätze in der Region als Zulieferbetriebe des steirischen Autoclusters entstanden sind, wie auch mit Hilfe des Landes und des Bundes bei Technoglas Sebring, Remus und Krenhof. Zeitgleich haben wir 2500 Arbeitsplätze im Bergbau, in der Glasindustrie, Bauer, Holzher, Koflach, Purbach und so weiter verloren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich danken wir für die Unterstützung bei der Verwirklichung des von allen Regionsabgeordneten eingebrachten Antrages zur Durchführung der Landesausstellung im Jahre 2004 „Mythos Pferd“ im Bezirk Voitsberg, vor allem beim Kulturreferenten Ersten Landeshauptmannstellvertreter Schachner, und bei den Landesräten Paierl und Rieder für die rasche finanzielle Hilfestellung bei der Koflacher Arbeitsstiftung.

Ich möchte dazu festhalten, daß dies wertvolle Impulse zur Bewältigung von Strukturproblemen sind, aber – und dies ist der Wermutstropfen auch aus dem Bericht der gegenständlichen Vorlage – sie reichen nicht aus, um dem Strukturwandel kraftvoll zu begegnen. Es bleibt die Tatsache, daß der Arbeiterstand die Verlierer des Strukturwandels in der Region sind und die Stabilität rund um Braunkohlelieferungsvertrag und Verstromung im Kraftwerk Voitsberg die Voraussetzung sind, aus einer Krisenregion eine Chancenregion zu gestalten. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 17.43 Uhr.)

Präsident: Ich danke auch für die Pünktlichkeit und erteile als nächster Rednerin der Frau Abgeordneten Wicher das Wort.

Abg. Wicher (17.44 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Herren Landesräte, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lassen Sie mich ganz kurz erklären, warum ich als Behindertensprecherin der steirischen Volkspartei mich im Kreise so illustrierer, vorwiegend männlicher Wirtschaftsexperten zu Wort melde.

Meine Wortmeldung gilt dem Tagesordnungspunkt 14, wo es um die Telekommunikations- und Informationsoffensive geht. Ich möchte, wie Sie wahr-

scheinlich von mir auch nicht anders erwarten, Ihr Augenmerk auf Probleme richten, die behinderte Menschen betreffen.

Für behinderte und ältere Menschen ist es oft kaum oder gar nicht möglich, ihre Wohnung zu verlassen. Die Schuld daran mag vielleicht liegen an der schweren Behinderung beziehungsweise auch an der Wohnsituation, die es nicht erlaubt, die Wohnung zu verlassen. Wenn Sie sich zum Beispiel vorstellen, daß ein Gehbehinderter im dritten Stock wohnt, wo es keinen Lift gibt, und er nicht immer hilfreiche Nachbarn, Verwandte, Bekannte damit konfrontieren möchte, daß dieser auch einmal gerne „ins Freie“ kommen möchte. Für diese Menschen sind neue Medien, neue Technologien von unerhört großer Bedeutung, sei dies das Fernsehen, das Telefon, Telefax und auch Internet. All diese Medien ermöglichen es ihnen, sich mit ihrer Umwelt, mit Bekannten, Freunden, Familie in Verbindung zu setzen und zu kommunizieren, was ihnen im anderen Fall nicht möglich wäre. Und wenn dies fehlt, kommt es zur Vereinsamung und auch zu einem großen Mangel an Information, die sie sich einfach nicht aus eigenem, indem sie selbst sich in ein Amt oder was immer begeben, holen können. All diese Dinge sind für behinderte Menschen und auch für ältere Menschen – ich möchte das nicht vergessen – sehr schwierig zu bewältigen.

Gerechterweise muß man sagen, daß es für Bezieher von Pflegegeld eine Befreiung von der Telefongrundgebühr beziehungsweise der Rundfunk- und Fernsehgebühr gibt und zusätzlich ihnen noch eine Telefonstunde gratis zur Verfügung steht. Das ist etwas, was nicht genug zu würdigen ist, weil es vielen wirklich ermöglicht, am öffentlichen Leben teilzunehmen.

Es ist jetzt – und das ist eigentlich der Grund meiner Wortmeldung und des Entschließungsantrages, den ich dann einbringen möchte – geplant, daß die Telefonnummernauskunft kostenpflichtig werden soll, und zwar soll das im kommenden Jahr passieren. Die Höhe soll ungefähr zwischen 15 und 20 Schilling pro Auskunft betragen. Das ist etwas, was schon für nicht behinderte Menschen doch eine zusätzliche Belastung ist.

Ich möchte aber Ihr Augenmerk darauf richten, daß blinde und sehbehinderte Menschen auf die Telefonauskunft angewiesen sind. Es ist ihnen unmöglich, ein Telefonbuch zu lesen, solange es nicht ein Telefonbuch in Brailleschrift gibt. Diese Tatsache würde blinde und sehbehinderte Menschen mit einem ziemlich hohen Betrag – man hat ausgerechnet 7000 bis 8000 Schilling im Jahr – belasten.

Ich denke, das müßte verhindert werden, und deswegen möchte ich Ihnen den Unselbständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Wicher, Pußwald, Gross und Mag. Zitz, betreffend Telekommunikations- und Technologieoffensive, vortragen.

Unter Telekommunikations- und Technologieoffensive wird meist der weitere Ausbau oder zumindest die verstärkte Nutzung der technischen Möglichkeiten der neuen Medien verstanden. Gleichzeitig wird aber übersehen, daß der Zugang zu bereits vorhandenen und genutzten Medien, etwa durch Gebühreinführungen, erschwert bis sogar verunmöglicht wird. So sind blinde und sehbehinderte Menschen auf die Telefonauskunft angewiesen, da sie

das Telefonbuch nicht benutzen können. Für sie verteuert sich der oft existentiell notwendige Telefonkontakt zur Außenwelt um zirka 7000 bis 8000 Schilling jährlich.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem dringenden Ansuchen heranzutreten, daß das berechnete Anliegen blinder und sehbehinderter Menschen, möglichst barrierefrei und selbstbestimmt Kontakte zu verfolgen und ihre Angelegenheiten selbst zu erledigen, wie es auch der Bundesverfassung und allen Behindertenprogrammen entspricht, bei der Gebührengestaltung entsprechend berücksichtigt und dahin gehend eine Lösung gefunden wird. Ich bitte um die Annahme dieses Entschließungsantrages. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 17.51 Uhr.)

Präsident: Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

Abg. Gennaro (17.51 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Da hinten auf der Zuschauerbank sitzen ein paar Kollegen von der Firma Philips und Betriebsräte, die haben gesagt, eigentlich, wenn wir den Diskussionen so zuhören, stellen wir fest, für das kleine Volk redet da niemand. Das sollte uns zum Nachdenken geben. Wenn Präsident Vesko meint, die Politik heraus aus der Wirtschaft, dann möchte ich nur darauf verweisen, das sind wieder so Floskeln und Schlagworte. Was passiert, meine Damen und Herren, wenn es Probleme gibt? Da heißt es immer in dieser Situation, die Politik soll sich aus den Betrieben verabschieden. Wenn es dann Probleme gibt, sind dann die die Ersten, die schreiben, die Politik muß her, retten, sie muß einsteigen. Und da könnte ich eine ganze Handvoll Beispiele aufzeigen, von Assmann über Waagner-Biró über Philips und so weiter, wo alle immer schreien, die Politik raus, und wenn es letztendlich ums Eingemachte geht, dann muß die Politik einsteigen, muß helfen, da werden alle angerufen von Landeshauptmann bis Landeshauptmannstellvertreter, bis zur Bundesregierung hin der Hilfeschrei und die Sorge um die Arbeitsplätze. Und wenn man sich das dann anhört und wenn man weiß, wie betroffen die Leute sind, wenn einfach so locker hingestellt wird, 450 Leute, ich sage das jetzt konkret, müssen bis nächstes Jahr verschwinden. Und Herr Landesrat Paierl, ich habe das gar nicht gewußt, ich habe es nur aus der Zeitung gelesen, wie Sie unten gesagt haben, naja die 450, so tragisch ist das nicht, weil der Direktor hat gesagt, es ist eh alles in Ordnung. Es ist immer alles in Ordnung, und dann werden sie schon irgendwo unterkommen im sogenannten Autocluster. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das hat der AMS-Leiter gesagt, bitte, dein roter Freund.“) Im Autocluster werden wir sie schon irgendwo unterbringen. Statt daß wir darangehen, zu unterstützen – bitte Herr Landesrat, Sie werden sicher in Ihrer Beantwortung darauf eingehen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Was soll man einsetzen?“) Ja, ich wünsche mir nur, daß wir dann in der Umsetzung auch Ihre Unterstützung haben, wenn es darum geht, zu beweisen, daß derartige Konzerne immer die Hand

aufhalten – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Was soll man umsetzen, was schlagen Sie vor?“) Ich sage Ihnen dann schon, was ich vorschlage. Daß wir gemeinsam auftreten, daß da unten in der Form die Konzernpolitik nicht so betrieben werden kann, und Sie haben sich dagegen verwehrt und haben gesagt, die Forderungen, die wir eingefordert haben, zurückzahlen, weil die Beschäftigung nicht gehalten wird, haben Sie gesagt, das brauchen wir nicht. (Beifall bei der SPÖ.) Das brauchen wir für die Arbeitsstiftung, damit wir unten fahren können. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wissen Sie, was die Betriebsräte gesagt haben?“)

Meine Damen und Herren, deswegen mache ich mir das nicht so einfach. Ich möchte nur dahin gehend sagen – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das ist Polemik!“) Das ist sicher Polemik, aber du verstehst die Polemik nicht, weil sie zu ernst ist. Ich wollte nur dahin gehend sagen, der Kollege Purr geht ans Rednerpult und sagt in der Situation – (Abg. Purr: „Denke an die Konsum-Zeit!“) Höre auf mit deiner alten Platte Konsum, eines muß ich dir sagen. Traurig, wenn manche in der Politik das Wort Konsum in den Mund nehmen und nicht wissen, daß Hunderte und Tausende Leute ihren Arbeitsplatz verloren haben und teilweise ihre Existenz. Da ist kein Stolz, ich bin nicht stolz darauf, und es wird sicher noch ein Nachbeben geben für die, die Verantwortung haben. Nur, hört mit dieser alten Platte auf, weil es gibt genügend Private, die man hochgejubelt hat, die man ausgezeichnet hat im Land. Wenn ich an den Herrn Assmann denke, der Gewerke, der war überall drinnen, von der Verstaatlichten bis zur Privatwirtschaft und hat das Debakel verursacht, daß die Leute ihre Arbeitsplätze verloren haben. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wie hat der da oben in Spielberg geheißt?“ – Beifall bei der SPÖ.)

Von Bauknecht und wie sie alle geheißt haben, die Auszeichnungen bekommen haben.

Meine Damen und Herren, ich bin schon bei dir, Kollege Purr, die Sozialpartner haben Verantwortung zu übernehmen und auch zu tragen, aber bitte hört mir auf mit der Lobhudelei über den Autocluster, weil ich muß euch eines sagen, schön langsam kann ich das Wort schon nicht mehr hören. Und es kommt nicht von der Gewerkschaft, weil der Herr Landesrat Paierl und die Frau Landeshauptmann gesagt haben so quasi, die Gewerkschaft stellt weltfremde Förderungen auf, und wir sollen das ja nicht gefährden, das Autowunder. Ja wißt ihr, was sich da abspielt? Ich habe es früher eh schon gesagt. Da schreibt ein betroffener Manager, es ist zu gefährlich, wenn man die Industrien oder die Betriebe von einem Autobetrieb abhängig macht, weil wenn da etwas passiert, dann könnt ihr euch das Rasseln in der Steiermark anschauen. Und dann wird selber von der Wirtschaft und von der Industriellenvereinigung behauptet, der Autocluster ist ja nicht der Cluster, wie er immer formuliert wird, es ist keine Vernetzung, eine lockere, lose Zusammenarbeit. Aber unter dem Strich ist es so, daß die Kleinbetriebe ausgepreßt werden, finanziell durch Lohndruck und von anderen verschiedenen Dingen abhängig. Wenn der nicht bei der Tür steht und zur richtigen Zeit liefern kann, kann er sich schon verabschieden und seinen Betrieb zusperren.

Und meine Damen und Herren, abschließend noch dazu, bevor ich einen Entschließungsantrag einbringe, möchte ich nur eines sagen, weil wir so locker über die Arbeitslosen reden. Ein Arbeitsloser, der kann sich nicht in dem Kaufrausch tummeln, den wir in den letzten Tagen vor Weihnachten erleben, der muß jeden Schilling umdrehen und hat oft ein Problem, seine Existenz zu bestreiten. Ein Arbeitsloser hat auch nicht frei über die Feiertage, weil er hat eh keinen Job, der muß rennen und schauen, daß er überhaupt ein Dach über dem Kopf hat. Der kann sich nicht freuen auf Weihnachten, weil wenn da eine Familie dahintersteht, dann fürchtet er sich vor Weihnachten, weil er das nicht erfüllen kann, was viele andere machen. Und währenddessen sich die anderen vor dem Christbaum freuen, weinen viele, weil sie keine Arbeit haben. Und deswegen will ich da nicht so locker reden lassen über die Arbeitslosen. Es ist unsere Aufgabe, daß wir als Land alles unternehmen, um diese Arbeitslosigkeit, die der Herr Präsident Vesko zu Recht noch unterstrichen hat, als höchste seit 1945, zu beseitigen. Ganz wird es uns nicht gelingen, aber wir müssen daran arbeiten. (Beifall bei der SPÖ.)

Und so darf ich abschließend zur Diskussion noch einen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung der Abgeordneten Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Dipl.-Ing. Vesko einbringen, betreffend Vorfinanzierung der EU-Schlußrate.

Die Problematik einer Änderung des Landesvoranschlages 1999 muß für die Lösung der Frage der Vorfinanzierung der EU-Schlußraten bei EU-kofinanzierten Maßnahmen nicht angesprochen werden, da im Rechnungsabschluß 1997 Mittel von insgesamt 200 Millionen Schilling jederzeit ansprechbar sind, wenn die Landesbaudirektion oder das Wirtschaftspolitische Referat nur diesbezügliche Anträge stellen würde. Das ist aber bisher in keinem einzigen Fall geschehen. Wir wollen als Sozialdemokraten ein beschlossenes Budget nicht umwerfen und in das nicht eingreifen. Daher wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in den vorliegenden EU-kofinanzierten Förderungsfällen ab sofort die zur Beanspruchung der im Rahmen des Rechnungsabschlusses 1997 vorgesehenen Mittel in der Höhe von insgesamt 200 Millionen Schilling für die Vorfinanzierung der 20%igen Schlußrate für EU-Mittel zu beantragen. Ich ersuche um Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 17.59 Uhr.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Dirnberger gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dirnberger (17.59 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, sehr verehrte Frau Landeshauptmann, wertere Regierungsmitglieder, geschätzte Damen und Herren!

Ich möchte auch kurz Stellung nehmen zur wirtschaftlichen Situation unseres Bezirkes Voitsberg und zum Tagesordnungspunkt 17, um von den Höhen der Wirtschaftspolitik des Landes zur regionalen Wirtschaft zurückzukommen. Es ist ja hinlänglich bekannt, daß unser Bezirk einen starken Strukturwandel erfahren hat und der noch immer anhält. Damit verbunden

war natürlich auch ein starker Arbeitsplatzverlust, der stärkste aller steirischen Bezirke, zurückzuführen darauf, daß man in unserer Region zu lange auf die Rohstoffproduktion gesetzt hat. Man hat vor 20 Jahren verabsäumt, auf die Veredelung umzusteigen, und die Auswirkungen haben wir heute noch zu spüren. Leider ist dieser Strukturwandel noch nicht abgeschlossen. Das ist auch der Grund, warum wir einen Antrag auf Initiative unserer Frau Landeshauptmann für die regionale Wirtschaft der Süd- und Weststeiermark eingebracht haben, wo eine Reihe von Wirtschaftsmaßnahmen drinnen sind, die von seiten des Landes zu unterstützen sind.

Wenn in der Vorlage hier auch präsentiert wurde, daß zum Tagesordnungspunkt 17 sehr wohl die Stadt Köflach sich sehr intensiv mit der wirtschaftlichen Situation des Bezirkes befaßt hat und auch Projekte vorgeschlagen hat, die Stadtgemeinde Voitsberg wiederum fast gar nicht, dann ist das sehr bezeichnend auch für unsere Situation im Bezirk. Auch die Wirtschaftskammer hat sehr viele Projekte vorgelegt.

Alle diese Projekte sind zurückzuführen auf die Arbeits-Ausschüsse in der Wirtschaftsoffensive. Wir haben eine Wirtschaftsoffensive, die an sich überparteilich zusammenarbeitet, wo zehn Arbeits-Ausschüsse arbeiten, wo von der Politik bis hin zur Wirtschaft private Personen mitarbeiten und hier ihre Ideen einbringen. Diese Ideen sind schlußendlich auch im Leitbild verankert worden, was im November dann auch für den Bezirk beschlossen wurde.

Ich möchte hier nicht eingehen auf alle diese Projekte, die wir haben. Es ist natürlich klar, daß die Verkehrsinfrastruktur von immenser Bedeutung für eine Region ist, wie der Ausbau der B 70. Aber auch die Erhaltung der GKB-Bahnlinie ist von besonderer Bedeutung. Wie ja bekannt ist, soll nächstes Jahr im Frühjahr die GKB zum Verkauf ausgeschrieben werden, und da ersuche ich wirklich das Land, alles zu unternehmen, daß diese GKB erhalten bleibt, ja sogar ausgebaut und modernisiert wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Es geht auch weiter, die Landesausstellung ist schon erwähnt worden, aber die volle Inbetriebnahme der Europaschießstätte Zangtal – da ist zwar nicht das Land am Zug, hier gibt es Anrainereinsprüche – wäre von sehr großer Bedeutung, weil dieses Projekt im touristischen Bereich wirklich eine Belebung für Voitsberg bringen würde.

Ich möchte zwei Projekte ganz im speziellen ansprechen, wo man sieht, wie konkret das Land beziehungsweise Landesräte helfen, aber auch nicht helfen.

Das eine ist das Tourismusprojekt Salzstiegel, wo ein junger Unternehmer, sehr aktiv, sehr agil, ein Projekt ausgearbeitet hat, wo er modernere Aufstiegs-hilfen schafft, indem er Sessellifte baut, wo er Übernachtungsmöglichkeiten schafft – erste Ausbaustufe um die 80 Millionen, zweite um die 90 Millionen. Für einen Jungunternehmer ist das natürlich selbst nicht durchführbar. So wäre es sein Wunsch, daß die Holding ihn aufnimmt oder eine Beteiligung der Holding durchgeführt würde.

Hier haben wir einen diesbezüglichen Antrag eingebracht – gemeinsam mit meinem Kollegen Porta von der freiheitlichen Fraktion –, vor einem Jahr. Bis heute gibt es noch keine Antwort.

Ich glaube, das ist ein Beispiel, wie man eigentlich mit einem solchen Projekt nicht umgehen sollte. Zuständig ist der Herr Landesrat Ressel. Ich habe zwar gehört, heute hat ein Gespräch stattgefunden mit den privaten Schiliftbetreibern. Aber im großen und ganzen, glaube ich, wäre es schon fair, wenn man solche junge, engagierte Unternehmer wirklich zu einem konkreten Gespräch einladen würde, auch wenn es negativ ausgehen sollte, wobei unser Wunsch sehr wohl ist, daß er aufgenommen wird. (Abg. Dr. Flecker: „Herr Kollege, darf ich Sie darauf aufmerksam machen, daß Ihr Herr Landesrat Hirschmann von dem Geld für die privaten Schiliftbetreiber 7 Millionen Schilling weggepumpt hat für Sturm und GAK. Nur damit Sie wissen, wie die Herrschaften mit dem Geld umgehen!“)

Das hat aber jetzt mit dem überhaupt nichts zu tun, weil an sich ist der Wunsch des Jungunternehmers, daß er in die Holding aufgenommen wird, und wenn der zuständige Landesrat Ressel (Abg. Dr. Flecker: „Nein, nein, das hat schon damit zu tun!“) es nicht der Mühe wert findet, daß er überhaupt einmal Kontakt aufnimmt oder das Projekt prüfen läßt, dann sieht man, wie ernst er solche Projekte nimmt. In unserer Region wäre dieses Projekt schon von immenser Bedeutung.

Im Gegensatz dazu muß ich sagen, bei diesem Gründerpark und Technologiepark, der in Rosental errichtet werden soll, wo ja nach anfänglichen wirklich längeren Überlegungen dann die Entscheidung gefallen ist, daß er doch errichtet werden soll, nachdem die Machbarkeitsstudie ergeben hat, daß es positiv ausgehen kann, vorausgesetzt, daß in der Startphase 70 Prozent Auslastung vorhanden sind und auch die Eigenmittel in bar aufgebracht werden, und nicht in Form von Kredit oder Leasing und dergleichen, hat unser Wirtschaftslandesrat Paiarl sofort Unterstützung geleistet mit seiner Wirtschaftsförderungsabteilung. Ich danke dir, lieber Herr Landesrat, für diese wirklich sehr rasche und konkrete Unterstützung und bitte, uns weiterhin so zu unterstützen. Dieses Projekt ist in Rosental angesiedelt.

Das Mannschaftsbad Karlschacht soll ausgebaut werden. Es beinhaltet Projektkosten, ohne Grundstückskosten, in der Höhe von 27 Millionen Schilling. Es soll ein Teil als Museum eingerichtet werden, damit auch die Bergbaugeschichte nicht in Vergessenheit gerät. Wenn man diese Kosten für das Museum abzieht, bleiben noch immer Projektkosten von 22 Millionen Schilling übrig. Davon gibt es Fördermittel in der Höhe von 15 Millionen. Das heißt, die Region muß 7 Millionen Eigenmittel aufbringen für die Investition, zusätzlich runde 2 Millionen als Aktionsbudget.

Hier bin ich stolz darauf, daß es gelungen ist, diese Eigenmittel doch sehr rasch aufzubringen, indem 23 von 25 Gemeinden sich bereit erklärt haben, hier als Finanzier aufzutreten. Ein bißchen hat es sich bei der Stadtgemeinde Voitsberg gespießt. Die haben länger gebraucht, haben überlegt, aber schlußendlich sich auch bereit erklärt. Ich bin darauf auch deswegen stolz, daß das Hickhack zwischen rot, schwarz und

blau hinweggeschoben werden konnte, und vor allem auch zwischen Kernraum und ländlichen Gemeinden. Es wurde erkannt, daß man nur gemeinsam so ein Projekt wirklich finanzieren kann.

So gibt es natürlich noch genug Steine bei diesem Projekt auszuräumen, aber die erste Hürde der Finanzierung ist geschafft. Jetzt geht es in die Umsetzungsphase. Ganz konkret ist natürlich, wie schon erwähnt, noch genug Arbeit vor uns.

Da ist es dann deprimierend, wenn man immer wieder eine Meldung bekommt vom Verbund, ja wer weiß, wahrscheinlich werden wir nicht den Kohleliefervertrag einhalten können, weil die Voraussetzungen nicht gegeben sind. Das ist natürlich dann wieder ein Niederschlag in der Region, wenn man gerade ein positives Erlebnis hat, wobei ich meine, daß sehr wohl im ELWOG vorgesehen ist, daß der Verbund diese Mehrkosten unterbringt. Wie ich höre, ist auch eine Verordnung in Ausarbeitung. Ich bin auch sehr zuversichtlich, daß der Kohleliefervertrag bis 2008 für die ÖDK hält, und es sehr oft der Verbund natürlich aus taktischen Gründen auch verwendet in Richtung Steiermark als Drohung.

So bin ich sehr positiv eingestellt, wenn eine Initiative oder ein Entschließungsantrag in die Richtung kommt, die für unsere Region positiv zu werten ist. Deswegen unterstützen wir auch die beiden Entschließungsanträge des Liberalen Forums. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. - 18.07 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr ist der Herr Landesrat Paierl am Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (18.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich werde, einer heute schon vom Herrn Präsidenten Hasiba angewandten Gepflogenheit folgend, mich auch zu Beginn bei den Mitarbeitern bedanken.

In diesem Jahr - es wäre ja normalerweise Budgetdebatte, und dort gibt es immer insbesondere auch zum Thema „Wirtschaft und Arbeit“ eine sehr ausführliche Auseinandersetzung am dritten Tag - wird hier eigentlich anstatt dieser Budgetdebatte zum Kapitel „Wirtschaft und Arbeitsplätze“ diesmal die letzte ordentliche Sitzung des Steiermärkischen Landtages verwendet, um, was glaube ich auch richtig ist, wengleich ich auch sagen muß, da stimme ich den Kritikern durchaus zu, etwas spät diesen 97er-Rechnenschaftsbericht über die Wirtschaftsförderung und die Wirtschaftsentwicklung, jedoch einschränkend oder sozusagen ausblickend - wir haben ja auch schon 98er-Daten drinnen -, zu behandeln, der für Sie vorliegt.

Ich bedanke mich nicht nur bei meinen Mitarbeitern, die in diesem Jahr auch sehr viel Wandel mitgemacht haben, mitgetragen haben, ein großes Wandlungspotential sozusagen eingesetzt und gezeigt haben, sondern ich bedanke mich auch ausdrücklich bei den Mitgliedern des sozialpartnerschaftlich und auch von den Parteien dieses Hauses beschickten Wirtschaftsförderungsbeirates, namentlich hier - ich weiß nicht, ob er noch da ist - beim Kollegen Gennaro (Abg. Gennaro: „Ich bin immer da!“), der im Beirat alle

diese - das ist ein Fachbeirat, aber ein politisch beschickter und besetzter - Beschlüsse, was die Richtlinien anlangt und was die einzelnen Förderfälle anlangt, mitträgt, ebenso wie beim Kollegen Hochegger und auch bei den übrigen Parteien, die nicht durch Mitglieder aus dem Haus vertreten sind, sondern durch Experten.

Wir haben auch ganz bewußt im Vorwort diese Frage der Effizienzmessung unseres Tuns in den Mittelpunkt gestellt. Ich glaube, daß es durchaus berechtigt und richtig ist, wenn man sagt, hier werden rund 500 Millionen Schilling vom steirischen Steuerzahler oder von denjenigen, die leistungsfähig genug sind, um hier Steuern und Abgaben zu leisten, zur Verfügung gestellt von den Repräsentanten dieses Hauses, um Strukturen zu verbessern, nachhaltig zu verbessern.

Wir sollten auch selbstverständlich darüber diskutieren, wir tun es zumindest auch im Beirat immer sehr einmütig, durchaus auch unterschiedlich in der Einschätzung, aber vom Ergebnis her einmütig.

Es tut mir nur leid, daß jetzt die Mitglieder des Betriebsrates von Philips schon gehen, weil ich hätte ganz gerne auch zu Philips etwas gesagt.

Vielleicht könnten Sie noch ein paar Minuten warten. Weil hier ja Gennaro diesen Fall zum Anlaß genommen hat, um sozusagen darzustellen, was da oder dort noch an Problemen auftaucht. Aber der Reihe nach, folgendes: Nach dem Dank eine grundsätzliche Position, meine Damen und Herren. Ich glaube, daß wir - und das sollte auch dieser Wirtschaftsförderungsbericht nachweisen - immer mehr von einem Staat, von einer öffentlichen Hand, die nur kontrolliert, wegkommen zu einer serviceorientierten, zu einer bürger- und nutzenorientierten Haltung der Einrichtungen des Staates, namentlich in dem Fall das Wirtschaftsressort mit den ja immer wieder schon angesprochenen Einheiten, die im übrigen in der Zeit schlanker geworden sind. Also, wir haben nicht ausgeweitet, sondern wir haben auch diese Effizienzsteigerung für eine Konzentration der Kräfte verwendet.

Zweitens. Ich glaube, daß eine moderne Beschäftigungspolitik ganz grundsätzlich ihr Hauptziel nur in der Schaffung von Arbeit, von Wertschöpfung und Arbeit im Mittelpunkt, im Auge haben kann und meine damit auch, daß auf Dauer bei all den Bekenntnissen und sozusagen nachprüfaren Beispielen für zweiter Arbeitsmarkt, sozialökonomische Projekte, aber auf Dauer der Markt nicht auszuschalten ist. Das heißt, der Markt muß durch Ertüchtigungs- und Ermächtigungsprogramme immer als Gradmesser gelten.

Dritter Punkt. Für die Welt der Arbeit gilt nach wie vor - und das hat der Kollege Schreiner, glaube ich, sehr richtig einfach gesagt -, die besten Regionen, die sich am besten positionieren, die die besten Voraussetzungen im Sinne von Rahmenbedingungen schaffen, werden hier auch vorne weg sein. Machen wir uns nichts vor, das ist das Thema. Nicht die Förderungshöhe, sondern die Gesamtheit der Potentiale. Infrastruktur, Bildung, Information, Telekis, wenn Sie es so wollen - hier bin ich der Kollegin Zitz sehr dankbar, daß sie das auch durchaus bei uns beschleunigt hat, das hat ein bißchen gedauert, aber wir sind jetzt sehr

gut auf der Schiene – das sind die Komponenten und nicht zu vergessen natürlich auch die ganzen Verfahrensfragen, die Regulierungsfragen. Ich glaube auch, daß man hier in Österreich, wenn wir uns in der Welt, zumindest in Europa international umschauen und sozusagen Vergleiche anstellen, nicht darunter leidet, daß wir zu wenig Regeln hätten. Ich behaupte, wir haben zuviel Komplexes, Kompliziertes, und da leiden alle darunter: Bitte nicht jetzt wieder in einem alten Reflex Arbeitgeber, Arbeitnehmer, alten Klassenkampf, da leiden alle darunter, auch jene, die auf der Arbeitnehmerseite, auf der Betriebsräte-seite dafür verantwortlich, mitverantwortlich sind in einem Unternehmensklima, daß die Arbeit dort nicht ausgeht.

Und das sage ich jetzt gleich, weil ich die Herrschaften aus Lebring nicht aufhalten will, das ist ein typisches Beispiel. Ein typisches Beispiel, wo wir am Standort mit allen Verantwortlichen, mit dem Management genauso wie mit den Betriebsräten darum ringen, daß der Standort haltet. Und wissen Sie, was wir dort in Lebring bei Philips als die große Wettbewerbsfrage, als den Wettbewerbsvorteil haben? Die Technologie, der Fleiß, die Bereitschaft der Mitarbeiter, mehr zu leisten als anderswo. Das ist der große Verdienst der Steiermark, wenn Sie es so wollen, nicht der Politik. Wir müssen von der Politik nur aufpassen, daß wir Ihnen nicht zuviel Hürden und nicht zuviel neue Schwierigkeiten aufbürden. Und da haben ja gerade auf der betrieblichen Seite – (Abg. Dr. Flecker: „Ich würde mir wirklich einen Staat wünschen, wo die Politik noch etwas bewirken kann!“) Ich komme jetzt auch auf den Punkt, worum wir dort kämpfen und ringen. Daß die Investition, die ja von allen mitgetragen wurde bisher, in erste und zweite Ausbaustufe dieser Produktionslinie auch einen weiteren Schritt in der dritten Ausbaustufe erfährt. Wenn das nicht der Fall ist, und deswegen würde ich bitten, nicht zu sehr jetzt Wau-Wau und mit zu sehr bellenden Tönen jemanden so zu verschrecken, daß er wo anders hingeht. Das ist klar, daß dieser Wettbewerb der Standorte international ein Thema ist. Nur, wir haben große Standortvorteile, weil eben die Qualitäten, weil das Know-how, weil das Hirnschmalz, weil die Initiative der Mitarbeiter bei uns viel größer ist als anderswo. Tun wir das nicht auf eine schiefe Ebene stellen und uns sozusagen noch selbst schädigen, das ist meine Bitte in diesem Zusammenhang. Wir müssen bestimmt sein, selbstverständlich werden dort, wo Förderungsvereinbarungen nicht eingehalten werden – und die sind sehr streng, die sind in Verbindung insbesondere mit F- und E-Fragen, und da lese ich Ihnen vor, weil ich doch den Eindruck habe, daß viele von Ihnen die Richtlinien der steirischen Wirtschaftsförderung – im übrigen einstimmig beschlossen in der Regierung und in den Beiräten –, die Schwerpunkte sind selbstverständlich technologie- und innovationsorientierte Unternehmung, KNU's kleiner Mittelunternehmungen, die Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen. (Abg. Gennaro: „Die Punktebewertung!“)

Na, selbstverständlich werden die Frauenarbeitsplätze, werden die Lehrlinge miteingerechnet. Das sind ja dann die Vorgänge, die für den Politiker, für den intervenierenden Regionalpolitiker da oder dort nicht einsichtbar sind, der sagt, er möchte ein bißchen

mehr haben. Aber ich bitte auch das zu würdigen, daß für meine Mitarbeiter ohne eine parteipolitische Beeinflussung – zumindest von mir nicht, und ich würde auch solches von allen anderen Seiten hintanhalten beziehungsweise abwehren –, diese Vorgänge transparent sind, diese Vorgänge objektiv sind, und lassen wir es dabei.

Ich möchte Ihnen auch noch einen weiteren Grundsatz hier bei der Debatte bekanntgeben, daß ich glaube, daß Beschäftigungszuwächse, um die wir alle ringen, nur durch risikobereite und investitionswillige Unternehmen möglich sind. Kleinere, mittlere, Inländer, Ausländer, dicke, dünne, große, ist völlig egal, auf den Mix kommt es an. Und meine Damen und Herren, da könnten wir stundenlang darüber diskutieren in den Einzelfällen. Präsident Germán Vesko hat das gesagt und hat sich selbst korrigiert im Zusammenhang mit Chrysler. Das sind Hebelwirkungen, die davon ausgehen. Wir wissen mittlerweile, daß etwa sieben Großprojekte, die im Moment in Umsetzung begriffen sind, um die wir ringen mit anderen Standorten, direkt 10.000 Arbeitsplätze bewirken, in den Betrieben drinnen haben und indirekt – und der Kollege Schreiner kann sozusagen als Auftragnehmer eines derartigen Projektes in seiner Firma ein konkretes Lied davon singen oder hat direkte Auswirkungen verspürt. Reden Sie in den Regionen vom Kaufmann bis zur Restauration und zum Hotelbetrieb hin, etwa in Lannach, die sagen, wir haben auch etwas davon. Da ist die Hebelwirkung zwischen eins zu fünf und eins zu zehn. Wenn ich die niedrigste nehme, eins zu fünf, dann haben sie dort indirekt 50.000 Arbeitsplätze mit diesen sieben Großprojekten von Fürstfeld, über Gleisdorf – nicht Graz –, Lannach, Deutschlandsberg, der ganzen Mürz-/Mur-Gegend durch die VOEST-Investitionen und auch im Ennstal durch das Projekt in Altenmarkt miteingeschlossen. Ich bitte Sie, um diese Sachlichkeit, um diese Differenziertheit, daß wir nicht einem alten Reflex die Kleinen, die Großen, die Inländer, die Ausländer. Wir brauchen die, die bei uns ein Geschäft machen können, denn sonst investieren sie nicht. Es kommt keiner wegen der Förderung. Natürlich nimmt er die Förderung, und jetzt kann ich Ihnen auch sagen warum, weil er technologie-, forschungsorientierte Geschichten hat oder auch, das ist natürlich von uns nicht beeinflussbar, daß es Möglichkeiten in anderen Regionen auch gibt. Ich bin sehr dafür, daß man gesamt-europäisch – ich habe das schon einmal da gesagt, ich glaube, das war die letzte Landtagssitzung sogar, wo wir das debattiert haben – abrüstet. Nur ich höre immer wieder auch hier im Hohen Haus die Kritik, und ein bißchen ist ja das bei Grabner heute durchgekommen, man bemüht sich zu wenig in Wien, und vor allem die Frau Landeshauptmann ist völlig ungerechtfertigt hier in den letzten Tagen und heute noch einmal von Grabner angegriffen worden, sie bemühe sich nicht um zusätzliche Förderungsmittel aus Brüssel oder aus Wien. Meine Damen und Herren, bitte aufwachen, wo sind wir denn? (Abg. Dr. Flecker: „Da geht es um die EU-Kulisse, Herbert. Daß nicht einmal du das verstehst!“)

Ich bitte auch noch einen Grundsatz zur Kenntnis zu nehmen. Staatliche Beschäftigungspolitik, staatliche Beschäftigungsversprechen von Politikern sind einmal

teurer, ist nachweisbar und führen auch die Betroffenen, wenn sie nicht automatisch in den Programmen der staatlichen Beschäftigung aufmerksam gemacht werden auf ihre Marktfähigkeit, die sie einmal erreichen müssen, relativ bald auch in die Irre. Sie führen in die Irre, sie führen in eine neue Abhängigkeit, sie führen in einen neuen geschützten Sektor, wo ich gar nichts erreicht habe.

So, genug der grundsätzlichen Überlegungen. Ich komme noch auf ein paar Dinge, die hier auch debattiert wurden.

Meine Damen und Herren, ich brauche Ihnen den Wirtschaftsbericht 1997 nicht vorlesen, aber eine zentrale Aussage, die Gott sei Dank sich hier in der ganzen Debatte durchgezogen hat, ist schon in der Zusammenfassung nachvollziehbar – eine positive Gesamtentwicklung 1997.

Auch weil wir Dezember 1998 schreiben, das 98er-Jahr – das wissen wir mittlerweile – ist nicht schlecht gelaufen, insbesondere beschäftigungspolitisch. Heute wurde auch gesagt, na ja, das sind ja alles Billigjobs, Zweitjobs etc. Ich kann das sehr leicht entkräften, wiewohl ich auch zugebe, daß es ein Aufholprozeß war, und aufholen tut man von hinten, völlig klar. Aber vergleichen Sie einmal in den letzten drei Jahren den Österreichwert der unselbstständig Beschäftigten – AMS-Ziffern – mit dem Steiermarkwert. Da werden Sie sehen, von 1995 bis 1998 – AMS-Ziffern – gibt es in der Steiermark ein Plus von 9000 Jobs und österreichweit ein Plus von 12.000 Jobs. Dreiviertel aller Jobs in der Zeit von 1995 bis 1998 sind in der Steiermark geschaffen worden. Also das ist ein Faktum, weil das steht nicht in diesem Wirtschaftsbericht, aber wurde gerade von meinen Mitarbeitern beim AMS in den letzten Tagen noch einmal erhoben. Und lassen wir es bei dem Befund des an sich sonst sehr kritischen, auch politik-kritischen Prof. Kramer – Wifo, beim letzten Konjunkturgespräch –, der gemeint hat, noch einmal, und die letzten Jahre immer wieder betont, die Steiermark ist für Österreich im regionalpolitischen Ansatz, und wir haben nicht alle Instrumente in der Hand wirtschaftspolitisch, das ist klar, aber für das, was wir können, was wir vermögen, durchaus ein positives Modell österreichweit und europaweit, die Konzentration der Kräfte, und das haben Sie ja an sich auch im Wirtschaftsförderungsbericht für 1997 nachgewiesen gekriegt.

Ich bitte das auch nicht nur zu würdigen, kritisch zu bleiben, aber trotzdem im Sinne dessen, was hier vor allem auch Jeglitsch gesagt hat für die Obersteiermark, nicht in einer Knieschußsituation sich selbst zu lähmen oder zu schädigen und dann in dem Wettlauf, der stattfindet – siehe Schreiner –, langsamer oder behindert zu sein.

Es tut gut, wenn man von außen hört – Kramer & Co. –, daß die Steiermark in den letzten Jahren aufgeholt hat, fit geworden ist und ihr altes Kleid, ihr altes Bild von der sterbenden Industrieregion, vom Industriefriedhof, abschütteln konnte und ein moderner High-Tech-Standort geworden ist.

Ich bitte Sie, wenn sonst gar nichts übrig bleibt, aber diese Botschaft und sozusagen auch diese Nachricht über das eigene Produkt und über die eigene Perfor-

mance, wie es so schön heißt, über das eigene Gestalten des Lebensraumes Steiermark auch mit zu vollziehen.

Zur Clustergeschichte: Das ist eines der größten – natürlich, in der Politik ist man sehr locker und wird da oder dort auch mißbraucht und inflatiert – Mißverständnisse, das unterwegs ist, daß man sagt, „Hokuspokus Cluster“. Und bitte, auch natürlich die ÖGB-AK-Presskonferenz vor der Information, die stattgefunden hat durch den Herrn Ing. Holzschlag, der ein wirklich erstklassiges Management dort betreibt, auch mit den externen Beratern, über die differenzierte Darstellung von ACS – vom Automobilcluster Steiermark – ist natürlich auch nicht dienlich, weil ich wehre mich nicht dagegen, daß Arbeitnehmerinteressen, die sind ja mit eingebunden durch AK und ÖGB im Steuerungsbeirat. Freuen wir uns darüber, daß einerseits das ein Wachstum genommen hat – wir wissen eh warum –, weil wir diese Nischen haben, weil wir das hohe Know-how haben, weil wir auch die kleinen Stückgrößen abwickeln können in der Steiermark, und hoffen wir, daß diese Fitneßprogramme, diese Workshops, die im Clustermanagement mit den kleinen und mittleren Unternehmungen durchgeführt werden, rechtzeitig auch greifen. Ich habe nichts davon und niemand hat etwas davon, wenn man sich freut, wenn da oder dort jemand im internationalen Wettbewerb nicht mitkommt.

Das Clusterprojekt ist ja ein Netzwerk, um diese Schwächen – so sie vorhanden sind – abzulegen, um die Stärken, die wir dort haben, für möglichst viele zu verstärken, daß wir das Know-how aus der AVL, aus dem Steyr-Daimler-Puch-Bereich auch auf die vielen Klein- und Mittelbetriebe ausdehnen können. Von den 200, 160 sind es mittlerweile, sind über 80 Prozent Klein- und Mittelbetriebe, die im ACS kooperieren. Und das ist die Qualität und der Sinn und Zweck dieses Netzwerkes, und nicht mehr Förderung. Da gibt es keinen Groschen mehr Förderung.

Glauben Sie mir, es funktioniert eh im Holz auch. Das Holz ist ein bißchen beständiger, das Holz ist ein bißchen traditioneller, ist auch sozusagen da oder dort etwas widerstandsfähiger. Die Politik, Gott sei Dank, kann den Cluster im Holzbereich nicht umbringen. So hat ein Mitarbeiter von mir gesagt: „Der Holzcluster ist tot, es lebe der Holzcluster.“

Und, Kollege Ussar, das ist vor allem das Stärkefeld der Obersteiermark. Das zeigt sich ja in Murau, zeigt sich in Judenburg, zeigt sich mit dem ganzen Verwertungsbereich, der dort ja bis zum Papier und Zellstoff hinein stattfindet. Dort müssen wir auch diese Unterstützung, wie wir sie im ACS gemacht haben, auf den Holzbereich ausdehnen.

Ich komme zum Ende. Alles andere ist gesagt worden. 95 Prozent aller Förderfälle sind Klein- und Mittelbetriebe, 60 Prozent aller Mittel gehen in diese Unternehmungen. Also bitte, auch da ein Befund aus 1997, und da hat sich 1998 nichts geändert und wird sich auch 1999 nichts ändern, weil die Struktur eben diese ist. Ich würde mir wünschen, daß aus allen Regionen Projekte kommen, die den Förderkriterien – nachlesbar mittlerweile auch im Internet, Frau Kollegin Zitz – entsprechen. Ich würde mich sehr

freuen, und wir ringen gemeinsam darum in den Regionen, daß diese Projekte auch förderungswürdig sind.

Zur ÖDK III, weil das ein paar Mal hier angesprochen wurde. Mein Wissensstand ist der, daß der Verordnungsentwurf auf Bundesebene zum ELWOG ÖDK III sowohl für den Verbundanteil als auch für den STEWEAG-Anteil – da gibt es einen 10prozentigen STEWEAG-Anteil – enthalten ist als Trendinvestment, als strandet cost. Es ist enthalten, also damit würde die Angst genommen sein, und es würden jene Ausreden, die zum Teil ja konstruiert werden von Verbundgesellschaften, nicht mehr gelten, weil es ja in die Leitungskosten miteingebunden werden wird.

Ganz zum Schluß, weil es so lieb und engagiert vortragen wurde von Edith Zitz. (Abg. Mag. Zitz: „Sagen Sie einmal zum Kollegen Gennaro lieb und engagiert, was glauben Sie, wie der sich freuen würde!“)

Nur weil Sie eine meiner wesentlichsten Promotorinnen in der Frage Telekommunikation sind. Ich schätze das so wie Sie als ganz, ganz wichtige bildungspolitische, infrastrukturpolitische und auch gesellschaftspolitische Aufgabenstellung ein. Wir haben auch Vorsorge getroffen, daß allen Klubs diese Broschüre, die anläßlich der internationalen IRISI-Konferenz in Seckau und in Graz vorbereitet wurde, ausgeteilt wurde – diese hat auch auf europäischer Ebene große Aufmerksamkeit erregt –, und wo wir Gott sei Dank als Region vorne mit dabei sind. Alle Projekte sind hier dargestellt, woraus Sie sehen, hoffentlich auch noch in einer lesbaren und kommunizierbaren Form – es ist übrigens im Internet auch ein detaillierter Bericht drinnen –, daß wir uns selbstverständlich massiv bemühen müssen, im Sinne auch dieses Ertüchtigungs- und Ermächtigungsvorganges seitens der Politik, daß wir nicht hinten bleiben, daß wir vorne mit dabei sind.

Also auch da ein Dank meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die das gemacht haben, die das weiter betreuen – es ist ja vieles von außen zugekauft worden.

Wir werden uns auch mit den Mitteln, die uns im Budget zur Verfügung stehen, entsprechend intensiv mit dem Thema weiter beschäftigen, ich bin überzeugt, zum Wohle des Landes Steiermark und insbesondere der Arbeitsplätze in unserem Lande. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 18.29 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Wir kommen zu einer ganzen Reihe von Abstimmungen.

Erstens: Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage zum Punkt 13 der Tagesordnung zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zweitens: Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage zu Punkt 14 der Tagesordnung zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf auch hier die einstimmige Annahme des Antrages feststellen.

Drittens: Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage zu Punkt 15 der Tagesordnung. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Viertens: Antrag des Herrn Berichterstatters zur Regierungsvorlage Tagesordnungspunkt 16. Bei Zustimmung bitte ich um Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme des Antrages.

Fünftens: Regierungsvorlage Tagesordnungspunkt 17. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme des Antrages.

Sechstens: Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Änderung der Wirtschaftsförderungspraxis in der Steiermark. Es ist ein Entschließungsantrag zu Punkt 13 der Tagesordnung. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Siebtens: Entschließungsantrag der ÖVP, FPÖ und SPÖ, betreffend die Sicherung von Arbeitsplätzen durch Einrichtung von neuen Bergbehörden in Leoben. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Mehrheitliche Annahme des Antrages.

Achtens: Entschließungsantrag der ÖVP und FPÖ, betreffend EU-Kofinanzierung. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Neuntens: Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Sonderinvestitionen für Klein- und Mittelbetriebe. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Zehntens: Entschließungsantrag der SPÖ und FPÖ, betreffend Vorfinanzierung der EU-Schlußrate. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Elftens: Entschließungsantrag von ÖVP, SPÖ und Grünen, betreffend Telekommunikations- und Technologieoffensive. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme des Antrages.

Zwölftens: Entschließungsantrag des Liberalen Forums, betreffend Bericht betreffend Umstrukturierungsmaßnahmen in der Region Köflach/Voitsberg zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

13. und letztens: Entschließungsantrag von Liberalem Forum, FPÖ, ÖVP und SPÖ, betreffend Erlassung des Steiermärkischen Elektrizitäts-, Wirtschafts- und Organisationsgesetzes. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 18. bis 20. ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

18. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 979/1, 327/11, 256/25 und 409/12, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche, ökologische und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark in den Jahren 1996/1997 (Grüner Bericht Steiermark 1996/1997), sowie zum Beschluß Nr. 185 des Steiermärkischen Landtages vom 10. Dezember 1996 über den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Riebenbauer, Kaufmann, Alfred Prutsch und Huber, betreffend Kennzeichen zur Darstellung der ökologischen Lage der steirischen Land- und Forstwirtschaft, Einl.-Zahl 327/1, zum Beschluß Nr. 263 (Punkt 3) des Steiermärkischen Landtages vom 15. April 1977 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Karisch, Dipl.-Ing. Getzinger, Dietrich, Mag. Zitz und Dr. Brünner, betreffend Gentechnologie im Grünen Bericht, Einl.-Zahl 256/6, und zum Beschluß Nr. 328 (Punkt 2) des Steiermärkischen Landtages vom 10. Juni 1998 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Erhalt alter Kulturpflanzen im „Grünen Bericht“, Einl.-Zahl 409/3.

Berichterstatter ist die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (18.34 Uhr): Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche, ökologische und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark in den Jahren 1996, 1997, Grüner Bericht 1996/97, sowie zum Beschluß Nr. 185 des Steiermärkischen Landtages vom 10. Dezember 1996 über den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Riebenbauer, Kaufmann, Alfred Prutsch und Huber, betreffend Kennzeichen zur Darstellung der ökologischen Lage der steirischen Land- und Forstwirtschaft, Einl.-Zahl 327/1, zum Beschluß Nr. 263, Punkt 3, des Steiermärkischen Landtages vom 15. April 1997 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Karisch, Dipl.-Ing. Getzinger, Dietrich, Mag. Zitz und Dr. Brünner, betreffend Gentechnologie im „Grünen Bericht“, Einl.-Zahl 256/6, und zum Beschluß Nr. 328, Punkt 2, des Steiermärkischen Landtages vom 10. Juni 1998 über den Antrag der Abgeordneten Mag.

Zitz, Dr. Wabl, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Erhalt alter Kulturpflanzen im „Grünen Bericht“, Einl.-Zahl 409/3.

Gemäß Paragraph 16 des Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes 1993, LGBl. Nr. 9 vom 19. Oktober 1993, hat die Landesregierung alle zwei Jahre einen Bericht über die wirtschaftliche, ökologische und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark zu erstatten und dem Landtag vorzulegen. Dieser Bericht hat eine Zusammenstellung aller auf Grund dieses Gesetzes durchgeführten Förderungsmaßnahmen zu enthalten. Er ist zu begründen und hat die mittelfristigen Auswirkungen der Förderungsmaßnahmen zu erläutern. Er hat auch Vorschläge über jene Maßnahmen zu enthalten, die zur Erreichung der im Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetz angeführten Ziele notwendig sind.

Zu den Beschlüssen Nr. 185 und 328 enthält der vorliegende „Grüne Bericht“ 1996/97 das Kapitel 6.4. Im Teilkapitel 6.4.6. „Artenvielfalt bei steirischen Nutzpflanzen“ wird über Maßnahmen zum Erhalt alter Kulturpflanzen berichtet.

Zum Beschluß Nr. 263 wird im Kapitel 4.2. „Landwirtschaft und Gentechnik“ umfassend über Gentechnologie berichtet.

Der Landwirtschaftsbeirat hat in seiner Sitzung am 27. Oktober 1998 über den „Grünen Bericht“ Steiermark beraten und ihn einstimmig beschlossen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über die wirtschaftliche, ökologische und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark in den Jahren 1996 und 1997 sowie zum Beschluß Nr. 185 des Steiermärkischen Landtages vom 10. Dezember 1996 über den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Riebenbauer, Kaufmann, Alfred Prutsch und Huber, betreffend Kennzeichen zur Darstellung der ökologischen Lage der steirischen Land- und Forstwirtschaft, Einl.-Zahl 327/1, zum Beschluß Nr. 263, Punkt 3, des Steiermärkischen Landtages vom 15. April 1997 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Karisch, Dipl.-Ing. Getzinger, Dietrich, Mag. Zitz und Dr. Brünner, betreffend Gentechnologie im „Grünen Bericht“, Einl.-Zahl 256/6, und zum Beschluß Nr. 328, Punkt 2, des Steiermärkischen Landtages vom 10. Juni 1998 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Keshmiri und Dr. Brünner, betreffend Erhalt alter Kulturpflanzen im „Grünen Bericht“, Einl.-Zahl 40/3, wird zur Kenntnis genommen. (18.37 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich danke, liebe Frau Abgeordnete, für diesen wunderbaren Bericht und bitte nunmehr zu Punkt 19 den Herrn Abgeordneten Rieser zu berichten.

19. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahlen 256/26 und 409/13, 14, 15, zum Beschluß Nr. 263 (Punkte 1 und 2) des Steiermärkischen Landtages vom 15. April 1997 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Karisch, Dipl.-Ing. Getzinger, Dietrich,

Mag. Zitz und Dr. Brünner, betreffend die Erhaltung gefährdeter heimischer Nutzierrassen und gefährdeter heimischer Nutzpflanzen, Einl.-Zahl 256/6, sowie zum Beschluß Nr. 328 (Punkt 1) des Steiermärkischen Landtages vom 10. Juni 1998 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Keshmiri und Dr. Brünner, Einl.-Zahl 409/4, zum Beschluß Nr. 329 des Steiermärkischen Landtages vom 10. Juni 1998 über den Antrag der Abgeordneten Ing. Kinsky, Riebenbauer, Alfred Prutsch und Dirnberger, Einl.-Zahl 409/5, und zum Beschluß Nr. 330 (Punkt 1) des Steiermärkischen Landtages vom 10. Juni 1998 über den Antrag der Abgeordneten Dietrich, Dipl.-Ing. Getzinger, Huber, Mag. Zitz, Ing. Peinhaupt, Riebenbauer und Keshmiri, Einl.-Zahl 409/6, betreffend die Förderung von Maßnahmen zur Erhaltung der bodenständigen Züchtung und der Genreserven.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Rieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Rieser (18.37 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Ich bringe den Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahlen 256/26 und 409/13, 14, 15 zum Beschluß Nr. 263, Punkt 1 und Punkt 2, des Steiermärkischen Landtages vom 15. April 1997 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Karisch, Dipl.-Ing. Getzinger, Dietrich, Mag. Zitz und Dr. Brünner, betreffend die Erhaltung gefährdeter heimischer Nutzierrassen und gefährdeter heimischer Nutzpflanzen, Einl.-Zahl 256/6, sowie zum Beschluß Nr. 328, Punkt 1, des Steiermärkischen Landtages vom 10. Juni 1998 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Keshmiri und Dr. Brünner, Einl.-Zahl 409/4, zum Beschluß Nr. 329 des Steiermärkischen Landtages vom 10. Juni 1998 über den Antrag der Abgeordneten Ing. Kinsky, Riebenbauer, Alfred Prutsch und Dirnberger, Einl.-Zahl 409/5, und zum Beschluß Nr. 330, Punkt 1, des Steiermärkischen Landtages vom 10. Juni 1998 über den Antrag der Abgeordneten Dietrich, Dipl.-Ing. Getzinger, Huber, Mag. Zitz, Ing. Peinhaupt, Riebenbauer und Keshmiri, Einl.-Zahl 409/6, betreffend die Förderung von Maßnahmen zur Erhaltung der bodenständigen Züchtung und Genreserven. Zum Beschluß des Steiermärkischen Landtages Nr. 263, Antrag aller Fraktionen, Nr. 328 Punkt 1, Antrag Grüne und LIF, Nr. 329, Antrag ÖVP und Nr. 330, Antrag aller Fraktionen, berichtet die Landesregierung, daß bezüglich der Erhaltung gefährdeter heimischer Nutzierrassen am 12. Jänner 1998 eine Verordnung zur Erhaltung der genetischen Vielfalt heimischer Nutzierrassen erlassen wurde, worin die als gefährdet geltenden Rassen festgelegt und die Förderungsmaßnahmen zugunsten der Erhaltung dieser Rassen angeführt sind.

Zur Erhaltung der Artenvielfalt und zur Förderung gefährdeter heimischer Nutzpflanzen leistet unter anderem die Landwirtschaftliche Versuchsanstalt in Haidegg und Wies einen wichtigen Beitrag durch die Sicherstellung von Saat- und Pflanzengut sowie durch Beratung und Information.

Außerdem ist in Haidegg eine Genbank für Apfel- und Birnensorten angelegt, welche zahlreiche Aktivitäten setzt.

Auch die Außenstelle Wies ist in der ARGE Österreichische Genbank für Kulturpflanzen eingebunden, die einen gemeinsamen Samenkatalog herausgibt. Darin sind die in Wies erhaltenen Saat- und Pflanzengutarten dokumentiert.

Darüber hinaus wird im „Grünen Bericht“ 1996/1997 umfassend das Thema „Gentechnologie“ behandelt.

Ich stelle namens des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft den Antrag, diesen Bericht der Regierung zur Kenntnis zu nehmen. (18.41 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz:

20. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 751/3, zum Beschluß Nr. 654 des Steiermärkischen Landtages vom 28. April 1998, über den Antrag der Abgeordneten Huber und Kaufmann, betreffend die Gewährung der Jungübernehmerförderung.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Huber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Huber (18.41 Uhr): Herr Präsident!

Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 654 des Steiermärkischen Landtages vom 28. April 1998 über den Antrag der Abgeordneten Huber und Kaufmann, betreffend die Gewährung der Jungübernehmerförderung.

In diesem Bericht wird sehr detailliert über die Förderungsmaßnahmen sowie über die Förderungsbedingungen berichtet.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 2. November 1998 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 654 des Steiermärkischen Landtages vom 28. April 1998 über den Antrag der Abgeordneten Huber und Kaufmann, betreffend die Gewährung der Jungübernehmerförderung, wird zur Kenntnis genommen. (18.42 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich danke für die Berichterstattung.

Erster Redner ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Er hat das Wort.

Abg. Riebenbauer (18.42 Uhr): Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Meine Motivation, über den „Grünen Bericht“ zu sprechen, ist eigentlich sehr gering, wenn ich die Anwesenheit betrachte, aber trotzdem glaube ich, daß sich der Herr Hofrat Ressi und sein gesamter Mitarbeiterstab große Mühe gemacht haben, diesen „Grünen Bericht“ zusammenzustellen. Es ist sehr viel Arbeit, ich bedanke mich dafür. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ.)

Ich glaube, daß es wert ist, darüber zu sprechen, weil einfach die Situation der Landwirtschaft auch hier in diesen Landtag hereingehört und wir darüber diskutieren sollen.